



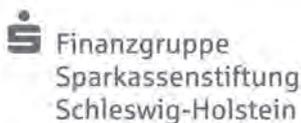
ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- **Nordstaat-Diskussion**
Kommt das Ende der Territorialgeschichte?
- **Lebenserinnerungen**
Der Pädagoge und Pazifist Johann Orthmann (Teil 1)
- **Regionsbilanz**
Interview mit Andrea Kunsemüller
- **Schilderkontroverse**
Mehrsprachige Ortstafeln im schleswigschen Grenzland
- **Ausstellungskonzept**
Gibt es ein „neues Problem Idstedt“?

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

Die Herausgabe von Heft 4/2007
wurde ermöglicht durch die
Sparkassenstiftung Schleswig-Holstein
www.sparkassenstiftung.de



HERAUSGEBER: ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

Redaktionsgeschäftsstelle: Ingrid Schumann, Referentin für Grenzlandfragen

Anschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de
www.grenzfriedensbund.de

Geschäftszeit: Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr
Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0

Beitrag: 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.

Abonnement: 15 € Inland, 17,50 € Ausland

Bankverbindungen: HypoVereinsbank (BLZ 200 300 00) Kto.-Nr. 80 009 407
Nord-Ostsee-Sparkasse (BLZ 217 500 00) Kto.-Nr. 82 988

INHALT

Seite

Michael Ruck

Die norddeutschen Länder –
das Ende der Territorialgeschichte?235

Reimer Hansen

Die Lebenserinnerungen Johann Orthmanns (1898-1978)
als historische Quelle – Teil 1245

Gerrit Liebing Schlaber

Zehn Jahre Region Sønderjylland-Schleswig: Alltag und Visionen.
Interview mit der Leiterin des Regionkontors und des Infocenters
Andrea Kunsemüller259

Gerrit Liebing Schlaber

Aushängeschilder oder Provokation? Zur Debatte um
mehrsprachige Schilder in Nord- und Südschleswig271

Umschau281

Echo294

Buchbesprechungen305

Mitarbeiter/innen dieses Heftes315

Abbildungsnachweis316

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 3 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Ove Jensen, M.A., Hasselbrookstraße 131, 22089 Hamburg

Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee

Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg

Dr. Gerret Liebing Schlaber, Tækkerløkke 26 · DK-6200 Aabenraa

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg

Satzerstellung: Mittelstaedt Media Design, Westertoft 15 · 24955 Harrislee

Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98 · E-Mail: mittelstaedt-design@web.de

Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 · 24941 Flensburg

Die norddeutschen Länder – das Ende der Territorialgeschichte?

von MICHAEL RUCK

Am 1. Juni 2007 hat der Politikwissenschaftler und Zeithistoriker Prof. Dr. Michael Ruck auf der vom ihm in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer Flensburg ausgerichteten Konferenz „Perspektiven des Nordens im Nordstaat“ in der Universität Flensburg einen einführenden Vortrag gehalten, aus dem dieser Beitrag hervorgegangen ist. Ein zusammenfassender Tagungsbericht ist für Heft 1/2008 der Grenzfriedenshefte vorgesehen.

Die Redaktion

Unveränderbarkeit des historisch Gewordenen?

„Die Schleswig-Holstein-Frage haben überhaupt nur drei Menschen verstanden: Der Prinzgemahl [Albert], aber der ist tot. Ein deutscher Professor, aber der ist darüber verrückt geworden. Und ich. Aber ich habe alles total vergessen.“

Diesem oft zitierten Aperçu zufolge, das der britische Premierminister Lord Palmerston (1784-1865) vor bald 150 Jahren im Londoner Unterhaus zum Besten gegeben haben soll,¹ lässt die Eingangsfrage eigentlich schon mit Blick auf einen Teilraum Norddeutschlands, Schleswig-Holstein, von vornherein als unlösbar erscheinen. Das weit gespannte Thema wurde daher unter zwei Prämissen gestellt:

- Erstens: Eine genaue chronologische Darstellung der hoch komplizierten Territorialgeschichte des deutschen Nordens während der europäischen Neuzeit kommt von vornherein nicht in Frage. Andererseits ist ein skizzenhafter Überblick unverzichtbar, um zumindest eine Ahnung von der Komplexität und Widersprüchlichkeit der – oftmals erratischen und diskontinuierlichen – Entwicklungen zu vermitteln.²
- Zweitens: Es ist weder die Aufgabe eines Historikers, den territorialen Status quo in teleologischer Weise und affirmativer Absicht zu rechtfertigen, noch sollte es mit seinem professionellen Selbstverständnis vereinbar sein, frühere Zustände oder nicht verwirklichte Alternativen als die besseren zur künftigen Verwirklichung anzupreisen.

Ob also die Errichtung eines „Nordstaates“ – welchen Zuschnitts auch immer – politisch geboten erscheint, ist von anderen unter den Gesichtspunkten verwal-

tungsmäßiger Rationalität, föderaler Funktionsfähigkeit und wirtschaftlicher Effi-

zienz oder anhand anderer Nützlichkeitskriterien zu diskutieren. Sofern aber die – oftmals rundheraus bestrittene – Möglichkeit, auch im Norden eine umfassende Länderneuordnung in Angriff zu nehmen, wie sie vor Jahrzehnten in Südwestdeutschland gelungen ist, grundsätzlich bejaht würde, könnten der erhoffte Ertrag und die mutmaßlichen Kosten – materieller wie immaterieller Art – vernünftig(er) gegeneinander abgewogen werden.

Im Folgenden werden vor allem jene territorialen und staatsrechtlichen Entwicklungen im norddeutschen Raum angedeutet, welche sich seit der „napoleonischen Territorialrevolution“ in Zentraleuropa zu Beginn des 19. Jahrhunderts zugetragen haben. Dies geschieht vor allem mit Blick auf die Schlüsselfrage, ob und inwieweit sich hier föderale Gebietsstrukturen herausgebildet haben, deren besondere historische Dignität und Legitimität einer neuerlichen Revision innerdeutscher (Glied-)Staatsgrenzen entgegenstehen.

Vorweg eine grundsätzliche Überlegung: Was manchen Sozialwissenschaftlern als strukturelle „Pfadabhängigkeit“ geläufig ist, gehört für Historiker zum gesicherten Wissensbestand ihrer Disziplin – die ausgeprägte Widerständigkeit des geschichtlich Gewordenen gegen kurzfristige Veränderungsimpulse aus dem politischen Raum. Bereits wenige Monate nach Beginn des Ersten Weltkrieges hat der nachmalige Vater der Weimarer Reichsverfassung, Hugo Preuß, diese Einsicht zu Protokoll gegeben: „Die geschichtliche Erfahrung lehrt, dass wirklich tief greifende Umgestaltungen der Verwaltungsorganisation kaum jemals in der Stille des normalen Staatslebens zustande kommen, vielmehr regelmäßig nur im Zusammenhange mit inneren Umwälzungen oder größeren äußeren Ereignissen.“³

Im Normalverlauf vollzieht sich der Wandel von Verfassungs- und Verwaltungsstrukturen in aller Regel nur evolutionär und kleinschrittig. Freilich lässt sich aus dieser empirisch gesicherten Erkenntnis mit beträchtlichem Prognosepotential keine notwendige und dauerhafte Stillstellung des jeweiligen (territorialen) Status quo ableiten. Doch selbst Historiker, denen diese Einsicht grundsätzlich bewusst ist, neigen bisweilen dazu, sich ihr im besonderen Fall zu verschließen. Dies vor allem dann, wenn sie sich aus persönlichen oder anderen Gründen mit dem gegenwärtigen Zustand ihres Erkenntnisobjektes gefühlsmäßig identifizieren. Wie bei der zeitweise geläufigen Rede vom globalen „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) droht dabei auch im regionalen Zusammenhang ein normativ aufgeladenes Wunschdenken die Tatsachenanalyse zu überformen. Ein Beispiel dafür bieten zwei Äußerungen des vor bald einem Jahrzehnt verstorbenen Kieler Landeshistorikers Kurt Jürgensen: „In rückschauender Betrachtung ist [...] für uns erkennbar“, schrieb der gebürtige Flensburger bereits 1968, dass sich „in der Nachkriegszeit [...] ein jahrhunderte-altes doppeltes Anliegen der bewussten Schleswig-Holsteiner erfüllt (hat): das ihrer staatlichen Eigenständigkeit und ihrer Zugehörigkeit zu einem föderativen deutschen Staatsverband.“⁴

Und 30 Jahre später bekräftigte Jürgensen nochmals: „Unbeschadet der Grenzänderungen, die dieses Land im 19. und 20. Jahrhundert erfahren hat, bleibt festzustellen: Schleswig-Holstein ist ein Land, das aufgrund der Geschlossenheit seines Raumes [...] gleichsam von der Natur ‚vorgeformt‘ ist. Es ist ein Land, dessen Symbole [...] aus den Jahren 1386 und 1843 stammen. Diese Symbole sind Ausdruck einer starken Verankerung des Landes Schleswig-Holstein in seiner Geschichte. Sie legitimiert in hohem Maße – und dies mit der [...] Territorialentwicklung – Schleswig-Holsteins Eigenexistenz als Bundesland.“⁵

Deutlich anders ist hingegen 1996 die Entstehung jenes Flächenstaates beschrieben worden, der nach dem Zweiten Weltkrieg südlich der Elbe entstanden ist: „Niedersachsen, ein neues Bundesland, das sich zwar auf eine gewisse Niedersachsen-Tradition stützen kann, nicht jedoch auf ein einheitliches Vorgänger-Territorium, wie dies beispielsweise für Bayern, Bremen oder Hamburg gilt, ist ein Kind der britischen Besatzungsmacht, das mit Hilfe starker hannoverscher Kräfte [...] am 1. November 1946 ins Leben trat. Es war eine nicht ganz leichte Geburt, als England als auswärtige Macht einem speziell im Hannoverschen beheimateten Niedersachsenbewusstsein zu territorialer Gestalt verhalf. Zu den Geburtsschwierigkeiten gehörte, dass das Land zusammengesetzt wurde aus der ehemaligen preußischen Provinz Hannover und den vormals selbständigen Ländern Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe, von denen insbesondere Oldenburg seine Selbständigkeit allzu gern bewahrt hätte.“⁶

Tatsächlich waren nicht wenige deutsche Länder auf der nachnapoleonischen Landkarte Mitteleuropas in erster Linie Konstruktionen der regionalen Macht-, Funktions- und Deutungseliten. Sie alle verband zu allen Zeiten ein gemeinsames Interesse an der Wahrung des jeweiligen territorialen Status quo. Auch heute spricht manches dafür, dass die personalen Träger eines übergreifenden „Landesbewusstseins“ vorwiegend in den jeweiligen Landtagen, Ministerien und Landesbehörden sowie in Historischen Seminaren der Landesuniversitäten, der Landesheimatbünde oder den Organisationskomitees der Landestage zu suchen sind. Zumal im medialen Widerhall täuschen deren Aktivitäten gemeinhin darüber hinweg, dass „Heimatgefühl“ – im Sinne eines „sense of space“ – wie auch regionales Identitätsbewusstsein historischer Provenienz mitnichten zwingend an die jeweilige (glied)staatliche Verfasstheit gebunden sind.

Trotzdem haben die Bewahrer des territorialen Istzustandes in aller Regel große Erfolgchancen. Zeigt doch die zeithistorische Erfahrung, dass die Bürgerschaft in plebiszitären Anrufungssituationen durchweg veränderungs-skeptisch reagiert, wenn Änderungen von Landes-, Kreis- oder – erst recht – Gemeindegrenzen auf der politischen Agenda stehen. Bereits die einzige geglückte Länderfusion nach Gründung der Bundesrepublik im Südwesten kam 1950/51 nur unter wiederholter

Missachtung des südbadischen Mehrheitswillens in Stuttgart und in Bonn zustande. Unter politischen Durchsetzungs- und Nutzensgesichtspunkten ließe sich ein solches Vorgehen im Nachhinein rechtfertigen durch „die zu beobachtende Regel, dass neu geschaffene Gebietskörperschaften von Ländergröße, wenn sie an Traditionen anknüpfen und zugleich modernen Erfordernissen gerecht werden, von der Bevölkerung relativ schnell akzeptiert werden, [so] dass die politisch-territoriale Bindung an die Bundesländer schon bald zur zweiten Natur ihrer Bürger wird.“⁷

Bezugspunkte der schleswig-holsteinischen Territorialgeschichte

Es wäre nun der Versuch am Platze, hier beispielhaft die verwickelte Territorialgeschichte Schleswig-Holsteins in didaktisch zweckdienlicher Vereinfachung zu skizzieren. Selbst das kann aber nur in wenigen Andeutungen geschehen.

Das historische Kernland besteht aus dem ehemaligen Herzogtum Holstein und dem früheren Herzogtum Schleswig. Nach dem Wiener Kongress kam 1815 das Herzogtum Lauenburg hinzu. Die nördlichen Gebietsteile Schleswigs fielen 1920 nach einer Volksabstimmung an Dänemark. Diese Entwicklung ist von Hans-Friedrich Traulsen als vielhundertjährige Kontinuitätslinie gedeutet worden, welche dem heutigen Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland eine geschichtlich fundierte Existenzberechtigung sui generis verleihe:

„Im Unterschied zu den anderen ‚Bindestrich-Ländern‘ der Bundesrepublik ist Schleswig-Holstein nicht erst seit dem Zweiten Weltkrieg entstanden. Vielmehr sind die Landesteile Schleswig und Holstein seit 600 Jahren durch eine gemeinsame Geschichte miteinander verbunden. Territoriale Sondergeschichten haben Lübeck [...] und Lauenburg.“⁸

Solche historisch weit ausholenden Herleitungen beziehen sich zum einen auf das Jahr 1386, als die Schauenburger Grafen von Holstein von der dänischen Krone die Grafschaft Schleswig zu Lehen erhielten. Seither sind die beiden Territorien in einem Wappen symbolisch vereint. Im Laufe des 15. Jahrhunderts vermochte die Dynastie der Schauenburger ihr schleswig-holsteinisches Gebiet auch herrschaftspraktisch zu konsolidieren.

Seit der postnapoleonischen Zeit bildet das Jahr 1460 das zweite Bezugsdatum für die Konstruktion einer territorialen Kontinuität Schleswig-Holsteins vom Mittelalter bis in die Jetztzeit. Im Vertrag von Ripen (Ribe) gestand der Dänenkönig als neuer Landesherr dem autochthonen Adel die künftige Unteilbarkeit der beiden Herrschaftsgebiete zu. „Up ewich ungedeelte“ blieb das gesamte Territorium bis 1864 im Rahmen einer Personalunion mit Dänemark verbunden. Seine beiden Teile gehörten jedoch über die ganze Zeit hinweg zu unterschiedlichen Reichen: Schleswig war und blieb ein königlich-dänisches Lehen; Holstein ge-

hörte als kaiserliches Reichslehen nach wie vor zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation.

Die zeitgenössische Wahrnehmung hingegen wurde eher von der mächtigen „Verkehrsbarriere“ des Elbestroms bestimmt: Beim „Grenzort“ Hamburg, nicht etwa irgendwo jenseits davon in der Weite des kimbrischen Raumes, wurde offenbar im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit das nördliche Ende des Reiches lokalisiert. Beispielhaft deutlich wird hier der Konstruktionscharakter dessen, was unter Beschwörung der mythologisierten Daten 1386 und 1460 als unmittelbares Vorläuferterritorium des bundesdeutschen Landes Schleswig-Holstein beschworen wurde und wird. Kontrafaktisch betrachtet hätte ebenso gut die Elbe, so der Historiker Jan Rüdiger, „unter Heranziehung der entsprechenden historischen Bezüge [...] auch politikgeschichtlich leicht zur ‚tausendjährigen‘ Grenze rückgedeutet werden können.“⁹

Übersprungen werden nun alle jene Entwicklungen, die nach der eingangs zitierten Feststellung des Lords Palmerston ohnehin nicht erinnerbar sind. Der Blick soll aber noch kurz auf zwei neuere Belege für die Preußische Regel von 1915 gelenkt werden:

Das erste Beispiel: Nach mancherlei folgenlosen Diskussionen zu Zeiten des parlamentarisch-pluralistischen Parteien- und Verbändestaates von Weimar kamen die territorialen Strukturen im Norden Deutschlands unter totalitären Vorzeichen plötzlich in Bewegung. Mit dem „Groß-Hamburg-Gesetz“ vom Januar 1937 (s. Abb. 1) sorgte ein NS-Machthaber, der Preußische Ministerpräsident und Reichsminister für den Vierjahresplan Hermann Göring, unter dem Druck rüstungswirtschaftlicher Zwänge dafür, dass der Elbmetropole im Rahmen eines weiträumigen Gebietsaustauschs deutlich mehr als die für einen den Hafenausbau unmittelbar benötigten Flächen zugeschlagen wurden.

Das zweite Beispiel: Nach dem zeitweiligen Totalverlust deutscher Souveränität wurde die bisherige preußische Provinz Schleswig-Holstein im Laufe des Jahres 1946 in mehreren Etappen zu einem selbständigen Land transformiert. Dieser Gründungsprozess endete am 13. Dezember 1949 mit der Annahme der „Landessatzung für Schleswig-Holstein“, die erst 1990 durch eine „Landesverfassung“ abgelöst wurde.

Ungewollte Gründung des Landes Schleswig-Holstein

Von Euphorie angesichts dieser (vermeintlichen) Vollendung einer Jahrhunderte währenden Territorialgeschichte war Ende der 1940er Jahre überhaupt nichts zu spüren. Stattdessen zogen manche innerhalb wie außerhalb des Kieler Parlaments die dauerhafte Lebensfähigkeit des neuen Landes grundsätzlich und mit Nachdruck in Zweifel. Selbst in der amtlichen Begründung der Landessat-

Reichsgesetzblatt

Teil I

| | | |
|-----------|--|--------|
| 1937 | Ausgegeben zu Berlin, den 27. Januar 1937 | Nr. 11 |
| Tag | Inhalt | Seite |
| 26. 1. 37 | Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsvereinigungen | 91 |

Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsvereinigungen.

Vom 26. Januar 1937.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel I

Groß-Hamburg

§ 1

(1) Auf das Land Hamburg gehen von Preußen über:

- a) die Stadtkreise Altona und Landsbek (Regierungsbezirk Schleswig),
- b) der Stadtkreis Harburg-Wilhelmsburg (Regierungsbezirk Lüneburg),
- c) die Gemeinden Bergstedt, Billstedt, Bramfeld, Duvenstedt, Summelsbüttel, Lemjahl-Wellingstedt, Lohbrügge, Poppenbüttel, Rahlstedt, Sasel, Steilschoop, Wellingbüttel (Landkreis Stormarn, Regierungsbezirk Schleswig),
- d) die Gemeinde Volkstedt (Landkreis Himmberg, Regierungsbezirk Schleswig),
- e) die Gemeinde Eranz (Landkreis Stade, Regierungsbezirk Stade),
- f) die Gemeinden Altenwerder, Finkenwerder, Fißched, Frankof, Gut Moor, Kirchwerder, Langendef, Warmstorf, Neuenfelde, Neugraben, Neuland, Hönneburg, Sinstorf sowie die rechts der Elbe gelegenen Teile der Gemeinde Ower (Landkreis Harburg, Regierungsbezirk Lüneburg),
- g) der Wohnplatz Kutzlad im Achterschlag (Gemeinde Börsen, Landkreis Herzogtum Lauenburg, Regierungsbezirk Schleswig).

(2) Auf das Land Preußen gehen von Hamburg über:

- a) die Stadt Geesthacht unter Eingliederung in den Landkreis Herzogtum Lauenburg, Regierungsbezirk Schleswig,
- b) die Gemeinde Groß Hansdorf und Schmalenbeck unter Eingliederung in den Landkreis Stormarn, Regierungsbezirk Schleswig,
- c) die Stadt Cuxhaven und die Gemeinden Berensch und Arensch, Gudenorf, Holte und Spangen, Dyfstedt, Sahlenburg unter Eingliederung in den Landkreis Land Hadeln, Regierungsbezirk Stade.

§ 2

Die in § 1 Abs. 1 genannten Gemeinden werden mit der Stadt Hamburg und den beim Lande Hamburg verbleibenden Gemeinden zu einer Gemeinde zusammengeschlossen; sie führt die Bezeichnung „Sansestadt Hamburg“.

Abb. 1 „Groß-Hamburg-Gesetz“ vom 26.1.1937

zung vom Dezember 1949 hieß es dazu ohne Umschweife: „Die Vorlage dieses Entwurfs an den Landtag bedeutet nicht, dass die Landesregierung oder der Landtag einen Staat Schleswig-Holstein ins Leben rufen will und sich dadurch endgültig mit der von der [britischen; M.R.] Besatzungsmacht getroffenen Entscheidung abfindet oder gar identifiziert. [...] Die Landesregierung steht ebenso wie der Landtag auf dem Standpunkt, dass Schleswig-Holstein nach seiner Struktur nicht geeignet ist, in seinem heutigen Umfang und mit seiner heutigen Bevölkerung unter den gegebenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen die einem deutschen Land obliegenden Aufgaben zu erfüllen.“¹⁰

Vor diesem Hintergrund wird jene merkwürdige Selbstdistanzierung verständlicher, die in Art. 53 Abs. 2 dieses Organisationsstatuts durchscheint: „Die Landdessatzung verliert vorbehaltlich anderweitiger bundesgesetzlicher Regelung ihre Gültigkeit an dem Tage, an dem die von Schleswig-Holstein erstrebte Neugliederung des Bundesgebiets in Kraft tritt.“¹¹

Freilich wurde mit diesem Bekenntnis nur mühsam die Niederlage derjenigen Kräfte kaschiert, die sich 1948/49 für die Bildung eines Nordstaates unter Einschluss Schleswig-Holsteins, Hamburgs und der südlich angrenzenden niedersächsischen Landkreise eingesetzt hatten. An deren Spitze hatte der sozialdemokratische Ministerpräsident Hermann Lüdemann 1948 ebenso hartnäckig wie vergeblich für die Errichtung eines solchen Landes „Unterelbe“ im Rahmen einer umfassenden Länderneugliederung im kommenden deutschen Weststaat geworben (s. Abb. 2).¹² Weder seine sozialdemokratischen Amtskollegen in Hamburg und Hannover, Max Brauer und Hinrich Wilhelm Kopf, noch maßgebliche Parteifreunde in Kiel waren bereit, den 1946/47 unter Besatzungsägide geschaffenen Status quo nochmals in Frage zu stellen.

Gleichwohl werfen die regelmäßig wiederkehrenden Vorschläge und Forderungen, einen „Nordstaat“ zu schaffen, die Frage auf, ob Lüdemann und seine Mitstreiter die eigenständige Lebens- und Entwicklungsfähigkeit des Landes Schleswig-Holstein vor gut einem halben Jahrhundert womöglich zutreffend bezweifelt haben.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Bereits dieser nur andeutungshafte Überblick über die höchst verwickelte Territorialgeschichte Norddeutschlands legt drei grundlegende Aussagen nahe:

- Erstens sind die deutschen Ländergrenzen – von den Küstenlinien abgesehen – auch im Norden weder „natürlich“ noch „historisch“ determiniert, sondern das jeweilige Zwischenresultat politischer und militärischer Entscheidungsprozesse und Ereignisketten.
- Zweitens ist die Bewahrung eines regionalen Heimatbewusstseins offensicht-

Vorschlag zur NEUGLIEDERUNG DER LÄNDER



Abb. 2 Vorschlag des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Hermann Lüdemann zur Neugliederung der Bundesländer, Juli 1948

lich nicht an den institutionellen Rahmen eines (bestimmten) teilsouveränen Gliedstaates gebunden.

- Drittens zeichnet sich als einzige Konstante der territorialen Entwicklung eine institutionell gebremste Veränderungsdynamik ab, die in allgemeinen Krisen- und Umbruchphasen vor allem auch dann deutlich beschleunigt werden kann, wenn es zu einem Zusammenspiel innerer Kräfte und äußerer Einwirkungen kommt.

„Ahistorisch“ wäre jedenfalls nicht etwa die mittel- und längerfristige Infragestellung der gegenwärtigen Ländergrenzen, sondern der historiographisch verbrämte Versuch, ihnen die Aura geschichtlicher Endgültigkeit zu verleihen – und damit ihre politische Veränderbarkeit a priori zu leugnen.

Das Fazit lautet also: Die Territorialgeschichte ist weder im norddeutschen Raum noch anderwärts an ihr Ende gekommen. Freilich ist mit diesem generellen Befund noch gar nichts über die politisch-praktische Veränderbarkeit der Landesgrenzen in Norddeutschland unter allgemeinen Umständen ausgesagt, die – glücklicherweise – weder katastrophische noch revolutionäre Züge im Sinne des zitierten Diktums von Hugo Preuß aus dem Jahre 1915 anzunehmen drohen. Der jeweilige Grad dieser Veränderbarkeit lässt sich – in der Zukunft – nur empirisch ausloten.

Anmerkungen

- 1 Bei dem verwirrten Professor dürfte es sich um Christian Friedrich Wurm (1803-1859) gehandelt haben. Der Hamburger Historiker und Publizist hatte Lord Palmerston 1850 die Feinheiten der Schleswig-Holstein-Frage öffentlich nahe zu bringen versucht und 1858 in London vor einem Ausschuss des Unterhauses wohl ebenso detailbesessen für die Hamburger Zollbelange geworben. Zutiefst enttäuscht von der schlechten Resonanz seines Auftritts war Wurm ein Jahr später in einer Reinbeker Heilanstalt verstorben. Vgl. sein Sendschreiben an Lord Palmerston, betreffend die Schleswig-Holsteinische Frage, Hamburg 1850 (zugleich engl.: London) und den Personenartikel in der Allgemeinen Deutschen Biographie, Bd. 44, Nachdr. d. Erstausg. Leipzig 1898, Berlin 1971, S. 326-332.
- 2 Einen ausführlicheren Überblick (mit diversen Verweisen) gibt mein Beitrag: Wandel und Beharrung – Die territoriale Entwicklung der nördlichen Länder Deutschlands im 19./20. Jahrhundert, in: Edzard Schmidt-Jortzig/Henning Voscherau (Hg.), Nordstaat. Interdisziplinäre Untersuchung zu Chancen und Risiken einer künftigen Zusammenarbeit oder Fusion norddeutscher Bundesländer, Kiel 2006, S. 1-61. Vgl. etwa Hans Valdemar Gregersen, Schleswig-Holstein als geschichtlicher Begriff, in: GFH 2/1985, S. 69-73.
- 3 Hugo Preuß: Burgfriedliche Kriegsgedanken zur Verwaltungsreform (1915), in: ders.,

- Staat, Recht und Freiheit. Aus 40 Jahren deutscher Politik und Geschichte, Neudr. d. Erstaugs. Tübingen 1926, Hildesheim 1964, S. 102-109, hier S. 103 f.
- 4 Kurt Jürgensen: Schleswig-Holstein – das „Modell-Land“ der britischen Besatzungspolitik, in: Ernst Schulin (Hg.), Gedenkschrift Martin Göhring. Studien zur europäischen Geschichte, Wiesbaden 1968, S. 396-412, hier S. 412.
 - 5 Kurt Jürgensen: Schleswig-Holstein als Territorium. Zur Grenz- und Territorialentwicklung Schleswig-Holsteins im 19. und 20. Jahrhundert, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 122 (1997), S. 467-494, hier S. 489.
 - 6 Joachim Kuroпка/Hermann von Laer (Hg.): Woher kommt und was haben wir an Niedersachsen? Cloppenburg 1996, Vorwort, S. 7 f., hier S. 7.
 - 7 Helmut Wagner: Die innerdeutschen Grenzen, in: Alexander Demandt (Hg.), Deutschlands Grenzen in der Geschichte, 3. Aufl., München 1993, S. 240-284, hier S. 274.
 - 8 Hans-Friedrich Traulsen: Art. „Landesgeschichte“, in: Hans Duggen/Göttrik Wewer (Hg.), Schleswig-Holstein-Lexikon. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Opladen 2002, S. 188-194, hier S. 188.
 - 9 Jan Rüdiger: Vom Nutzen des Vergessens. Schleswig-Holsteins Landesmittelalter, in: Bea Lundt (Hg.), Nordlichter. Geschichtsbewußtsein und Geschichtsmymthen nördlich der Elbe, Köln u.a. 2004, S. 87-135, hier S. 114 f.; vgl. aber Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt, Verbindendes und Trennendes. Einige Gedanken zur historischen Funktion der Unterelbe als Grenze, in: Martin Rheinheimer (Hg.), Grenzen in der Geschichte Schleswig-Holsteins und Dänemarks, Neumünster 2006, S. 295-306, insbes. S. 300 f., 306.
 - 10 Zit. nach Uwe Barschel/Volkram Gebel, Landessatzung für Schleswig-Holstein. Kommentar, Neumünster 1976, S. 90 f.; danach auch das folgende Zitat.
 - 11 Zit. nach U. Barschel/V. Gebel, Landessatzung für Schleswig-Holstein, S. 320.
 - 12 Vgl. dazu zuletzt Rolf Fischer, Hermann Lüdemann und die deutsche Demokratie, Neumünster 2006, S. 144 ff.

In memoriam Gerhard Beier (1937-2000),
der am 10.4.2007 70 Jahre alt geworden wäre

Die Lebenserinnerungen Johann Ohrtmanns (1898-1978) als historische Quelle – Teil 1

von REIMER HANSEN

Johann Ohrtmann nimmt in der historischen Friedensbewegung einen festen Platz ein. Auch für die deutsch-dänische Verständigung hat der aus Flensburg stammende Schulmann, Reformpädagoge und Pazifist nachhaltig gewirkt. In einem zweiteiligen Beitrag setzt sich Reimer Hansen, emeritierter Geschichtsprofessor der Freien Universität Berlin, kritisch mit den 1995 veröffentlichten Lebenserinnerungen Johann Ohrtmanns auseinander. Im vorliegenden ersten Teil seines Aufsatzes ordnet der Historiker die Erinnerungen exemplarisch in allgemeine quellenkritische Zusammenhänge ein und steckt damit den Rahmen für die gewinnbringende Auseinandersetzung mit einer wichtigen historischen Quelle ab. Wenn Reimer Hansen seinen Beitrag dem Historiker Gerhard Beier widmet, so verweist er damit auch auf die Tradition der Grenzfriedenshefte. Aufgrund der familiären und politischen Nähe zu dem langjährigen Schriftleiter unserer Zeitschrift Ernst Beier und zu dessen Sohn Gerhard war Johann Ohrtmann als Leser und als Verfasser einiger Beiträge den Grenzfriedensheften wie dem Grenzfriedensbund aufs Engste verbunden. Dies wird im zweiten Teil des Beitrages (H. 1/2008) besonders deutlich, wo Reimer Hansen die „bemerkenswerte Ausnahmebiographie“ J. Ohrtmanns vor ihrem zeit- und regionalgeschichtlichen Hintergrund eingehend würdigt.

Die Redaktion

Einleitung

Den älteren Mitgliedern des Grenzfriedensbundes (GFB) und den langjährigen Lesern seiner Grenzfriedenshefte (GFH) ist der Schulmann, Reformpädagoge und Pazifist Johann Ohrtmann kein Unbekannter. Er ist ihnen wiederholt als Autor historischer und autobiographischer Artikel der Jahrgänge 1962 bis 1976, vor allem aber als zeitgeschichtliche Persönlichkeit der Friedensbewegung der deutsch-dänischen Grenzregion während der Zwischen- und Nachkriegszeit begegnet. Hier seien zunächst nur sein nach wie vor sehr lesenswerter Aufsatz über „Grenzfriedensbestrebungen in der Weimarer Zeit“ (GFH 4/1971, S. 231-

238) und Helmut Donats treffende historisch-biographische Würdigung „Johann Ohrtmann (1898-1978). Die historische Friedensbewegung im öffentlichen Bewußtsein“ (GFH 2/1983, S. 90-102) in Erinnerung gerufen. 17 Jahre nach seinem Tode sind auch in einer eigenen Veröffentlichung des Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein seine Lebenserinnerungen allgemein zugänglich gemacht worden: Johann Ohrtmann, „Sind Kriege notwendig?“. Lebenserinnerungen eines Pazifisten und Schulmannes. Für den Druck eingerichtet von Gerda Brömel. Mit einem Vorwort von Manfred Jessen-Klingenberg (= Veröffentlichungen des Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein / Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V., Band 15), Kiel, Neuer Malik-Verlag, 1995, 359 Seiten, Paperback. Sie sind für das Leben und Lebenswerk Ohrtmanns, aber ebenso auch für ihren zeitgeschichtlichen Kontext von der Wilhelminischen Ära des Deutschen Kaiserreichs über die Weimarer Republik, die nationalsozialistische Diktatur und die Besatzungszeit bis in die Bundesrepublik Deutschland von hohem biographischen und regionalhistorischen Interesse und sollen daher, nachdem ihre öffentliche Aufnahme und erste Würdigung in Anzeigen und Besprechungen abgeschlossen ist, im Folgenden etwas eingehender, als es üblicherweise dem Rezensenten gestattet ist, als historische Quelle erörtert und beurteilt werden.

I. Quellenkritische Voraussetzungen und Gesichtspunkte

Nach der grundlegenden Gliederung schriftlicher historischer Quellen in Überreste und Überlieferungen oder Relikte und Traditionen gehören die Lebenserinnerungen Johann Ohrtmanns eindeutig zur Gattung der letzteren. Sie sind mithin eine erzählende Quelle. Ihr als Suggestivfrage formulierter Titel ist offenbar nicht vom Verfasser selbst, sondern nachträglich für die Veröffentlichung gewählt worden. Er findet sich aber in seinen Aufzeichnungen als erinnertes Zitat und geht auf einen Vortrag zurück, den er 1927 aus Anlass der Gründung einer Ortsgruppe der „Deutschen Friedensgesellschaft“ (DFG) in Bredstedt gehalten hat (S. 162). Ob Johann Ohrtmann selbst überhaupt einen bestimmten Titel über den gesamten Text gesetzt hat, lässt sich der Buchfassung nicht entnehmen. Im rückblickenden Nachwort vom 10.3.1971 nennt er die sukzessiv entstandenen Ausführungen von mittlerweile „fast 440 Seiten“ lediglich „diese Aufzeichnungen“ (S. 331) und im Verlauf ihrer Niederschrift gelegentlich auch ausdrücklich „Erinnerungen“ (S. 251). Der Untertitel trifft den Inhalt sicherlich besser als der unvermittelte Haupttitel, zumal er nicht nur den Pazifismus, sondern auch die Schule als Schwerpunkt und Leitmotiv des erinnerten Lebens zum Ausdruck bringt und damit zugleich den durch das Titelzitat hervorgerufenen einseitigen, wenn nicht

Johann Ohrtmann

»Sind Kriege notwendig?«

Lebenserinnerungen eines
Pazifisten und Schulmannes



Abb. 1
Buchumschlag der
Lebenserinnerungen
Johann Orthmanns
mit einem Gemälde von
Otto Dix: „Flandern“
(1934-36)

unzutreffenden Eindruck der Erörterung und Beantwortung einer zentralen aktuellen Frage korrigiert.

Die Erinnerungen erzählen und reflektieren den eigenen Lebenslauf von der Kindheit in einer Flensburger Arbeiterfamilie bis zur beruflichen Endstation als Oberregierungsschulrat im Kultusministerium des Landes Schleswig-Holstein in ihren vielfältigen und wechselvollen persönlichen und politischen, privaten und dienstlichen Zusammenhängen. Ihr weitgespannter zeitgeschichtlicher Bogen reicht vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis zum Eintritt in den Ruhestand im Frühjahr 1963, ein paar Monate, bevor auf der großen politischen Bühne die Ära Adenauer zu Ende ging. Johann Ohrtmanns Erinnerungen unterscheiden sich deutlich von den üblichen Memoiren, die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – nicht selten zur Selbstdarstellung oder gar als Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln – herauszubringen pflegen. Er hat seine Erlebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse nicht aufgeschrieben, um sie einer breiten anonymen

Öffentlichkeit mitzuteilen. „Diese Erinnerungen“, führt er einmal zur Selbstverständigung aus, „sind für meine Kinder gedacht; sie werden sich selbst noch auf vieles besinnen, auch auf das, was ich hier nicht erwähnt habe – aber was wissen die Enkel?“ (S. 251). Und so entschließt er sich, um auch für sie verständlich zu bleiben, noch einmal weiter auszuholen und Übergangenes nachzutragen. Den familiären Adressatenkreis verliert er dabei nie aus dem Blick, er bleibt in seiner Darstellung stets persönlich und spricht auch nicht in der – bei unbekanntem Lesepublikum üblichen – erzählerischen Distanz von seiner Frau, seinem Sohn, seinen Töchtern oder seiner Schwägerin, sondern durchweg in vertrauter Weise von Marga, von Fritz, von Anna und Gerda oder von Hanna.

Aus dem Nachwort vom 10.3.1971 geht hervor, dass die Niederschrift zwischen Herbst 1968 und Frühjahr 1970 entstanden sein dürfte. „Vor etwa zweieinhalb Jahren“, heißt es dort, „begann ich diese Aufzeichnungen und hatte dabei keine Vorstellung davon, wie umfangreich sie würden. Seit einem Jahr habe ich ihnen nichts mehr hinzugefügt, mir war die Sache nicht mehr interessant genug. Die Frage, wen diese Dinge jemals interessieren könnten, darauf fand ich keine mich befriedigende Antwort.“ Ob er inzwischen an dem Sinn seiner Erinnerungen gezweifelt oder auch daran gedacht haben mochte, den Adressatenkreis zu erweitern, geht aus den Ausführungen nicht hervor. Er stellt lediglich fest, dass er in dem stark angewachsenen Manuskript „einiges ganz interessant, manches überflüssig und manches lückenhaft“ finde. Auch sei manche Einzelheit mehrfach berichtet worden. Zu der fälligen Überarbeitung konnte er sich indes noch nicht aufraffen (S. 331). Statt dessen versah er das Manuskript mit einem Nachwort, das die Ausführungen vorerst abrunden und zeitgeschichtlich einordnen sollte. In diesem vorläufigen Zustand hat Johann Ohrtmann seine Erinnerungen hinterlassen. Seine Tochter Gerda Brömel hat sich die Mühe gemacht, sie redaktionell zu überarbeiten und in die stimmige Form zu bringen, die ihm vorgeschwebt hatte. Sie stand – wie sie in der Einleitung schreibt – „vor der Aufgabe, zu sichten, zu ordnen und zu streichen“ (S. 12). Sie hat überdies, wo es ihr nötig schien, unvollständig geschilderte Sachverhalte faktisch ergänzt und ungenaue Formulierungen sprachlich präzisiert. Schließlich hat sie darüber hinaus – nach sorgfältiger Überprüfung anhand der einschlägigen Quellen – gelegentlich auch sachlich gebotene Korrekturen vorgenommen und die meisten nur durch Initialen bezeichneten Personennamen identifiziert und vollständig wiedergegeben. Vor allem aber hat sie die so überarbeiteten Erinnerungen – im Unterschied zur ursprünglichen Absicht ihres Vaters – nicht im nächsten Familienkreis zurückbehalten, sondern dem Beirat für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein zur Veröffentlichung überlassen. Damit ist der Regional- und Zeitgeschichte, namentlich der Sozial- und Bildungsgeschichte wie der Geschichte des organisierten Pazifismus dies- und jenseits der deutsch-dänischen Grenze

eine überaus ergiebige, hochinteressante Quelle zugänglich gemacht worden, die zudem anschaulich und lebendig, ja spannend geschrieben ist.

Die vorliegenden Lebenserinnerungen Johann Ohrtmanns sind mithin keine historisch-kritische Edition der vom Autor niedergeschriebenen und hinterlassenen Fassung. Sie tragen die dem Leser nicht kenntlich gemachten Spuren der Überarbeitung durch die Tochter, ohne die sie wohl kaum an die Öffentlichkeit gelangt wären, die aber bei quellenkritischer Untersuchung und Beurteilung der Memoiren deutlich vom ursprünglichen Manuskript geschieden werden müssen. Die Originalfassung ist dem Landesarchiv Schleswig-Holstein übergeben worden und steht dort der historischen Forschung zur Verfügung. Andererseits wird die Veröffentlichung der redigierten Fassung sicherlich auch dazu beitragen, die ohne Frage verdienstvolle Bearbeitung weiter zu verbessern, insonderheit auch die noch nicht identifizierten Personen namhaft zu machen. Abgesehen von wenigen belanglosen Druckfehlern, die wohl nie zu vermeiden sein werden, bietet der veröffentlichte Text der Lebenserinnerungen eine sprachlich und sachlich in sich stimmige, einheitliche Darstellung, an der vermutlich auch der letzte Schliff Johann Ohrtmanns nur noch einige Korrekturen im Detail, jedoch keine wesentlichen Veränderungen mehr vorgenommen haben dürfte.

Einige Einblicke in sein Leben gewähren auch vier Artikel, die Johann Ohrtmann in den GFH veröffentlicht hat. Sie sind in den Jahrgängen 1970, 1971, 1974 und 1978 erschienen und behandeln Themen, die über die eigene Biographie hinaus von allgemeinem historischen Interesse sind: Großvaters Erinnerungen an die Kriege der Reichsgründungszeit 1864 und 1870/71 sowie die eigenen Erinnerungen an die Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft 1919, die Volksabstimmung 1920 und die Grenzfriedensbestrebungen in der Zeit der Weimarer Republik.¹ Da sie höchstwahrscheinlich allesamt nach der Niederschrift der Lebenserinnerungen entstanden sein dürften, mögen sie ein Indiz dafür sein, dass er vielleicht doch daran gedacht haben könnte, den Adressatenkreis des Manuskripts – zumindest für Teile, die nicht nur die engere Familie tangieren – zu erweitern. Auf jeden Fall korrespondieren sie mit den Erinnerungen, überschneiden sich mit ihnen, ergänzen sie zum Teil und werden selbst durch sie, insbesondere ihren biographischen und zeitgeschichtlichen Kontext, ergänzt und eingeordnet.

Als beabsichtigte Überlieferungen tragen Erinnerungen nicht nur – wie jede Quelle – die Kennzeichen ihrer historischen Zusammenhänge und damit der Zeit, der sie entstammen, sondern auch die persönlichen Eigenarten und Besonderheiten ihrer Autoren in und an sich. Sie zeichnen sich somit neben ihrer objektiven auch durch eine subjektive Geschichtlichkeit aus. Aber anders als Tagebücher sind sie nicht gleichzeitig, sondern rückblickend erzählende Quellen. Der Standort und die Perspektive des Blicks auf das eigene Leben haben sich im Verlauf der zeitlichen Distanz zwischen dem Geschehen und seiner Erinnerung zunehmend

verändert. Und das zumeist unter dem Eindruck der währenddessen gewonnenen Einsichten und erlittenen oder gemachten Erfahrungen! Dieser quellenkritische Gesichtspunkt ist für die Erinnerungen Johann Ohrtmanns von nicht unerheblicher Bedeutung. Er blickt während des politischen Machtwechsels von der Schlussphase der ersten Großen Koalition bis zur Etablierung der sozialliberalen Koalition auf das Kaiserreich, die Weimarer Republik, das Dritte Reich, die Nachkriegszeit und die Ära Adenauer zurück. Die weltgeschichtliche Zäsur des Epochenjahrs 1945, wenn nicht des Epochendatums 8.5.1945, gehört bereits seit einem Vierteljahrhundert der miterlebten Zeitgeschichte an. Und so kann er die Erinnerungen an die persönlich erfahrene nationalsozialistische Gewalt- und Unrechtsherrschaft – anders als im zeitgleichen Tagebuch oder auch in parallelen Überresten wie privaten oder dienstlichen Briefen, Zeitungsnachrichten und Aktennotizen – aus dem historischen Abstand von fast einer Generation bereits im Bewusstsein ihrer eigenen und öffentlichen Verarbeitung und im Lichte der seither dazugewonnenen Kenntnis um ihren zeitgeschichtlichen Zusammenhang, ihren Ausgang und ihre Folgen aufschreiben und beurteilen.

Die Veröffentlichung bietet ein interessantes und aufschlussreiches Beispiel für die – bei aller Begrenztheit und Unvollständigkeit der jeweiligen persönlichen Wahrnehmung – veränderte Sicht in der Schilderung seiner Versetzung als Lehrer von der einklassigen Dorfschule in Vollstedt, Kreis Husum, an die Volksschule in Lägerdorf, Kreis Steinburg, im Jahre 1930 nach vier Jahrzehnten. Ohrtmann schreibt, er habe die Regierung in seinem sechsten Dienstjahr in Vollstedt um Versetzung an eine größere Schule gebeten und als Begründung angegeben, „daß sowohl meine Frau als auch ich Städter seien, daß wir kaum in Vollstedt verwurzeln würden, und daß ich auch glaubte, während der letzten mehr als fünf Jahre meine Pflicht gegenüber der schwierigsten Schulform erfüllt zu haben.“ Und er fügt hinzu: „Dem Antrag wurde stattgegeben.“ Am 21.4. 1930 habe er dann die amtliche Nachricht erhalten, dass er bereits zum 1.4. in eine Planstelle in Lägerdorf eingewiesen worden sei. Der neue Dienstort sei für sie jedoch eine Enttäuschung gewesen, denn sie hatten gehofft, in eine größere Stadt zu kommen und dabei insgeheim sogar an das heimische Flensburg gedacht. Lägerdorf habe überdies aufgrund der kommunistischen Unruhen um 1923 bei ihm „in denkbar schlechtem Ruf“ gestanden. Als der zuständige Oberregierungs- und Schulrat ihm rät, doch erst einmal hinzufahren und sich die Verhältnisse dort anzusehen, willigt er ein (S. 176 f.). Er wird an der Schule freundlich, vom Rektor sogar mit offenen Armen aufgenommen, tritt alsbald seinen Dienst im neuen Schulalltag an, und die durchweg positiv erinnerte Zeit als Lehrer in Lägerdorf beginnt.

Manfred Jessen-Klingenberg rekonstruiert in seinem Vorwort aufgrund der erhaltenen dienstlichen Personalakte Johann Ohrtmanns ein hiervon nicht uner-



Abb. 2
Johann Orthmann, 1946/47

heblich abweichendes Bild, ohne es jedoch mit den Erinnerungen zu konfrontieren. Er zitiert einen – in den Erinnerungen nicht erwähnten – „von etwa 25 Dorfeinwohnern unterzeichneten Brief“ aus dem März 1929 an Ohrtmann, in dem es heißt: „Wir halten Ihre Arbeit nicht für ersprießlich im Interesse unserer heranwachsenden Kinder. Wir wünschen, daß unsere Kinder im Geist und nach Grundsätzen unserer evangelisch-lutherischen Kirche unterrichtet und in gut vaterländischem Geist erzogen und gebildet werden. Die Auflösung mancher biblischen Geschichten in belanglose Erzählungen ist uns ein Ärgernis, ebenso (die) Vertretung Ihrer pazifistischen Ideen“ (S. 9).² Der Brief habe mit dem Rat geschlossen, sich nach einer anderen Stelle umzusehen. Dies habe Ohrtmann dann auch getan, zumal der Schulvorstand des Dorfes seine Versetzung beantragt hatte. Eine freie Stelle in Wesselburen habe Ohrtmann mit der Begründung abgelehnt, dass die Bevölkerung dort „extrem rechtsradikal“ eingestellt sei. Die Versetzung von Vollstedt nach Wesselburen wäre in der Tat – mit den Worten Jessen-Klingenberg – „einem Wechsel vom Regen in die Traufe gleichgekommen“. Nachdem der Versuch einer Einstellung in Altona fehlgeschlagen war, habe Ohrtmann schließlich die Stelle in Lägerdorf erhalten und dort noch bis zu

seiner Entlassung durch die nationalsozialistischen Machthaber knapp drei Jahre erfolgreich als Lehrer wirken können (S. 9 f.).

Ohrtmann hat die in dem Brief zum Ausdruck gebrachten Spannungen eingehend behandelt und sie zur Hauptsache auf den vom Zentrum der äußeren Mission ausgehenden Einfluss der Kirchen- und Kirchspiel-Landgemeinde Breklum zurückgeführt, wozu die Dorfschaft Vollstedt gehörte. Er datiert sie aber bereits in sein zweites Vollstedter Jahr (1925/26), als er sich gegen die anonymen polemischen Leserbriefe „einer besorgten Mutter“ im lokalen „Friesen-Courier“ pädagogisch und sachlich verteidigen musste. Letztere sollte sich, wie Ohrtmann anmerkt, im Nachhinein als ein – durch die näheren Angaben zur Person übrigens leicht identifizierbarer – Breklumer Theologie-Student im ersten Semester herausstellen. Hinzu kamen unmissverständliche Aufforderungen an die Gemeinde, während des Gottesdienstes – in der Paraphrase Ohrtmanns – „für uns abgeirrte Sünder zu beten“, und ein anonymes Brief analoges Inhalts, den er 1926 kommentarlos ins Schulfenster hängte. In diesem Zusammenhang meint er, dass es unter derartigen Umständen wohl verständlich sei, wenn seine Frau und er sich Gedanken darüber gemacht hätten, „ob wir in dem Dorf, in dem ein gutgemeintes Wirken so verkannt wurde, überhaupt bleiben wollten“ (S. 156). Aus der Personalakte geht nun hervor, dass die persönlichen Anfeindungen aus der Breklumer Kirchengemeinde 1929 schließlich zum offenen Konflikt und zur Machtprobe im Dorf eskalierten. Wenn Johann Ohrtmann diesen herben Gesichtspunkt seiner Versetzung nach vierzig Jahren zugunsten eines anderen ausblendet, mochte er ihn inzwischen vielleicht verdrängt oder nicht mehr als ausschlaggebend angesehen haben. In den Erinnerungen dominiert jedenfalls nicht – wie in Jessen-Klingenberg's Aktenreferat – der Eindruck einer übermächtig gewordenen öffentlichen Pression, sondern der gewiss nicht minder wirksame Wunsch, aus dem „einsamen Heidedorf“ und seiner „kleinen einklassigen Schule“ auszubrechen (S. 160).

Unstimmigkeit besteht in den veröffentlichten Erinnerungen auch über das Datum der Entlassung Johann Ohrtmanns aus dem Schuldienst durch die Nationalsozialisten. Er selbst gibt an, dass er zunächst in den Sommerferien 1933 ein von dem zuständigen Dezernenten der Abteilung für Kirchen- und Schulwesen in Schleswig unterzeichnetes Schreiben erhalten habe, dass er bis zu seiner Entlassung beurlaubt und ihm das Betreten der Schulräume verboten worden sei (S. 201). Das entsprechende im Faksimile abgebildete dienstliche Schreiben (S. 199) stimmt indes nicht damit überein. Es trägt die erläuternde Unterschrift: „Suspendierung vom Dienst: Der zuständige Schulrat beurlaubt Johann Ohrtmann mit diesem Schreiben vom Dienst. Die Entlassung folgt kurz darauf.“ Das handschriftliche Schreiben selbst nennt im gedruckten Briefkopf als Absender den „Schulrat in Glückstadt Kreis Steinburg“ und trägt das Datum des 26. Juli

1933. Es ist vom amtierenden Glückstädter Schulrat Ehlers unterzeichnet und lautet wörtlich: „Herrn Lehrer Ohrtmann, durch den Herrn Rektor der Schule in Lägerdorf. Durch Reg(ierungs). Verf(ügung). v. 22. Juli 1933 sind Sie mit sofortiger Wirkung von Ihrem Dienste beurlaubt. Sie haben den anlieg(enden). Fragebogen l(au)t. Aufforderung der Reg(ierung). sofort auszufüllen u. binnen 2 Tagen auf dem Dienstwege herzureichen. Ich habe Sie verantwortlich zu den vorgebrachten Anschuldigungen zu vernehmen. – Vorschlag: Freitag 28/7. hier in Glü(ückstadt), 9 1/2 h. – “.³ Schon „kurz darauf“ scheint die förmliche offizielle Entlassung allerdings noch nicht erfolgt zu sein. Jessen-Klingenberg nennt den 18. September (S. 10), immerhin gut sieben Wochen danach, Ohrtmann selbst sogar erst den 1. Januar 1934 (S. 206).

Da Ohrtmann sich bei der Niederschrift der Erinnerungen vor allem auf sein Gedächtnis verlassen hat und zu einer abschließenden Überarbeitung nicht mehr gekommen ist, sind Namen, Daten, Fakten und Zitate grundsätzlich, soweit irgend möglich, auf ihre Richtigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren, bevor sie als solche mit dem Anspruch historischer Gültigkeit in biographische oder zeitgeschichtliche Darstellungen übernommen werden können. Gewiss, die Tochter hat – wie sie einleitend ausführt – hierauf bereits bei der redaktionellen Bearbeitung geachtet und im Interesse eines besseren Verständnisses selbst ereignisgeschichtliche Schilderungen aus ihrer Kenntnis ergänzt. Dies ist nicht immer stillschweigend, sondern manchmal auch in den Anmerkungen geschehen, so dass Ohrtmanns Gedächtnis und Brömels Recherche hier und da an einigen wenigen Beispielen miteinander verglichen werden können. Auf diese Weise lässt sich über den Buchtitel die unvermutete Entdeckung machen, dass das Thema des Vortrags aus Anlass der Gründung der Bredstedter Ortsgruppe der DFG im Jahre 1927 gar nicht – wie Ohrtmann sich zu erinnern meint – „Sind Kriege notwendig?“, sondern „Dürfen wir den Krieg bekämpfen?“ hieß (S. 336, Anm. 22).

Dabei ist der Tochter zustatten gekommen, dass ihr der Kontext der Erinnerungen – wie sie schreibt – „aufgrund der vielen gemeinsamen im Familienverband gelebten Jahre vertraut“ war (S. 12). Aber auch sie hat das Eine oder Andere übersehen, nicht triftig auflösen können oder gar unzutreffend beurteilt. So lautete der Titel der verbandsgeschichtlichen Schrift von Emil Godbersen nicht „Geschichte der Lehrerbewegung in Schleswig-Holstein von 1925-1956“ (S. 259), sondern „Vom Allgemeinen Schleswig-Holsteinischen Lehrerverein zum Landesverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Schleswig-Holstein“. ⁴ Ernst Hessenauer war Landesbeauftragter für staatsbürgerliche Bildung, nicht „Erziehung“, in Schleswig-Holstein (S. 309). Bertha von Suttner war weder die Gründerin der DFG noch die Sekretärin Alfred Nobels, aber sie erhielt den – von Vater wie Tochter übergangenen – Friedensnobelpreis 1905 (S. 127, 335) ⁵. Und der erste

Nachkriegslandrat im Kreis Eutin hieß Erich Lotz, nicht Hermann Lodz (S. 278).⁶ Die zahlreichen fotografischen Abbildungen, die wohl größtenteils dem Familienalbum entstammen dürften und den Lebenslauf Ohrtmanns von der Kindheit bis zum 80. Geburtstag illustrieren, sind verschiedentlich unvollständig erläutert worden. Ohrtmanns Neffe, der Historiker Gerhard Beier, hat sie jedoch, soweit sie die Familie betreffen, auf einem zweiseitigen Faltblatt mit dem Titel „Johann Ohrtmann: Lebenserinnerungen. Kleine Hinweise für Freunde und jüngere Verwandte“ ausführlich ergänzt.⁷ Einige Erläuterungen der Abbildungen sind in den gedruckten Erinnerungen durch zusätzliche Informationen und Hinweise auf spezifische zeitgeschichtliche Zusammenhänge erweitert worden, die mit dem Kürzel RS versehen sind (S. 21, 73, 138, 173, 182, 204, 270 f, 280).⁸ In ihrer Einleitung geht Brömel ausdrücklich auch auf die Tätigkeit des Vaters als Schriftleiter und Autor zahlreicher Artikel der Halbmonatsschrift der Arbeitsgemeinschaft norddeutscher Ortsgruppen der DFG ein, die unter dem Titel „Deutsche Zukunft“ (DZ) in Heide (Holst.) im Verlag des Sozialdemokraten und Pazifisten Paul Riechert erschien, und schreibt: „Es ist zu bedauern, daß Johann Ohrtmann sein umfangreiches publizistisches Werk als Schriftleiter der pazifistischen Zeitschrift ‚Deutsche Zukunft‘ für unwiderbringlich verloren halten mußte.“ Sie habe daher aus Respekt vor dem Verfasser, nicht zuletzt als Person der Zeitgeschichte in der deutschen Friedensbewegung, an Hand der verfilmten vollständigen Jahrgänge in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek die entsprechenden Angaben des Manuskripts besonders sorgfältig überprüft und gegebenenfalls korrigiert. Und sie fügt hinzu: „Wie sehr hätte die Tochter ihrem Vater gewünscht, daß er selbst noch vom Vorhandensein der archivierten vollständigen Jahrgänge seiner Zeitschrift erfahren hätte!“ (S. 12 f., 338, Anm. 42). Diese anrührende Interjektion beruht auf einem Missverständnis. Ohrtmann meint in seinen Erinnerungen nicht die gesamte DZ, sondern nur seinen eigenen redaktionellen und publizistischen Anteil daran, wenn er schreibt, dass „von dieser Arbeit fast gar nichts“ erhalten sei (S. 187). Die Manuskripte, die eigenen Artikel und Exemplare der Zeitschrift sind, soweit sie nicht beschlagnahmt worden waren, bis auf wenige Reste bei einem Bombenangriff im Sommer 1944 verloren gegangen. Nicht dagegen die vollständige Zeitschrift. Als ich mich hiernach – auf der Suche nach den Relikten des Verlags Paul Riechert – vor 36 Jahren brieflich bei Johann Ohrtmann erkundigte, teilte er mir am 23.6.1971 dazu im Einzelnen mit: „Die Jahrgänge der ‚Deutschen Zukunft‘ sind gesammelt von der Ortsgruppe Hamburg der Deutschen Friedensgesellschaft, die sich in der Nachkriegszeit mit der Ortsgruppe der ‚Internationale der Kriegsdienstgegner‘ zusammengeschlossen hat. Das Büro ist in Hamburg, Grosse Bleichen 23-27, verwaltet wird es von Herrn Helmut Hertling. Mir selbst als dem damaligen Schriftleiter sind die Jahrgänge in 2 Haussuchungen beschlagnahmt worden, die Korrespondenz habe

Zukunft

Unabhängige Halbmonatschrift für Völkerverständigung

Herausgeber: R. G. Haebler-Karlruhe, Dr. J. Schiller-Görlitz, Louis Salow-Hamburg. Schriftleitung: Johann Ohrtmann.

Bezugspreise: Einzelnummer 20 Pf.
Durch die Post 1.20 RM. viertel-, dazu Bestellgebühr
Vom Verlag: 1.25 RM. viertel-, per Kreuzband
Inseratpreise: die 1. gewalt. Seite 6.25 RM.

**Sind wir deswegen auf der Welt,
daß wir einander umbringen sollen?** Lessing.

Redigentielle Verantwortung:
Für Deutschland: Kaci Mizec, Heide 1. B.
Für Österreich: Olga Mizec, Wien IV,
Schubertgasse 4.

Besinnung.

Von Johannes Ohrtmann.

Die Ordnung, die wir erstreben, soll jedem Volk, ob groß oder klein, sein Lebensrecht sichern. Es ist das eine Aufgabe, die unmittelbar nur zusammenhängt mit den Bestrebungen der Völker zueinander, in erster Linie sich also auf die Außenpolitik bezieht.

Weil heute auch banale Selbstverständlichkeiten immer wieder bestritten werden, muß daran erinnert werden, daß ein Verbot für die Lebensnotwendigkeit jedes Volkes das Gebieten der Verbundenheit mit dem eigenen Volke zur Voraussetzung hat. Nur vor sein eigenes Volkstum als solches hat erkannt und erlebt hat, wird auch andere Völker verstehen.

Hinzu kommt in der Gegenwart zu dieser rein sittlichen Ermüdung das Wissen um die schicksalhafte Verbundenheit der Völker, hinzu kommt der graue Abstrich von der stiefeligen und umfänglichen Vernichtung im Zukunftskrieg, hinzu kommt das Wissen um die Sinn- und Joeselbstigkeit des Material- und Maschinenkrieges, hinzu kommt die Aufgabe der proletarischen blutigen Internationalen.

Es sind das alles Dinge, die nicht gebunden sind an bestimmte Weltanschauungen oder politische Glaubenssätze, sondern einfache, nachprüfbar, offen daliegende Tatsachen, gleich bebrohlich für marxistische, demokratische oder faschistische Staaten. Diese Dinge mögen nach der Verteilung des Bewusstseins rot oder schwarz oder braun ausfallen; die Menschen bleiben gleich und sie bleiben immer gleich teuflisch, gleich schmutzig, gleich entwürdigend. —

Wir haben nie einen Kopf herum gemacht, daß wir Regierungsformen kennen, die wir im Prinzip für geeigneter halten als Bauwerke einer übernationalen Rechtsordnung wie die gegenwärtige in Deutschland. Darum haben wir das Herausheben dieser Regierungsform bekämpft, mit all' Entschiedenheit und Deutlichkeit, und obgleich unsere letzte Mahnrufe hineingelitten in die atembeklemmende Stille vor dem Sturm — der Sturm ist trotzdem gekommen.

Nun müssen wir mit der gegenwärtigen Regierungsform rechnen wie mit allen andern Faktoren, mit denen wir bei dem Aufbau einer in Freiheit, Frieden und Recht lebenden Welt schon immer rechnen mußten. Das bedeutet kein Resignieren. Aber es bedeutet ein Bestimmen. Ein Bestimmen darauf, was jetzt getan werden muß und was getan werden kann.

Es bleibt uns die Möglichkeit der grundsätzlichen Zustimmung. Es ist das nicht das geringste Stück unserer Arbeit. Es ist vielleicht das, was am meisten verdammt worden ist. Denn darüber muß sich jeder klar sein, daß es nicht Befriedigung ist, die Pazifisten und Kriegsgläubigen trennt. Es trennt die zwei Gruppen vielmehr das Wissen und die Grundtatsachen von Krieg und Frieden.

Es ist das, was Totenbengel und Mördertitel des Völkertreibens darunt, kein verwirklichtes Ding. Aber es wird verwirklicht, sobald es hineingezerrt wird in die Parteipolitik. Unsere Aufgabe wird sein, den grundsätzlichen Gedanken des Völkertreibens aus dieser Verwirrung immer wieder zu lösen, so wie es an dieser Stelle schon immer geschehen ist.

Denn wir sind nicht dazu da; die Richtigkeit von innenpolitischen Doktrinen aufzuzeigen. Dann hätten wir uns sein stille und ließen die Dinge ihren Lauf nehmen. Und je stiller wir wären, desto lauter würden die Lasten sprechen. Das Schicksal eines schicksaligen Deutschlands, das in einen Weltbrand hineingezerrt wird, wird genau so großartig sein wie das Schicksal eines parlamentarisch regierten Deutschlands, das in eine solche Katastrophe geratet wäre. Es sind in beiden Fällen dieselben Menschen, es ist dieselbe Heimat, es ist das gleiche Unglück.

Und wir werden es immer wieder sein, die vor diesem Unglück warnen und die Wege zeigen können, auf dem nicht nur Pazifisten ihm entgegen können, sondern auf dem das deutsche Volk ihm entgegen kann.

Aus dem Inhalt:

- Suggetivbewerben in der Geldlichte von Louis Salow
- Reliefriel aus Oberitalien von Alfred Acker
- Beurt Fordchammer
- Bach kann die gut sein von Deimling, General der Infanterie
- Friedensbedenkten von Valentin Bulgakov
- Tagt es in Genf? von Prof. W. Ortner
- Oxfordor Studenten
- Dänliche Goffreundchaft

Junge Friedenskämpfer überall.

Von Dr. Otto Reismann.

Es ist nicht mehr, wenn von nationalifischer Seite uns, die wir für die Verleben der Menschheit der anderen Völker eintreten, immer wieder vorgehalten wird, nur in Deutschland gäbe es pazifistische, internationale „Schwärmer“, der Ausländer sei lediglich national, ist internationalen Gedankenfängen abgerigt. Zum Beweise des Gegenteiles möchte ich von einigen sehr rühmigen Jugendorganisationen des Auslandes berichten, mit denen die deutsche friedenskämpferliche Jugend (vor allem die „Weltjugendliga“, in deren Reihen ich mitarbeite) in letzter Zeit Verbindungen angeknüpft hat. Diese Aufschling ist natürlich keineswegs erschöpfend, sondern beschränkt sich größtenteils auf Gruppen, die erst vor kurzer Zeit entstanden, daher in der deutschen Öffentlichkeit noch nicht bekannt sind.

In Frankreich beginnt bei vielen jungen Menschen die Uebersetzung Raum zu gewinnen, daß die eistigen

Abb. 3 „Deutsche Zukunft“ vom 15. März 1933. Kopf der letzten Ausgabe vor ihrem Verbot

ich damals, um nicht die Adressen der Mitarbeiter der Gestapo aktenkundig zu machen, 1933 vernichtet. Ein Rest ging 1944 durch den Bombenkrieg in Kiel verloren.“ Er wusste mithin nicht nur, dass die DZ den Krieg überdauert hatte, er wusste auch, wo er sie vollständig vorfinden und einsehen konnte, möglicherweise sogar eingesehen hat.

Diese wenigen Anmerkungen zur Beurteilung der Erinnerungen Johann Ohrtmanns als historische Quelle mögen hier genügen, um die erkenntnistheoretischen und methodischen Voraussetzungen, Grenzen und Möglichkeiten ihrer Erschließung hinreichend zu erfassen und exemplarisch zu verdeutlichen. Das gilt gleichermaßen für zeit- und regionalgeschichtliche Forschungen und Darstellungen, für historisches Verständnis und didaktische Vermittlung, speziell

den Geschichtsunterricht. In diesem Zusammenhang sei abschließend noch einmal der Haupttitel erörtert. Als übergreifende inhaltliche Kennzeichnung der Lebenserinnerungen Ohrtmanns erscheint er wie auch das Titelbild auf dem Buchdeckel, das Otto Dix' brutales und trostloses Gemälde „Flandern“ aus den Jahren 1934-36 zeigt⁹, nicht recht glücklich gewählt. Denn er gibt ein – noch dazu nicht authentisch erinnertes – Zitat wieder, das allenfalls den Pazifisten Johann Ohrtmann, nicht aber dessen gesamte Biographie zu charakterisieren vermag. Ohrtmann hatte den Ersten Weltkrieg zunächst „für eine gute Sache“ (S. 81) gehalten, war aber unter dem überwältigenden Eindruck der eigenen Erfahrungen an der Westfront zum überzeugten Pazifisten geworden. Bereits die entwürdigende, schikanöse militärische Ausbildung im Winter 1916/17 habe in ihm den Keim für seine „spätere Wandlung zum Antimilitaristen und Pazifisten“ gelegt (S. 82). Entscheidend war indes die feste, fortan unerschütterliche Einsicht, die er im Sommer 1917 – nach einem in unmittelbarer Lebensgefahr in einem Granattrichter überstandenen Sperrfeuerangriff – an der Front vor Verdun gleichsam blitzartig gewonnenen hatte: „In diesen Minuten ging mir auf – das weiß ich noch genau –, welch ein Wahnsinn doch darin lag, daß wir hier so begierig darauf waren, einander zu töten – Menschen, die sich nie etwas getan hatten, die sich nicht einmal kannten! Und alle hatten wir doch unsere kleinen und großen Sorgen, die viel besser zu ertragen wären, wenn uns der Krieg mit seinem Morden nicht das Leben zur Hölle machen würde! ... Ich gelobte mir, für den Fall, daß ich überleben würde, dafür zu arbeiten, daß der Krieg in seiner Scheußlichkeit erkannt würde“ (S. 127).

Im Kontext dieser erleuchtenden Einsicht wird der Haupttitel „Sind Kriege notwendig?“ vollends zur rhetorischen Suggestivfrage, die sich von selbst beantwortet oder nur eine Antwort zulässt: Nein! Ihr offenkundiger Sinn richtet sich dabei ebenso gegen die klassische Rechtfertigung des Krieges als legitimes „Mittel der Politik“¹⁰ wie gegen die auch heute immer noch virulente Auffassung, Kriege seien staatsnotwendig und würde es daher auch weiterhin geben.¹¹ Johann Ohrtmann hat seine Einsicht offenbar für so zwingend und selbstevident gehalten, dass er sie nicht weiter in diskursiver Auseinandersetzung erörterte. Dabei wäre dies nicht nur im Hinblick auf die Argumentation der verbreiteten Gegenpositionen, sondern auch und insbesondere auf den Zweiten Weltkrieg ratsam und sinnvoll gewesen, dessen langfristig vorbereitete Entfesselung wohl kaum allein durch dezidiertes pazifistisches Engagement, sondern ebenso, wenn nicht mehr noch durch entschiedene präventive Kriegsbereitschaft der westeuropäischen Großmächte England und Frankreich gegen die fortgesetzten Brüche des Versailler Friedensvertrags durch das nationalsozialistische Deutschland zu verhindern gewesen wäre.

Anmerkungen

- 1 Beiträge Johann Ohrtmanns in den GFH: Wie die schleswig-holsteinische Volksschule entstand, in: H. 1/1962, S. 11-16. – Adolf Strodtmann / 1829-1879. Ein revolutionärer Schriftsteller aus Flensburg, in: H. 4/1964, S. 229-245. – „Es geht bei gedämpfter Trommel Klang ...“. Zu einem dänischen Gedicht, das ein deutsches Volkslied wurde, in: H. 3/1967, S. 119-121. – So fern liegt das alles ... Erinnerungen eines Deutschen an die Volksabstimmung 1920, in: H. 1/1970, S. 25-30. – Grenzfriedensbestrebungen in der Weimarer Zeit, in: H. 4/1971, S. 231-239. – Ein Leben für zwei Kulturen: Axel Henningsen 1883-1972, in: H. 3/1972, S. 137-142. – Gewöhnlich erzählte er nicht viel ... Großvaters Erinnerungen an die Kriegszeit 1864 und 1870-71, in: H. 1/1974, S. 42-44. – Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft 1919, in: H. 4/1976, S. 193-198.
- 2 Das genaue Datum des Briefes in Johann Ohrtmanns Personalakte, Kultusministerium des Landes Schleswig-Holstein, ist der 9.3.1930. Freundliche Mitteilung von Herrn Prof. Dr. Manfred Jessen-Klingenberg.
- 3 Der Briefkopf enthält auch die dienstliche Telephonnummer: „Fernruf 327“. Darunter ist am linken Briefrand der Dienststempel angebracht. „Freitag“ ist einfach, die Uhrzeit doppelt unterstrichen. Unten links auf dem Brief steht von anderer Hand noch einmal die Telephonnummer „Glückstadt 327“. Ohrtmann sieht die treibende Kraft hinter seiner Entlassung wohl zu Recht beim linientreuen neuen Dezernenten der Regierung in Schleswig, wo er durch den Sohn seines Vorgängers denunziert worden war, nicht beim eher wohlwollenden Glückstädter Schulrat (S. 200 f.).
- 4 Emil Godbersen, Vom Allgemeinen Schleswig-Holsteinischen Lehrerverein zum Landesverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Schleswig-Holstein. Herausgegeben von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Schleswig-Holstein, Kiel 1968. Johann Ohrtmann wird S. 89 und 91 erwähnt.
- 5 Gerda Brömel erläutert und ergänzt die Ausführungen ihres Vaters mit Hilfe des knappen biographischen Artikels über Bertha von Suttner von Achim von Borries in: Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz. Herausgegeben von Helmut Donat und Karl Holl, Düsseldorf 1983 (= Hermes Handlexikon), S. 381 f, korrigiert aber nicht seinen Text und übersieht den Friedensnobelpreis. Johann Orthmann irrt sich beim freien Memorieren seiner Kenntnisse über Bertha von Suttner partiell im Faktischen. Sie war indes durchaus eine Patin bei der Einrichtung des fünften Nobelpreises für Verdienste um den Frieden, und die von ihr mitgegründete österreichische „Gesellschaft der Friedensfreunde“ war Vorbild bei der Gründung der DFG. Alfred Nobel hatte sie übrigens als Sekretärin und Vorstand seines Haushalts in Paris umworben, aber sie hatte abgelehnt. Martin Gregor-Dellin, Bertha von Suttner – Aus Menschenliebe gegen den Krieg, in: Der Friedens-Nobelpreis von 1901 bis heute. Herausgegeben von Michael Neumann, Bd. 2: Der Friedens-Nobelpreis von 1905 bis 1916, Zug 1988, S. 45, 76.
- 6 Ernst-Günther Prühs, Geschichte der Stadt Eutin. Mit einem Beitrag von Klaus Langenfeld, Eutin 1993, S. 333, 339. Auch an diesem Beispiel lässt sich recht gut die persönliche Perspektive und bisweilen partielle Wahrnehmung der Erinnerungen Ohrtmanns exemplarisch verdeutlichen. Prühs schreibt S. 340, dass der Landrat bereits

mit Ablauf des Monats Mai 1946 „von seinem Amt zurückgetreten“ sei. Ohrtmann bezeichnet sein Ausscheiden aus dem Dienst der britischen Militärregierung dagegen S. 286 als „Entlassung“, was angesichts der von ihm geschilderten Umstände in der Sache wohl auch eher zutreffen dürfte, da er danach schwerlich noch zu halten gewesen wäre. Der bei Ohrtmann S. 283 anschaulich, aber anonym beschriebene Major und letzte Wehrmachtkommandant von Eutin war – Prühs, S. 333, zufolge – ein „gelernter Landwirt“ mit Namen Carl Heye. Ohrtmann führt aus, er sei vom Landrat insofern protegirt worden, „als er ihn von den Engländern als Administrator für diejenigen Güter einsetzen ließ, deren Besitzer sich noch in Kriegsgefangenschaft oder Internierung befanden.“ Prühs führt ihn in der Funktion als „Stellvertreter“ des Landrats unter der britischen Militärregierung an.

- 7 Anlage zum Manuskript der Lebenserinnerungen J. Ohrtmanns im Landesarchiv Schleswig-Holstein. Gerhard Beier hat überdies Leben und Werk des Onkels in seinem Nachruf in den GFH eingehend gewürdigt: Johann Orthmann (1898-1978), in: GFH 3,4/1978, S. 208-210.
- 8 Bei dem nicht aufgelösten Kürzel dürfte es sich vermutlich um die namentlichen Initialen des Mitherausgebers der Veröffentlichungen des „Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein“ Rolf Schulte handeln.
- 9 Hierzu: Dieter Honisch, Bilder vom Tod, in: Bilder vom Menschen in der Kunst des Abendlandes. Jubiläumsausstellung der Preußischen Museen Berlin 1830-1980. Staatliche Museen Preußischer Kulturbesitz Berlin 5.7.-28.9.1980 in der Nationalgalerie, Berlin 1980, S. 362, 376 f., Kat. Nr. 23.
- 10 Carl von Clausewitz. Vom Kriege. Mit einer Einführung von Graf von Schlieffen, Berlin ⁸1914, S. 640. Dort auch die bekannte Definition: „Der Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel.“
- 11 Besonders deutlich und wirksam verbreitet: Heinrich von Treitschke, Politik. Vorlesungen, gehalten an der Universität zu Berlin. Herausgegeben von Max Cornicelius, Bd. 1, Leipzig 1897, S. 72. Dort heißt es u.a.: „Ohne den Krieg gäbe es gar keinen Staat. Durch Kriege sind alle uns bekannten Staaten entstanden; der Schutz seiner Bürger durch die Waffen bleibt die erste und wesentlichste Aufgabe des Staates. Und so wird der Krieg dauern bis an das Ende der Geschichte, solange es eine Mehrheit von Staaten giebt. Daß es je anders werden könnte, ist weder aus den Denkgesetzen und aus der menschlichen Natur abzuleiten, noch irgendwie zu wünschen.“

Zehn Jahre Region Sønderjylland-Schleswig: Alltag und Visionen

Interview mit der Leiterin des Regionskontors und des
Infocenters Grenze Andrea Kunsemüller

von GERRET LIEBING SCHLABER

Vor zehn Jahren nahm die grenzüberschreitende Region Sønderjylland-Schleswig ihre Arbeit auf. Damit wurde erstmals ein festes Gremium geschaffen, in welchem deutsche und dänische Entscheidungsträger gemeinsam Beschlüsse zur Bewältigung gemeinsamer Aufgaben über die Grenze hinweg fassen. Zusätzlich wurde das Regionskontor eingerichtet, welches als Sekretariat und Geschäftsstelle der (offiziell nicht so genannten) Euro-Region fungiert und grenzüberschreitende Projekte koordiniert und umsetzt. In Heft 3/2007 hat der Zeithistoriker Martin Klatt einen geschichtswissenschaftlichen Blick auf die bisherige Regionszusammenarbeit geworfen. Im folgenden Interview spricht Andrea Kunsemüller, seit 2002 Leiterin des Regionskontors, über die bisherige Arbeit der Region und nimmt Stellung zur aktuellen Entwicklung und Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Die Redaktion

In der Öffentlichkeit wird die Region Sønderjylland-Schleswig vor allem durch die Zusammenarbeit auf politischer und administrativer Ebene wahrgenommen, aber natürlich auch durch grenzüberschreitende Aktivitäten, zu deren Gelingen das Regionskontor erheblich beigetragen hat. Wie aber läuft eigentlich die alltägliche Arbeit im Regionskontor ab?

Die alltägliche Arbeit beginnt wie fast überall mit dem Kaffeekochen ... Aber im Ernst: Sobald wir ins Büro kommen, klingelt das Telefon, und der erste Kunde für das Infocenter Grenze ist am Apparat. Das Infocenter Grenze berät Grenzpendler, und wir haben eine stetig wachsende Nachfrage. Damit haben Peter Hansen als Projektkoordinator, Alex Roeder mit seiner halben Stelle als Berater und Harry Jørgensen als Berater und Kontaktmann alle Hände voll zu tun. Dass das Sekretariat dann auch noch viele administrative Arbeiten abnimmt, versteht sich von selbst.

Wir arbeiten mehr und mehr auch als Dienstleister. Mittlerweile wissen wir alle ganz gut Bescheid, wer mit wem im deutsch-dänischen Zusammenhang kooperiert, wie

und wo das neueste Umweltprojekt läuft oder wer mit wem in ein gemeinsames Boot steigen könnte, um ein deutsch-dänisches Projekt anzuschieben. Viel Zeit verbringen wir auch damit herauszufinden, ob eine Idee für ein gemeinsames deutsch-dänisches Projekt tragfähig ist, ob die Menschen zusammenpassen und ob wir eine „Win-Win-Situation“ erreichen können, also dass beide davon etwas haben – und dass man noch eine Strategie darüber hinaus verfolgt.

Nehmen wir das Beispiel des Pflegesektors: Es gibt auf der deutschen wie auf der dänischen Seite Bedarf an Pflegekräften. Die demographische Entwicklung zeigt deutlich, dass der Bedarf in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zunimmt. Der Pflegebereich ist in grenzüberschreitender Perspektive ein sehr komplexes Thema; das hat mit dem Image des Berufs, mit einem (zu) niedrigen Gehalt, mit verschiedenen Vorstellungen vom Altwerden in der deutschen und der dänischen Gesellschaft und nicht zuletzt mit den unterschiedlichen Ausbildungen auf der deutschen und auf der dänischen Seite zu tun. Es ist klar, dass diese Frage nicht von heute auf morgen zu lösen ist. Es muss erst der gemeinsame Ansatzpunkt gefunden werden, es müssen die gemeinsamen Partner gefunden werden, es muss im politischen Raum vorbereitet und entschieden werden. Eine langfristige Geschichte also, die sich nicht an einem Tag lösen lässt.

Zurück zu Deiner Frage nach der konkreten Alltagsarbeit: Dazu gehört: viel schauen, was wozu passen könnte – „Networking“ nennen wir das; viele Briefe schreiben, viele Anfragen behandeln; die Arbeitsausschüsse der Region bedienen – und das heißt: Tagesordnung erstellen, Referenten einladen, mit dem Ausschussvorsitzenden konferieren, Papiere erstellen (und hoffen, dass jemand sie liest ...); ferner Fachgruppen einladen, Interesse weckende Themen finden, auf vorgeschlagene Themen reagieren, Pressemitteilungen schreiben, selbst Strategien entwickeln, Vorstandssitzungen vorbereiten und so weiter – also alles Aufgaben, die eher nicht auffallen und für die man keine Lorbeeren ernten kann.

Aber nachhaltig sind sie doch, und es zeigt sich meist sehr viel später, wie wichtig unsere Vermittlungs- und Kontaktarbeit ist. Wir freuen uns, wenn wir Menschen finden, die zusammenpassen. Da ist es wie überall im Leben: Wenn Menschen Sympathie füreinander haben, arbeiten sie gerne miteinander. Dann entwickeln sie Ideen und Kreativität, und wir helfen dabei.

Was wertest du als die bisher größten Erfolge der Regionszusammenarbeit?

Das Infocenter Grenze. Wir hatten das Glück, mit dieser Idee zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu sein und dass uns andere wie etwa die Grenzpendlervereine und die Schleswigsche Partei, die diese Idee auch hatten und von der Notwendigkeit einer Beratungsstelle für Grenzpendler überzeugt waren, dabei unterstützten. Es gab auch Widerstand dagegen, aber der machte sich in erster



Abb. 1 Der Mitarbeiterstab des Regionskontors und des Infocenters Grenze 2007, in der Mitte Leiterin Andrea Kunsemüller

Linie an Personen fest. Doch irgendwie hat sich bald herumgesprochen, dass wir nicht auf Wettbewerb aus sind, sondern gerne zusammenarbeiten. Und jetzt arbeiten alle, Vermittler und Berater, gut zusammen.

Wir hatten auch das Glück, mit Peter Hansen den geeigneten Projektkoordinator gefunden zu haben. Zuverlässige Beratung ist das A und O, und das wird im Infocenter gewährleistet. Es ist ja immer bitter, wenn man von der Not der anderen profitiert. In diesem Fall war das auch ein wenig so: Das Infocenter wurde zur Zeit der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland eingerichtet. In Dänemark herrschte (und herrscht) Arbeitskräftemangel, und da passte alles gut zusammen. Als das Infocenter im Jahr 2004 anfang, gab es rund 2.500 Grenzpendler. Jetzt sind wir bei rund 12.700. Wenn das kein Erfolg ist!

Und welches waren die größten Enttäuschungen?

Die größte Enttäuschung für mich ist, dass wir im neuen Programm nicht mehr mit Interreg zu tun haben als bisher. Interreg ist das große Förderprogramm der EU und als solches ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste Motor für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Das Infocenter Grenze, der Ausbau des Krusauer Urstromtals und vieles andere sind bis zur Hälfte aus Interreg-Mitteln finanziert worden. Mein Ziel und mein Bestreben war es, Interreg in der täglichen Arbeit der Ausschüsse und im täglichen Miteinander im Regionskontor zu verankern.

Meiner Meinung nach muss es eine verbindliche Zusammenarbeit zwischen Interreg und der Region Sønderjylland-Schleswig und dem Regionskontor geben. Ich finde es z. B. für die Regionalversammlung und für die Ausschüsse unumgänglich, Empfehlungen für Interreg zu erarbeiten, und diese Empfehlungen müssen auch bei der Entscheidungsfindung Gewicht haben. Grundsätzlich könnte man sich vorstellen, dass die Regionalversammlung als politisch legitimes Gremium über Interreg-Mittel entscheidet. Das ist für diese Periode von 2008 bis 2013 nicht mehr zu machen. Aber man soll die Hoffnung ja nie aufgeben.

Ich meine, dass die deutsch-dänische Zusammenarbeit nur an Gewicht gewinnt, wenn sie konkret wird und wenn sie Kompetenzen hat. Beides wäre über und mit Interreg möglich. Hoffen wir, dass es einstweilen wenigstens gute Anträge für Interreg aus der Region und mit Hilfe der Region gibt.

Haben sich die Schwerpunkte in den vergangenen Jahren verlagert oder sind die Herausforderungen grundsätzlich dieselben geblieben?

Die Herausforderungen sind deutlicher geworden, auch und besonders in der neuen Partnerschaft nach der dänischen Verwaltungsstrukturreform.¹ Die Kommunen auf der dänischen Seite wollen konkrete Projekte haben, die der Bevölkerung zugutekommen. Das trifft sich mit unserer Zielsetzung. Gleichwohl gibt es verschiedene Erfahrungshintergründe bei den Kommunen und bei ihren Partnern. Da muss das Regionskontor Wissen vermitteln, und zusammen mit den Kommunen müssen Strategien und konkrete Projekte entwickelt werden.

Meiner Beobachtung nach gibt es immer drei Phasen der Zusammenarbeit: Zunächst einmal ist es die Phase des Kennenlernens. Das ist in der deutsch-dänischen Zusammenarbeit zunächst auf der Verwaltungsebene und auf der Ebene der Politik geschehen. Danach kommt die Phase des Planens, und in der dritten Phase kommt es dann zu konkreten Handlungen.

Zunächst war es eine kleine Handvoll Menschen, die in der Verwaltung und in der Politik miteinander gearbeitet haben. Jetzt ist die Zeit längst reif, um die Bevölkerung einzubinden. Mit dem Infocenter Grenze ist uns das gelungen. Von der Beratung hat jeder Bürger etwas. Da haben wir die Menschen erreicht, direkt und ohne Umschweife.

In gewisser Weise gelingt uns das auch mit der Sprachenkampagne. Wir arbeiten dafür, dass Deutsch und Dänisch im Grenzgebiet mehr als bisher gefördert werden, denn wir gehen davon aus, dass Sprache die Grundlage der Verständigung ist. Und wenn man es ernst meint mit einer deutsch-dänischen Region, gehört die Sprache an vorderer Stelle dazu.

Bisher hat die Sprachenkampagne sich auf Kindergärten, Bibliotheken, Schulen und Kultur konzentriert, und das mit Erfolg. In einer zweiten Phase sollte die Ver-



Abb. 2 Eröffnung der Aktion „Deutsch in einer Woche“ als Teil der Sprachenkampagne der Region am 20.11.2006 im Konferenzsaal des Infocenters Grenze

knüpfung mit dem Arbeitsleben geschehen. Dadurch würde ein Synergieeffekt mit der Arbeit des Infocenters Grenze erzielt, und das ist unerlässlich. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin kostenlosen Unterricht in Deutsch oder Dänisch erhält. Auch wollen wir, dass in der 3. Klasse in Dänemark Deutsch als Unterrichtsfach angeboten wird. Für Schleswig-Holstein fordern wir, dass Dänisch in allen Schulen angeboten wird, in denen Nachfrage besteht, und dass die Dänischlehrer besser ausgebildet werden. Wir fordern, dass für den Landesteil Schleswig ein besonderes Förderprogramm Dänisch eingeführt wird und dass das Bildungsministerium sich offen und öffentlich dafür stark macht. Unser Wunsch ist, dass die Region ein besonderes Fördergebiet für die beiden Sprachen wird.

Was sind die Schwerpunkte für die Zukunft? Was soll noch stärker als bisher vordringlich behandelt werden?

Grenzpendler und Sprachförderung werden Schwerpunkte bleiben. Darüber hinaus sehe ich das Regionskontor mehr als bisher als Dienstleister, also als Kontaktstelle für Anfragen aller Art. Für uns ist es eine besondere Herausforderung, dass die dänischen Kommunen besser als bisher eingebunden werden. Wir wünschen uns, dass sie sich mehr für uns interessieren und dass sie die

Arbeit in der Region Sønderjylland-Schleswig als einen positiven Zugewinn begreifen. Sie gewinnen tatsächlich durch uns sehr viel Fachwissen, das es anzupapfen und zu nutzen gilt. Wir auf der anderen Seite müssen wissen, was die Kommunen wollen und welchen Stellenwert sie der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beimessen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit wird sein, einen Platz und eine Funktion in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Region Syddanmark mit Schleswig-Holstein zu finden. Wir arbeiten für die grenznahe Zusammenarbeit, aber natürlich sollte das eine auf dem anderen aufbauen. Das bedeutet, dass möglichst eine gemeinsame Strategie entwickelt wird, in der die Region Sønderjylland-Schleswig ihren eigenen, sehr spezifischen Platz hat. Aber auch unsere Arbeit beschränkt sich ja nicht nur auf die Region – man denke da nur an Fragen, die Grenzpendler angehen. Die sind relevant für grenznahe Kommunen, für die Region Syddanmark und für das Land Schleswig-Holstein und für die nationale Ebene. Wir können in einer globalisierten Welt nicht neue Grenzen im Sinne einer starr abgegrenzten Region Sønderjylland-Schleswig schaffen. Das wäre unsinnig und entspräche nicht dem Geist unserer deutsch-dänischen Vereinbarung, die ja auf der Grundlage des europäischen grenzüberschreitenden Gedankens getroffen wurde.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist ja nicht nur Tagespolitik. Es gilt auch, Vorhaben in Gang zu setzen, die erst langfristig wirken. Welche Projekte gibt es und lassen sich da schon erste Ergebnisse erkennen?

Vor einigen Jahren gab es ein Projekt, in dem junge Verwaltungsangestellte auf beiden Seiten der Grenze sich austauschten und voneinander lernten. Das hat sicher einen Langzeiteffekt, denn sie lernen, den Partner jenseits der Grenze mit zu denken und mit ihm zu arbeiten.

Die Sprachenkampagne ist ein anderes Beispiel. Wenn „Prof. Dr. ABC“ in die Kindergärten geht, um die Kinder neugierig zu machen und sie zum Deutsch Lernen zu animieren, ist das ein auf die Zukunft ausgerichtetes Projekt.² Wenn es uns gelingen sollte, in Dänemark Deutsch als Wahlfach in der dritten Klasse einzurichten, wird der Effekt langfristig sein. Natürlich muss auch auf deutscher Seite gleichermaßen Dänisch angeboten werden. Dafür muss sich das Bildungsministerium nach innen, aber auch öffentlich stark machen.

Umweltprojekte wie etwa der Schutz des Urstromtals der Krusau, das einer in einem unserer Regionsausschüsse entwickelten Idee entsprang, werden hoffentlich noch Generationen beschäftigen. Wir hoffen immer, dass Dinge, die gut Weile haben, auch nachhaltig wirken. Ich glaube, dass diese drei Beispiele zeigen, dass die Hoffnung nicht unrealistisch ist.



Abb. 3
Clown „Prof. Dr. ABC“
alias Claus Sax Hinrichs,
Landtagspräsident
Martin Kayenburg und
Kindergartenkinder
aus dem Grenzland

Bei ihrer Gründung stieß die Region Sønderjylland-Schleswig auf teilweise heftigen Widerstand eines vielleicht nicht großen, aber doch lautstarken Bevölkerungsteils, vor allem nördlich der Grenze. Kann man auch zehn Jahre später noch Stimmen vernehmen, welche die grenzüberschreitende Region am liebsten ganz abschaffen wollen?

Ja, durchaus, aber sie sind sehr selten geworden. Kresten Bjerre meint, er hat immer recht ...³ Die dänische Minderheit ist mit ihren führenden Vertreterinnen und Vertretern heute einer unserer besten Mitstreiter. Das war bei der Gründung durchaus nicht der Fall.⁴

Ist die Region Sønderjylland-Schleswig heute zu einem Teil des Alltags im öffentlichen Leben des Grenzlands geworden oder hast du eher das Gefühl, dass man ständig darum kämpfen muss, die Region und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ins öffentliche Bewusstsein zu rücken?

Die Region Sønderjylland-Schleswig ist immer noch zu wenig in den Köpfen verankert, obwohl wir große Fortschritte erzielt haben. Es ist aber dadurch, dass viele Deutsche, die in Dänemark Arbeit gefunden haben, auch hier leben wollen, und dass viele Dänen Flensburg als Wohnort entdeckt haben, ein deutsch-dänischer Alltag eingekehrt, der ganz unspektakulär vieles von dem lebt, was wir gerne erreichen wollen. Das ist ein ganz wunderbares Gefühl – eine Abstimmung mit den Füßen, die so etwas wie einen sehr spezifischen Alltag zu uns bringt, der nirgendwo anders gelebt wird. Ein deutsch-dänischer Alltag eben. Ich finde das wunderbar, weil ich mich daran erinnere, wie ich als Kind, das in der deutschen Minderheit aufwuchs, oft gehänselt und gehässig behandelt wurde, weil ich Deutsche war. Ich war ziemlich einsam. Heute muss das kein Kind mehr wegen seiner nationalen oder emotionalen Zugehörigkeit erleben, und das erfüllt mich mit großer Freude.

Nachdem man in der Politik sehr lange den guten Standard der deutsch-dänischen Beziehungen gelobt hatte, ist in den vergangenen Jahren – nicht zuletzt ausgelöst durch die seinerzeitigen heftigen Proteste gegen den Aufbau der grenzüberschreitenden Region – der Blick auf die „Grenze in den Köpfen“ stärker ins Bewusstsein gerückt. Hat dies auch die Arbeit und die Schwerpunktsetzung bei der regionalen Zusammenarbeit beeinflusst?

Es gibt eine Informationsbarriere, und die müssen wir aufbrechen. Es müsste auch hier ganz normal sein, dass man mit der gleichen Selbstverständlichkeit Karten für ein Konzert südlich oder nördlich der Grenze kaufen kann. Das setzt natürlich voraus, dass man davon weiß. Da sind die Medien gefragt. Nicht nur bei Veranstaltungen, sondern auch bei allem anderen. Die Menschen wollen jetzt mehr über den Nachbarn wissen. Wie sollten wir den Mehrwert der zwei Kulturen leben, wenn wir nicht wissen, was auf der anderen Seite vor sich geht? Da wünsche ich mir die unverstellte Neugier bei Journalisten. Ich finde, sie sind da der Zeit weit hinterher. Damit meine ich insbesondere die dänischen Medien. Die zeigen absolut zu wenig Interesse für das, was auf der anderen Seite vor sich geht.

Hat sich deiner Ansicht nach seit der Etablierung der Region Sønderjylland-Schleswig ein gewisses grenzüberschreitendes Bewusstsein oder sogar etwas wie eine gemeinsame Verantwortung herausgebildet?

Bei Politikerinnen und Politikern und bei denen, die in der Verwaltung und auch in einigen Projekten arbeiten, sicherlich. Die Bevölkerung beginnt damit. Ich hoffe, dass etwa die Landesgartenschau in Schleswig und der Gottorfer Barockgarten,

die Nolde-Stiftung und nicht zuletzt die gute gemeinsame schleswigsche Küche, die es erst wieder zu entdecken gilt, das Alsion in Sonderburg, die unglaublich spannende Zusammenarbeit der Universitäten, die ersten Erfolge des Regionalmanagements und vieles mehr, dass alles dies dazu beiträgt, dass sich so etwas wie eine gemeinsame Identität bildet.

Für mich war es ein Aha-Erlebnis, als der ehemalige Amtsbürgermeister Kresten Philipson anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Region Sønderjylland-Schleswig sagte, dass diese nur einer unter mehreren Akteuren in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sei. Das ließ mich erst einmal schlucken, weil ich uns für einmalig hielt ... Nachdem ich aber darüber nachgedacht habe, finde ich das ehrlich gesagt viel besser. Die deutsch-dänische Zusammenarbeit wird dadurch reicher, allerdings auch komplizierter. Unüberschaubarkeit zu vermeiden, ist eine der Aufgaben für die Zukunft. Vielleicht geht man dann daran, ein großes gemeinsames Dach zu bauen. Das wäre ein hoffnungsvolles Bild. Unter diesem Dach sollten alle Themenbereiche vertreten sein, die Grenzpendler, Übersiedler und Firmen betreffen. So könnten dort die Steuerbehörden einen Ableger von ihren Büros einrichten, ebenso die Bundesagentur für Arbeit, deren dänisches Pendant, die Jobcenter, unabhängige Berater und möglicherweise auch die Tourismusbranche, eine deutsch-dänische Redaktion – der Phantasie sind da kaum Grenzen gesetzt. Dann hätten wir an der Grenze eine zentrale Anlaufstelle unter einem Dach.

Was bedeutet es für die Region, dass ihr Gründungsmitglied auf dänischer Seite, Sønderjyllands Amt, nicht mehr existiert, und dass es nur noch vier große Kommunen gibt? Und welche Konsequenzen lässt die geplante Kreisreform in Schleswig-Holstein erwarten?

Das hat schon vieles verändert. Wir haben auf der dänischen Seite statt einem Partner fünf Partner, nämlich die Kommunen Sonderburg, Tønder, Hadersleben und Apenrade sowie die Region Syddanmark mit rund 1,2 Mio Einwohnern. Da muss man schon mehr um die Aufmerksamkeit kämpfen. Auf der deutschen Seite wird man sehen, was die geplante Kreisreform bringt – ob und inwieweit sie kommen wird. Die deutschen Partner sind sehr verlässlich, und ich bin ziemlich sicher, dass dies auch eine Strukturreform übersteht.

Wie läuft die Zusammenarbeit mit den Minderheiten und mit den deutschen und dänischen Grenzverbänden?

Die Zusammenarbeit mit den Minderheiten ist ausgezeichnet. Sie sind im Zweifel immer unsere ersten Verbündeten, und auf sie kann man sich verlassen. Für

sie ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein natürlicher Bestandteil des Daseins. Sie sind die ersten Grenzüberschreiter, will ich meinen. Die Grenzverbände führen, genau wie wir, ein wenig ein Eigenleben. Es würde sich sicher lohnen, etwas näher aneinander zu rücken.

Gibt es viele Kontakte zu anderen Euroregionen? Was kann man gegebenenfalls von anderen Regionen lernen, und wo steht die Region Sønderjylland-Schleswig ihrerseits als Vorbild da?

Es gibt institutionalisierte Kontakte über die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG). Darin sind rund 150 Grenzregionen aus ganz Europa vertreten. Es ergeben sich daraus viele interessante Kontakte. Die Region Sønderjylland-Schleswig hat meiner Ansicht nach eine europaweit vorbildliche Grenzpendlerberatung. Von der Øresundregion, die ja gerne als Vorbild herangezogen wird, können wir sicher lernen, wie man die nationalen Töpfe anzapft. Und von ihr kann man lernen, dass man das braucht, was man neudeutsch „Branding“ nennt. Ein gemeinsames Symbol wie die Brücke über den Øresund ist wirklich ein unschlagbares Branding. Vielleicht könnte man das Projekt Zero, das die Kommune Sonderburg angeht und das sich zum Ziel gesetzt hat, den CO²-Ausstoß auf Null zu bringen, zum gemeinsamen Thema machen. Das wäre ein lohnenswertes Unterfangen – inhaltlich sowieso.

Das Regionkontor ist einerseits der Sammelpunkt und die Koordinationszentrale für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, andererseits aber auch das Sekretariat für die Regionalversammlung, welche die eigentlichen Entscheidungen über grenzüberschreitende Vorhaben trifft. Funktioniert die Zusammenarbeit mit der sehr heterogen besetzten Versammlung gut? Haben sich durch die Reduzierung der Mitgliederzahl von 42 auf 22 Veränderungen in der Zusammenarbeit ergeben?

Die Zusammenarbeit mit der neuen, verkleinerten Regionalversammlung ist noch nicht so alt. Wir haben bislang erst zwei Versammlungen gehabt. Ich zögere deshalb, schon jetzt zu werten. Meiner Meinung nach ist es wie erwähnt wichtig, dass ein Zugang zu Interreg gefunden und damit das Gewicht gestärkt wird. Die Reduzierung der Regionalversammlung von 42 auf 22 Mitglieder und die Professionalisierung der Regionalversammlung durch die Einbindung von Experten ist meiner Meinung nach ein richtiger Schritt, allerdings muss die Kompetenz der Mitglieder im Einklang stehen mit Kompetenzen für die Regionalversammlung.

Martin Klatt kommt in seiner Studie über die deutsch-dänischen Beziehungen im

Grenzland zu dem Schluss, dass sich bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit seit 1997 letztlich die alte dänische Linie durchgesetzt habe, wonach Deutsche und Dänen sich pragmatisch mit aktuellen Einzelprojekten auseinandersetzen, während auf der Grundlage der formalisierten Region weit weniger geschieht und bislang wenig konkrete übergeordnete Ziele der Region erarbeitet worden sind.⁵ Teilst du diese Einschätzung?

Die Wirtschaftsentwicklungsstrategie ist ein Ansatz, aus den Einzelprojekten ein Ganzes zu machen. Daran wird gearbeitet, und ich finde den Ansatz von Danfoss-Chef Jørgen Mads Clausen, einen „Denktank“ einzurichten, sehr überzeugend. Damit könnte man die beiden Linien zusammenbringen: zum einen die pragmatische, die konkrete Projekte verwirklichen will und daran die deutsch-dänische Zusammenarbeit misst, und die andere, die mit Hilfe eines „Denktanks“ eher große, an der Realität orientierte Visionen und Strategien entwickelt. Letzteres fehlt bislang. Die Einzelprojekte müssen in einen strategischen Zusammenhang gestellt werden. Diesen Zusammenhang gilt es zu erarbeiten. Das gilt im Übrigen auch in gleichem Maße für Interreg.

Zum Jahresende wirst du das Regionkontor verlassen. Tust du dies aus rein persönlichen Gründen, oder waren auch Gründe ausschlaggebend, die direkt mit der Arbeit im Regionkontor zu tun haben? Und was möchtest du deiner Nachfolgerin oder deinem Nachfolger mit auf den Weg geben?

Ich habe mehrmals in meinem Leben ähnliche Entscheidungen getroffen: einen guten Job verlassen, weil ich meinte, dass es an der Zeit ist. Es ist für mich aus vielen Gründen an der Zeit, und dabei sind die privaten die wichtigsten. Es gibt aber auch so etwas wie eine innere Uhr, auf die ich mich immer verlassen habe. Die sagt, ich sollte das Glück, das ich gefunden habe, auch leben. Und sie sagt, ich solle noch einmal neue Herausforderungen suchen, sollte etwas anders leben, vielleicht auch etwas weniger arbeiten – obwohl ich mir das kaum vorstellen kann ...

Neben der härteren Seite, die gerne organisiert, die strategisch und politisch denkt und beides auch gestalten will, habe ich auch eine eher verletzbare und kreative Seite. Letztere ist in den vergangenen Jahren zu kurz gekommen, und das möchte ich ändern. Ich schreibe gerne, und es fehlt mir dieses wunderbare Gefühl, wenn ich mich beim und durch das Schreiben erkenne und aufgehoben fühle in der Welt. Beim Schreiben habe ich auf andere Weise Kontakt mit der Welt, ich kann sie lieben, weil ich sie besser begreife. Das bringt eine Tiefe in das Leben, auf die ich lange verzichtet habe. Ich möchte, dass mein Leben wieder bunter wird.

Meinem Nachfolger oder meiner Nachfolgerin wünsche ich, dass er oder sie die Arbeit in der deutsch-dänischen Zusammenarbeit nie nur als Job betrachten muss. Sie ist eine Aufgabe – nicht immer eine leichte, aber immer eine lohnende.

Schließlich noch ein paar Gedanken über die Zukunft der Region: Wo würdest du dir für die nächsten Jahre besonders große Fortschritte wünschen? Wie könnte die Region in zehn, 25 oder 50 Jahren aussehen?

Es wird in 25 Jahren völlig natürlich sein, dass es hier eine deutsch-dänische Grenzregion gibt, in der Deutsche und Dänen leben. Die Region Sønderjylland-Schleswig wird dazu Pionierarbeit geleistet haben. Es wird sie vermutlich nicht mehr unter diesem Namen geben, sondern man wird sie vielleicht einfach Schleswig nennen. Die Euroregion hat sich dann dank der Durchsetzung des europäischen Gedankens überflüssig gemacht. Aber auch wenn die Menschen längst zueinander gefunden haben, gibt es doch immer noch Unterschiede. Und wo es Unterschiede gibt, braucht man Vermittler und Dienstleister. Beides gibt es im Regionskontor.

Anmerkungen

- 1 Zur Strukturreform in Dänemark, die zum Jahreswechsel 2006/07 in Kraft trat, siehe Kay Iversen: Kommunalreform in Dänemark und die Konsequenzen für das Grenzland, in: GFH 1/2006, S. 3-12. Harro Hallmann: Die deutsche Volksgruppe und die dänische Kommunalreform, ebenda S. 13-18.
- 2 Mehr über das Projekt „Prof. Dr. ABC“ in der GFH-Umschau 1/2006, S. 69, und 3/2006, S. 220.
- 3 Kresten Bjerre war 1997-2001 im nordschleswigschen Amtsrat Abgeordneter der aus der Protestbewegung gegen die Euro-Region hervorgegangenen Partei „Den Sønderjyske Borgerliste“, die aber 2001 kein Mandat mehr errang und sich zwei Jahre später auflöste. Siehe auch seinen Beitrag „Ich hatte und habe Recht“ in der Sonderbeilage „Zehn Jahre Region Sønderjylland/Schleswig“, Der Nordschleswiger, 29.9.2007, S. 31.
- 4 Dabei hat besonders die Teilnahme Karl Otto Meyers, der ein Jahr nach seinem Rückzug aus dem Kieler Landtag immer noch der bekannteste Südschleswiger Däne war, am von der Protestbewegung gegründeten „Sønderjyllandskommitté“ und an der Demonstration gegen Euroregion und Grenzöffnung im Mai 1997 das öffentliche Bild der Haltung der dänischen Minderheit geprägt. Allerdings war dies bei weitem nicht die Haltung der meisten dänischen Südschleswiger.
- 5 Martin Klatt: Fra modspil til medspil? Aabenraa 2006. Ders.: 10 Jahre Region Sønderjylland-Schleswig. Eine Bestandsaufnahme, in: GFH 3/2007, S. 167-178.

Aushängeschilder oder Provokation?

Zur Debatte um mehrsprachige Schilder in Nord- und Südschleswig

von GERRET LIEBING SCHLABER

Die Idee, mehrsprachige Schilder in Teilen des schleswigschen Grenzlands einzuführen, wurde in den vergangenen Jahren immer wieder hervorgebracht. Manche nordfriesische Gemeinden bekennen sich seit einigen Jahren auf ihren Orts- und Bahnhofsschildern auch zu ihrem friesischen Namen. Im Sommer 2007 wurde das Thema erneut aktuell: Die schleswig-holsteinische Landesregierung weitete die bisherige Ausnahmeregelung zugunsten des Friesischen auch auf dänische und niederdeutsche Namenszusätze auf Ortstafeln aus. Nördlich der Grenze entbrannte derweil eine heftige Kontroverse, bei der Haltungen zum Ausdruck kamen, die man längst für überwunden hielt. Unser Redaktionsmitglied Gerret Liebing Schlaber zeichnet im Folgenden die wichtigsten Aspekte der Debatte nach.

Die Redaktion

Ende April 2007 warf der neue Hauptvorsitzende des Bundes Deutscher Nord-schleswiger, Hinrich Jürgensen, ein immer wieder diskutiertes Thema auf, bei dem es bislang nur in Nordfriesland konkrete Ergebnisse gegeben hat: die mehrsprachige Beschilderung.¹ Im Juni 2006 hatte Innenminister Lars Løkke Rasmussen eine Empfehlung an die nordschleswigschen Kommunen herausgegeben, die deutsche Sprache im öffentlichen Raum mehr zu fördern, z.B. durch Hinweisschilder bei Behörden, deutschsprachige Internet-Seiten, Zulassung deutschsprachiger Dokumente, Hinweise auf Sprachkenntnisse bei Bediensteten u. a. Dies nahm Jürgensen auf und verband es mit dem Wunsch, auch einzelne Ortstafeln mit einem deutschen Namenszusatz zu versehen – und zwar wenigstens bei den vier Städten sowie eventuell dort, wo es Einrichtungen der deutschen Minderheit gibt. Auch deutschsprachige Hinweisschilder auf ebendiese Einrichtungen (teilweise auch schon vorhanden) und auf öffentliche Institutionen wie z. B. Rat- und Krankenhäuser seien wünschenswert: „Zweisprachige Ortsschilder wären ein Signal dafür, dass es in dieser Region nicht nur die dänische Mehrheit gibt, sondern auch eine deutsche Volksgruppe. Zweisprachige Ortsschilder sind ein Aushängeschild für Toleranz und Offenheit und zeugen für beide Seiten von einem Selbstverständnis geprägt von Selbstbewusstsein.“ Denn das Vorhandensein einer sehr gut integrierten Minderheit sei etwas, „das Nordschleswig

vom übrigen Dänemark unterscheidet – und mit dem Nordschleswig auf positive Weise vermarktet werden sollte.“²

Zunächst löste der Vorstoß nur wenige Reaktionen aus, worüber sich Poul-Erik Thomsen in einem Leitartikel in Jydske Vestkysten eine Woche später wunderte. Die geringe Resonanz führte er darauf zurück, dass zum einen eine Umsetzung der Idee unwahrscheinlich sei, zum anderen aber das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit heute so gut sei, dass ein solcher Vorschlag keine Proteste auslöst – „das hätte auch gerade noch gefehlt“.³

Der Beginn der Kontroverse

Allerdings: Bereits am 1. Mai hatte das öffentlich-rechtliche Regionalprogramm Radio Syd auf seiner Internet-Seite eine Umfrage gestartet, in deren Einleitung Jürgensens Vorschlag zu einer „Forderung nach deutschen Schildern in Dänemark“ hochstilisiert und neben Apenrade auch „Groß Jündewatt“ (Store Jydevad) als mögliches Beispiel aufgeführt wurde.⁴ Obwohl das kleine Dorf östlich von Tønder von Jürgensens Vorschlag nicht berührt wird, geisterte „Groß Jündewatt“ fortan als lächerliches Beispiel durch die Medien, wobei die Vorsilbe unübersehbar auf „Groß-Deutschland“ anspielte und damit die latente Furcht vor dem mächtigen Nachbarn im Süden auf den Plan rief.

Mit diesem Beitrag von Danmarks Radio wurde eine sachliche Diskussion von Anbeginn unmöglich gemacht. So entrüstete sich der Vorsitzende der Dansk Folkeparti in Apenrade, René Dupont, umgehend über die angebliche „Forderung“ und hob die alte Angst vor deutscher Übermacht hervor: „Dieses Mal werden deutsche Straßenschilder gefordert, beim nächsten Mal vielleicht etwas ganz anderes. Gegenüber diesen deutschen Forderungen in Sønderjylland muss schon jetzt halt gesagt werden.“⁵

Nach Thomsens Leitartikel ging die Debatte erst richtig los. Einige Leserbriefschreiber versuchten die Sache mit grotesken Fantasie-Übersetzungen wie „Knabestadt“ für Drengsted(t) oder „Messerberg“ für Knivsb(j)erg ins Lächerliche zu ziehen,⁶ andere mit dem Hinweis auf die Möglichkeit, auch die vielen Einwanderersprachen auf die Schilder zu bannen.⁷ Die meisten Leserbriefe waren jedoch gar nicht ironisch: Häufig wurde argumentiert, dass die deutsche Minderheit freiwillig in Dänemark lebe und daher anzuerkennen habe, dass Dänisch dauerhaft die einzige offizielle Sprache sei. Einige wie Jan Kannegaard aus Lügumkloster stellten unverhohlen die Forderung auf, dass sich die Angehörigen der Minderheiten – die dänische in Südschleswig dabei ausdrücklich eingeschlossen – entweder an die Staatsnation zu assimilieren oder in den Staat mit „der Kultur, die offenbar so viel für einen bedeutet“, zu ziehen hätten.⁸ Dass Kannegaard im gleichen Atemzug auf die „beispielhafte Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark“

Abb. 1
Beispiel für in Europa
weit verbreitete mehr-
sprachige Schilder:
Ortsanfangstafel des
nordnorwegischen
Ortes Lakselv (Kommune
Porsanger/Finnmark) mit
Zusätzen in samischer
und finnischer Sprache



verwies, mag auf den ersten Blick paradox erscheinen. Bei Debatten über neue Vorstöße zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit wird allerdings gerne auf das Erreichte verwiesen, gerade um weitere Fortschritte glaubhafter zurückweisen zu können. Andere wie Mads Schmidt Eriksen, früher immerhin Amtratsabgeordneter der liberalen Partei Venstre, wollen hingegen noch immer nichts von einer Versöhnung zwischen Deutsch und Dänisch wissen. Er bezeichnete nicht nur Jürgensens Vorschlag, sondern schon die Existenz von Hinweisschildern auf deutsche Einrichtungen wie Kindergärten als „Provokation“.⁹

Verschärfung der Debatte durch Jyllands-Posten

Einen neuen Tiefpunkt erreichte die trotz einzelner moderater Stimmen längst aus dem Ruder gelaufene Debatte, als am 31. Mai die überregionale Zeitung Jyllands-Posten auf den Plan trat: Neben einer Berichterstattung, in der Jürgensens Vorschlag ziemlich ins Lächerliche gezogen wurde und in der außer Jürgensen selbst nur ablehnende Stimmen zu Wort kamen, brachte die Zeitung am Folgetag einen Leitartikel, in welchem sämtliche Tiefpunkte im deutsch-dänischen Verhältnis seit 1864 aufgezählt und die Erinnerung an das „Herrenvolk“ (in dänischer Übersetzung und ohne Anführungszeichen!) heraufbeschworen wurde.¹⁰ Zudem warf der (anonyme) Kommentator dem BDN vor, mit dem Vorschlag „unnötig Gegensätze zu provozieren“.

Die bisherigen Argumente wurden nun vielfach in noch boshafterem Ton vorge-
tragen, wie es die folgenden Beispiele zeigen. So warnte Jytte Lauridsen, Abgeordnete der Dansk Folkeparti im süddänischen Regionsrat, davor, dass „der weniger angenehme Teil deutscher Mentalität seine Zähne zeigt“. Andere warfen Jürgensen vor, aus „56 Jahren Okkupation und fünf Jahren Besetzung“ das Recht auf deutsche Ortsschilder abzuleiten, erinnerten daran, dass „die Deutschen 15 Mal so viele sind und die Geschichte hindurch bis 1945 immer expansiv mit brutaler Verdeutschung besiegter Gebiete aufgetreten“ seien, oder malten eine neue Verdeutschung (wie angeblich nach 1864) der Orts- und Straßennamen aus.¹¹ Jakob Gormsen aus Apenrade bezeichnete die deutschen Ortsnamen als „konstruiert, und zwar weder von Dichtern noch von Denkern“ und deren Gebrauch z. B. im Nordschleswiger als „direkten Hohn“ gegen die dänische Bevölkerungsmehrheit. Über „selbstgestrickte deutsche Namen“ wolle er erst sprechen, wenn dänische Kulturschätze aus Flensburg und Schleswig nach Dänemark überführt würden und auch die deutschen Nordschleswiger Fahnenmasten aufstellen, um mit dem Danebrog zu flaggen.¹² Als sich die Leiterin des Regionskontors Andrea Kunsemüller für zweisprachige Schilder aussprach, konterte Jytte Lauridsen mit einer regions- und europakritischen Stellungnahme. Ihr Parteifreund Lars Rydhard hingegen meinte, dass sich die nationalen Minderheiten angesichts der europäischen Einigung und des Abbaus von Grenzen überlebt hätten und sie nicht mit Schildern „künstlich am Leben gehalten“ werden sollten.¹³ In diesem Sinne legte auch Kannegaard nach und bezeichnete die deutsche Volksgruppe als „arrogant“ und als „die am schlechtesten integrierten Einwanderer, die wir in Dänemark haben“.¹⁴ In zahlreichen Stellungnahmen, auch in privat gesendeten Briefen, wurde Hinrich Jürgensen direkt angegriffen, sein Vorschlag als töricht und provokativ abgetan und in erster Linie als Selbstdarstellung ausgelegt. Am 9. Juni appellierte Poul-Erik Thomsen noch einmal mit einem Leitartikel an Frieden und Eintracht im Grenzland. Dabei kritisierte er, dass das verträgliche Zusammenleben im Grenzland bei vielen offenbar nur auf die Erwartung baue, dass die Minderheiten sich anpassen und schließlich als solche leise verschwinden sollten. Jürgensen sei nicht mit einer Kriegserklärung gekommen, sondern „mit einem Vorschlag, der eine anständige Diskussion verdient. Auf der Grundlage gegenseitigen Respekts“.¹⁵

Inzwischen meldeten sich zunehmend auch versöhnlichere Stimmen von dänischer Seite zu Wort. Oft wurde die sehr häufig vorgebrachte Behauptung widerlegt, dass die deutschen Ortsnamen erst nach 1864 geschaffen worden seien. Der Historiker René Rasmussen warf den seiner Meinung nach „ketzerischen Gedanken“ auf, ob nicht gerade die relative Unsichtbarkeit der nationalen Minderheiten eine Ursache des guten Verhältnisses im Grenzland sei, und stellte die Frage, ob es eine angemessene Forderung an eine Minderheit mit Jahrhun-



Abb. 2 Neben Ortseingangstafeln gibt es seit einigen Jahren auch friesische Namenszusätze auf Stationsschildern, hier in Bredstedt allerdings deutlich verkleinert

derte alten Wurzeln sei, sich um der guten Nachbarschaft willen unsichtbar zu halten. Dies sei für ihn der eigentliche Kern der laufenden Debatte.¹⁶ Andere wie Orla Christiansen und die Folketingsabgeordnete Bente Dahl (Radikale Venstre) forderten ebenfalls zur Mäßigung auf und sprachen sich für die Einführung zweisprachiger Schilder aus.¹⁷ Die deutsche Minderheit hielt sich in der Debatte zurück, abgesehen von einigen sachlichen Antworten Jürgensens auf scharfe Leserbriefe und einem Kommentar von Siegfried Matlok, in dem er die Art der Debatte kritisierte, nicht aber Stellung zur Schilderfrage bezog.¹⁸

Neue Initiativen in Südschleswig

Südlich der Grenze geschah derweil Konkretes: Nachdem man z.B. in Flensburg schon längst Beschlüsse zu Gunsten zweisprachiger Schilder gefasst hatte, erweiterte die Landesregierung am 12. Juni die 1997 von den Nordfriesen erlangte Ausnahmeregelung und gab gleichzeitig Vorgaben, wie bei der Aufstellung mehrsprachiger Schilder zu verfahren sei.¹⁹ Dies wurde durch einige zusätzliche Faktoren in Schleswig-Holstein begünstigt: Niederdeutsch, Friesisch und Dänisch sind hier als Regional- und Minderheitensprachen voll anerkannt, und ersteres ist im gesamten Bundesland präsent. In Nordfriesland hat man seit 1997 Erfahrung mit zweisprachigen Ortstafeln. Für das Niederdeutsche setzt sich zudem mit dem SHHB ein einflussreicher Verband ein, der sich im Vorfeld für

mehrsprachige Schilder stark gemacht hat. Dass man in Niedersachsen bereits ähnliche Regeln hat, war dem Vorhaben ebenfalls förderlich.

Aber auch südlich der Grenze ließen sich kritische Stimmen vernehmen, wobei manch einer den generellen Sinn mehrsprachiger Schilder in Frage stellte oder auf die entstehenden Kosten verwies. Abfällige journalistische Kommentare wie noch vor wenigen Jahren gab es nicht.²⁰ Ein Feuilleton des Verfassers dieses Beitrags in Flensburg Avis mit einem sehr viel weitergehenden Vorschlag zur mehrsprachigen Beschilderung löste ebenso wenig Diskussionen aus wie ein ähnlicher Text des Sonderburger Museumsleiters Peter Dragsbo zwei Jahre zuvor oder ein sachlicher Leserbrief des früheren Redakteurs Bjørn Svensson aus Hadersleben, der im Falle der Einführung deutscher Namenszusätze in Nordschleswig Rücksicht auf den älteren, noch durch die deutsche Besatzung 1940–45 geprägten Bevölkerungsteil erbat.²¹ Abgesehen von einem einzigen Brief „Schleswig bleibt Deutsch“, der im Juni beim dänischen Generalsekretariat in Flensburg einging, und einem äußerst polemischen Leserbrief des Schleswigers Lothar Zilch in Flensburg Avis gab es keine Ausfälligkeiten. Letzterer löste mit markigen Formulierungen wie „diesem SSW-Wahnsinn Einhalt zu gebieten“, einem unhaltbaren Geschichtsbild, Abfälligkeit gegen das Friesische und dem Verweis auf die Ablehnung deutscher Namenszusätze in Dänemark Widerspruch aus.²² Doch auch die hierauf folgende Debatte bezog sich überwiegend auf Nordschleswig, zumal einzelne Teilnehmer der falschen These aufsaßen, dass dänische Namen in ganz Südschleswig natürlich seien, während deutsche Namen in Nordschleswig das Produkt „preußischer Namensgebungswillkür“ seien.²³

Ab Ende Juli ebnete die Debatte hüben wie drüben ab. Die Vertretung der deutschen Minderheit enthielt sich weiterer Stellungnahmen und will das Thema zunächst intern weiter diskutieren. Südlich der Grenze hat es bereits erste konkrete Anläufe zu mehrsprachigen Schildern gegeben: Den Anfang machte im August Glinde in Stormarn mit Hinzufügung der niederdeutschen Bezeichnung „Glinn“. ²⁴ Wohl ab Frühjahr 2008 wird auch „Flensburg“ auf allen Flensburger Ortseingangstafeln zu lesen sein. Dennoch gibt es mehr Diskussionsbedarf als erwartet: In Großhansdorf lehnte die CDU-Mehrheitsfraktion den niederdeutschen Namen Groothansdörp ab, weil er angeblich nicht zum Bild einer modernen Gemeinde passe.²⁵ In Schleswig verwies der Hauptausschuss den von CDU und SSW favorisierten und von der SPD-Fraktion skeptisch betrachteten Antrag nach dänischen und/oder niederdeutschen Zusätzen nach ergebnisloser Diskussion an eine eigens dafür eingerichtete Arbeitsgruppe.²⁶

Mitte Oktober zog Hinrich Jürgensen Bilanz: Er zeigte sich einerseits enttäuscht über die Unsachlichkeit der Debatte, äußerte aber andererseits Zuversicht, dass die Zeit für das Projekt „Zweisprachige Schilder“ arbeiten werde – vor allem, wenn dänische Namenszusätze auf deutschen Ortstafeln erst einmal etabliert seien.²⁷



Abb. 3 Fotomontage eines Flensburger Ortschildes, wie es spätestens ab Sommer 2008 aussehen soll

Das gleiche Fazit zog Peter Dragsbo, der noch einmal darauf hinwies, dass mehrsprachige Schilder auch in europäischen Regionen üblich sind, in denen es weit schwerere und oftmals noch lange nach 1955 nicht überwundene Konflikte gegeben habe, und dass das schleswigsche Grenzland hier der Entwicklung gemeinsam mit einigen „unversöhnlichen“ Gebieten hinterherhinke. Zudem wies er darauf hin, dass es all die Fortschritte im deutsch-dänischen Verhältnis nicht gegeben hätte, wenn man nicht immer wieder Mut zur Überwindung von Grenzen und Schranken und zum Bruch mit Tabus und Mythen gehabt hätte.²⁸

Fazit

Wie auch immer man zur Einführung mehrsprachiger Schilder im Grenzland stehen mag: Festzuhalten bleibt, dass wir im schleswigschen Grenzland wieder einmal eine Auseinandersetzung erlebt haben, in der sich längst überwunden geglaubte Ressentiments in schrillen Tönen Gehör verschafften. Wie die Kontroverse um den Ildstedt-Löwen 1992/94, die Regionsdebatte 1997 und der Streit um die SSW-Mandate 2005²⁹ erinnert uns die gegenwärtige Auseinandersetzung daran, dass es nach wie vor großer Anstrengungen zur deutsch-dänischen Verständigung in der vermeintlichen „Modellregion“ bedarf. Es ist ernüchternd, in welcher Weise ein offenbar nicht unerheblicher Bevölkerungsteil 52 Jahre

nach den Bonn-Kopenhagener Erklärungen bar jeder historischer Kenntnis alte Feindbilder pflegt und die deutsche Volksgruppe als einen eingewanderten Fremdkörper betrachtet, der in der Geschichte zu verschwinden hat. Dass auch die dänische Minderheit in Südschleswig von mehreren Debatteuren als nicht mehr existenzberechtigt angesehen wird, zeigt noch deutlicher, wie sehr sich die Grenze in vielen Köpfen verhärtet statt entspannt hat.

Dennoch darf man die Ausfälle einiger Medienvertreter und zahlreicher Leserbriefschreiber nicht als Gradmesser für etwaige neue Rückschritte im deutsch-dänischen Verhältnis missverstehen. Zwar sind polemische Kommentare und Leserbriefe keine spontanen Reaktionen, sondern Ausdruck vorhandener Grundeinstellungen. Man muss aber bedenken, dass die Debattenkultur in Dänemark anders ist als in Deutschland. So werden von dänischen Zeitungen praktisch alle eingehenden Leserbriefe gedruckt, auch solche, die deutsche Redaktionen sofort in den Papierkorb befördern würden. Daher kommt extremen Meinungen und „Stammtisch“-Parolen, die eher als gemäßigte Positionen den Drang nach öffentlicher Selbstdarstellung verspüren, leicht unverhältnismäßig viel Raum und Aufmerksamkeit zu. Besonders bedenklich stimmt allerdings, dass wichtige Medien in Dänemark, wo man dem Grundrecht der Meinungsfreiheit einen besonders hohen Stellenwert einräumt,³⁰ durch ihre unsachliche Darstellung des Themas eine aufgeheizte Stimmung erzeugt und damit die in einer demokratischen Gesellschaft notwendige sachliche Diskussion erheblich behindert haben.

Doch gibt es bei dieser Debatte auch Positives zu beobachten: Südlich der Grenze hat man sich, von wenigen Einzelstimmen abgesehen, nicht von den geschilderten Ausfälligkeiten beeindrucken lassen. Man ist nicht in das früher so verbreitete leidige Schema zurückgefallen, Entgegenkommen in nationalpolitischen Fragen von entsprechenden Leistungen der anderen Seite abhängig zu machen. Erfreulich ist auch, dass sich auf dem Höhepunkt der Kontroverse in Dänemark gleichsam unter Befürwortern und Gegnern mehrsprachiger Schilder zunehmend Stimmen der Vernunft zu Wort meldeten.

Anmerkungen

- 1 Zum Stand der Dinge in Europa siehe u.a. Jørgen Kühl: Der Europarat, Dänemark, Deutschland und die Minderheiten, in: GFH 4/2002, v.a. S. 252 f. Kühl machte u.a. darauf aufmerksam, dass die Abwesenheit zweisprachiger Schilder Beobachtern aus anderen, oft wesentlich spannungsreicheren Minderheitenregionen häufig unverständlich ist und immer wieder Anlass zu skeptischen Fragen gibt, weil Mehrfachbeschilderung andernorts Standard ist.
- 2 Hier wiedergegeben nach dem Protokoll der BDN-Hauptvorstandssitzung vom

- 25.6.2007, bei der Hinrich Jürgensen seine Rede vor der Delegiertenversammlung zitierte.
- 3 Poul-Erik Thomsen: Tosprogede skilte ingen sag, Jydske Vestkysten (JV), 7.5.2007.
 - 4 www.dr.dk/regioner/syd/nyheder/aabenraa/2007/05/01/063924.htm. Das Ergebnis von 82 Prozent Nein-Stimmen bei 2573 Teilnehmern kam dann wenig überraschend.
 - 5 René Dupont: I Danmark har vi ét officielt sprog, JV, 4.5.2007.
 - 6 Ejler Schütt: Jürgensens majkat skal begraves, JV, 10.5.2007.
 - 7 Niels H. Hansen, JV, 16.5.1007. Vgl.a. Gunnar Kvisgaard Nielsen: Nej til tyske vejskilte, JV, 24.5.2007. Dieser berichtete, dass er es im nördlichen Jütland auch in jüngster Zeit erlebt habe, dass Sportler aus dem Landesteil als Deutsche oder mit davon abgeleiteten „gröberen Sachen“ beschimpft würden, und war daher gegen eine Hervorhebung des deutschen Elements.
 - 8 Jan Kannegaard: 87 år til at vænne sig til at navne på byskilte skrives på dansk, JV, 20.5.2007.
 - 9 Mads Schmidt Eriksen: Pjattet forslag, JV, 16.5.2007 und 14.7.2007. Im ersten Leserbrief heißt es wörtlich an Jürgensen gerichtet: „Mere pjattet og nedladende forslag findes ikke, og det er i hvert fald ikke fremmede for forsoningen. Skal det provokeres, ja så er du på rette vej. I øvrigt er der problemer i forvejen, særlig de steder, hvor der er vejvisere til Kindergarten (børnehaver), stående lige ud for danske familiehuse. Hvis ikke det er provokation, så ved jeg ikke hvad.“
 - 10 Leitartikel: En dum idé, Jyllands-Posten, 31.5.2007 (s. auch GFH 2/2007, S. 135).
 - 11 Jytte Lauridsen: Tysk mentalitet viser tænder, 5.6.2007; Karl Christian Petersen: Ustyrlig Rottweiler mentalitet 5.6.2007; Lissy Ølgaard: Ikk' så ringe endda, 15.6.2007; Frede Warming: Tyskerne har altid optrådt ekspansivt, 20.6.2007 (alle: JV).
 - 12 Jakob Gormsen: Hvornår vil hjemmetyskerne flage med Dannebrog?, JV, 9.6.2007.
 - 13 Jytte Lauridsen: Fra usynlig grænse til synlig grænseregion, 19.7.2007; Lars Rydhard: Jeg er modstander af overflødige vejskilte, JV, 10.7.2007.
 - 14 Jan Kannegaard: Integration og mindretal, JV, 21.7.2007.
 - 15 Poul-Erik Thomsen: Det er ikke en krigserklæring (Leitartikel), JV, 9.6.2007.
 - 16 René Rasmussen: Kært barn har mange navne, JV, 20.6.2007. – Auffallend war auch, dass der mehrfach von Æ Synnejysk Forening hervorgebrachte Wunsch nach Namenszusätzen im südjütischen Dialekt kaum in die Debatte einfluss. Auch zum Plan, mit Schildern auf die Besonderheit des Landesteils hinzuweisen, hat sich der Verein nach Erhalt der von ihm bestellten wissenschaftlichen Empfehlung durch Rasmussen und dessen Kollegen Jørn Buch und Gerret Schlaber bislang nicht mehr geäußert.
 - 17 Bente Dahl, Tosprogede skilte, JV 13.7.2007. Orla Christiansen: Historieløs snak om mindretal, JV 24.7.2007.
 - 18 Siegfried Matlok: Scharfmacher (Leitartikel), Der Nordschleswiger, 9.6.2007. Auch in der deutschen Volksgruppe gibt es Gegner zweisprachiger Schilder, vgl.: Zweisprachigkeit: Nein zu Schildern, ja zu Hinweisen, Der Nordschleswiger, 2.10.2007.
 - 19 Adeline Petersen/Carsten Rinio/Nils Århammar: Tweerspreekede toorpskilte. Geschichte. Grundlagen, Perspektiven, in: Nordfriesland 120, 1997, S. 11-20. Nach § 46

- Abs. 2 der Straßenverkehrsordnung kann die oberste Landesverkehrsbehörde in besonderen Fällen Ausnahmeregelungen von der Ordnung erteilen, dass nur der amtlich offizielle Ortsname sowie Zusätze wie „Stadt“ u.a. sowie Kreis auf Ortsschildern stehen dürfen. Der damalige schleswig-holsteinische Verkehrsminister Peer Steinbrück erteilte eine solche Ausnahmeregelung am 20.8.1997. Der Erlass von Verkehrsminister Dietrich Austermann vom 12.6.2007 ersetzt diese Regelung und erweitert sie um niederdeutsche und dänische Ortsnamen. Allerdings dürfen die Zusätze weiterhin nur auf Ortseingangstafeln stehen, die zudem am jeweiligen Ort in einem Zug ausgetauscht werden müssen.
- 20 Gerhard Nowc: Keine anderen Sorgen? (Leitartikel), Flensburger Tageblatt, 31.1.2004.
– Ein Gag wurde ernst genommen, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 4.12.1996.
 - 21 Gerret L. Schlaber: „Skilte på flere sprog“, Flensborg Avis (Fl.A.), 19.6.2007. Peter Dragsbo: Hvorfor har vi ikke tosprogede skilte her i grænselandet?, Fl.A., 19.5.2005. Bjørn Svensson: „Vis hensyn i skiltesagen“, Fl.A., 27.6.2007.
 - 22 Lothar Zilch: Zweisprachige Schilder, Fl.A., 4.7.2007.
 - 23 So z.B. Frank Koppensteiner in seinem Leserbrief „Wen vertritt Lothar Zilch?“, Fl.A., 10.7.2007, in dem es heißt: „Das, was Sie als Schleswig-Holstein kennen, war bis in graue Vorzeit dänisch, bis hin nach Altona. Wollen wir uns aber nun der Einfachheit halber auf das Gebiet zwischen Flensburg und Eider bzw. Dannevirke beschränken: Abgesehen von preußisch-österreichischem Landhunger und dessen Folgen nach 1864 war diese Region dänisch. Wie jeder strategisch denkende Besatzer hat auch Preußen Kolonialisten in besetzten Gebieten angesiedelt: Deren Ur-Urenkel bilden die deutsche Minderheit im südlichsten Teil des jetzigen Dänemarks und sind nun dort zuhause [...].“
 - 24 Peter Nissen: Beispiel macht Schilder, in: Nordfriesland 159, 2007, S. 2. – In Stormarn erhielt die Kreisverwaltung in einer Umfrage 70 Prozent Zustimmung, und der SHHB lieferte eine wissenschaftlich fundierte Liste plattdeutscher Ortsnamen, vgl.: Aus Oldesloe wird Oschloe, Hamburger Abendblatt, 6.11.2007.
 - 25 CDU-Fraktion hält zweisprachige Ortsschilder für Rückschritt, Hamburger Abendblatt, 5.10.2007. Der ironisch gemeinte Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden Hans-Otto Kagel, statt des niederdeutschen „Rückschritts“ lieber den Zusatz „Big John Village“ hinzuzufügen, erinnert auffallend an die oben zitierte Heranziehung deutsch klingender Fantasie-Übersetzungen dänischer Gegner von deutschen Namenszusätzen.
 - 26 Verwirrung in Schleswig um zweisprachige Schilder, Flensborg Avis, 31.10.2007. „Slesvig“: Schilder bald auf Deutsch und Dänisch?, Flensburger Tageblatt, 10.11.2007.
 - 27 „Die Zeit arbeitet für uns“, Der Nordschleswiger, 20.10.2007.
 - 28 Peter Dragsbo: Derfor skal vi have tosprogede vejskilte i grænselandet, Der Nordschleswiger, 23.10.2007.
 - 29 Siehe zum Idstedt-Löwen u.a. GFH 1/1992, S. 3 ff., GFH 3/1992, S. 187 f. und GFH 4/2002, S. 259-288; zur Regionsdebatte die Umschauen in GFH 3 und 4/1997; zu den SSW-Mandaten v.a. GFH 2/2005, S. 121 ff.
 - 30 Man denke z.B. an die Kontroverse um die Mohammed-Karikaturen in Jyllands-Posten, vgl. GFH 1/2006, S. 65-67.

Grenzland 2050

Das war ein gewaltiger Happen, den JCI Syd, die Wirtschaftssenioren Flensburg und die Wirtschaftsjunioren aus Schleswig als Veranstalter im Pattburger FDE-Center anboten: In Verbindung mit dem zehnjährigen Geburtstag der Region Sønderjylland-Schleswig, offiziell war es der 16. September 1997, doch gefeiert wird am 8. Oktober im Sonderburger Alision, wurden bekannte Deutsche und Dänen aus dem Grenzland gebeten, einen Blick in die Kristallkugel zu werfen.

Wie sieht die Zukunft der Region aus? Nicht morgen, sondern 2050!

Da kam viel Gewagtes über die Lippen: Flensburg werde dann einen dänischen Bürgermeister haben – ob vom SSW oder nicht, blieb unklar –, die Fehmarn-Belt-Querung wird nicht gebaut, das Grenzland wird Multikulti, südlich der Grenze werde es dann eine Kommunalreform geben, der Mittelstand sichert der Region in manchen Bereichen die Führung auf den Weltmärkten, 2050 gibt es eine gemeinsame deutsch-dänische Universität, eine gemeinsame Multi-Sportarena, ja auch ein gemeinsames deutsch-dänisches Krankenhaus wurde u. a. vorhergesagt.

Natürlich waren sich die Teilnehmer im Podium – vier Männer und eine Frau – nicht in ihren Zukunfts-Prognosen einig. Vor allem in einer Frage stießen unterschiedliche Haltungen deutlich aufeinander. Was ist mit der Sprache, die A. P. Hansen, Sonderburgs ehemaliger Bürgermeister, als die größte Barriere in der Nachbarschaft bezeichnete. Soll man weiterhin auf Dänisch und Deutsch setzen, beide Sprachen in den beiden Ländern sogar zusätzlich fördern, oder soll man, wie Direktor Henrik

Raunkjær von der inzwischen von Danfoss übernommenen Firma PowerLynx in Sonderburg meinte, künftig nur noch auf Englisch miteinander sprechen?

Letzteres hatte schon vor Jahren der frühere Amtsbürgermeister Kresten Philipsen als aus seiner Sicht realistischen Kompromiss für die Zukunft angedacht.

Bei allen (un-)denkbaren Fantasien über die Welt 2050 schien es so, als wäre es bei der Diskussion leichter über die Entwicklung in 43 Jahren zu sprechen als über die aktuellen Themen/Probleme von morgen und übermorgen.

Vor wenigen Tagen beklagte sich der Chef der schleswig-holsteinischen Staatskanzlei, Staatssekretär Heinz Maurus, in unserer Zeitung darüber, dass für grenzüberschreitende Projekte mehr Geld zur Verfügung stehe als Ideen. Nach seinen Worten fehlt es im deutsch-dänischen Grenzland an guten, förderungswürdigen grenzüberschreitenden Projekten.

Maurus ist nicht der erste, der sich darüber wundert, und in Pattburg pflichteten aus berufenem Munde sowohl die Leiterin des Regionskontors, Andrea Kunsemüller, als auch Michael Schack vom Deutsch-Dänischen Regionalmanagement in Flensburg dem Staatssekretär bei. Voll oder teilweise, natürlich aber nicht gerade freudestrahlend.

Also, mit den Worten des Flensburgers Visionärs Rainer Prüß: Die deutsch-dänische Region muss kühner werden, frecher denken. Nur so wird sich bis 2050 etwas bewegen, nur so können Träume im Grenzland vielleicht eines Tages doch Wirklichkeit werden!

*Leitartikel von Siegfried Matlok,
Der Nordschleswiger, 22.9.2007*

Marsch oder Deutsch?

In den selbstbewusstesten dänischen Küchen heißt es: „Ach, wie gut schmeckt Dänemark, wenn nur das Salz von Læsø, der Käse aus Thise und der Rinderbraten aus der nordfriesischen Marsch kommt.“ So weit, so gut, aber mitten in aller Vaterlandsliebe ergibt sich das kleine Problem, dass die nordfriesische Marsch – so ganz pedantisch, nüchtern und offiziell betrachtet – zu Deutschland gehört. [...]

„Öh, deutsches Fleisch aus Deutschland, das geht nicht“, hat der eine oder andere [bei Irma] sicherlich einzuwenden gehabt, bevor die Werbekampagne in Gang kam, und flugs kam [man bei der Supermarktkette] ins Grübeln. Denn was ist, wenn die dänischen Verbraucher nun glauben, dass echtes deutsches Rindfleisch einen Beigeschmack von Würsten, Bier-Rülpsern und Ruhrpott-Rost habe?

Deshalb hat Irma mit einem schnellen sprachlichen Kunstgriff „Deutschland“ durch „Marschland“ ersetzt (abgesehen von der [vorgeschriebenen] Information über das richtige Herkunftsland, die auf die Fleischverpackung mit einer solch kleinen Schriftgröße aufgedruckt worden ist, dass sie nur mit Hilfe eines Elektronenmikroskops einigermaßen entziffert werden kann). „Marschland“ liegt besser auf der Zunge als „Deutschland“ [...] – mmh, saftiges Gras mit einem würzigen Strich Meersalz ...

Und nun kommt das Beste: Das Marschland ist ja so gut wie dänisch. So steht es in Irmas Reklame, wo es heißt, dass die Marsch aus Schmelzwasser gebildet wurde, das beim Sonnenaufgang der Zeiten auch an der jütischen Westküste geflossen sei. Die Rinder von dort werden in Husum geschlachtet. Irma hebt hervor, dass Husum ein alter dänischer Besitz mit

dänischer Schule und dänischer Bibliothek sei. So dänisch schwingt das von Irma verheißene Husum den Danebrog, dass man die [gleichnamige] Kopenhagener Vorstadt am Utterslev Mose vor sich sieht, ehe man begreift, dass hier vom Husum tief im deutschen Kreis Nordfriesland die Rede ist. Im Ganzen werden die Worte „dänisch“ und „Dänemark“ häufig bei der Beschreibung des deutschen Fleisches gebraucht, und „Deutschland“ wird gerne mit „Marsch“, „südlich der Grenze“ oder „da unten“ umschrieben. Irma zitiert sogar den eigenen Einkaufshef, wonach wir „damit leben müssen, dass die Grenze 1864 leider ein paar Kilometer in die verkehrte Richtung verschoben wurde. Sonst wäre das Fleisch ja immer noch dänisch“. [...]

Nun kann man sich natürlich über dänische Voreingenommenheit und dänische Erinnerungsschwächen bezüglich der Skandale wegen Gammelfleisch und verfälschten Waren, wie wir sie hier erlebt haben, lustig machen. Oder man kann sich darüber freuen, dass wir Dänen mit oder ohne Kompass und Atlas Europas Köstlichkeiten genießen können. An dieser Stelle muss man Irma darin Recht geben, dass die betreffenden Ochsen das Gras des Marschlandes kauen, ohne zu ahnen, auf welcher Seite der Grenze es geschiebt.

Dann fehlt uns nur noch, dass Reklamestrategen sich nicht länger die Zunge verknoten müssen, bevor sie eine gute Geschichte erzählen – mit Fleisch auf den Knochen!

Leitartikel von Asger Liebst, in: Information [Kopenhagen], 26.9.2007

Die deutschfeindliche Werbung der in Kopenhagen und Umland verbreiteten Supermarktkette „Irma“ sorgte nicht nur im Grenzland (Leitartikel von Claudia Knauer

im Nordschleswiger, 9.10.) und in Teilen der dänischen Presse kurzzeitig für Aufsehen, sondern auch in einigen überregionalen deutschen Zeitungen (z. B. Der Tagesspiegel, Hamburger Abendblatt, 28.9.)

Grenzpendlervereine verlangen Einsatz der Steuerbehörden

Die Zahl der Grenzpendler im Bereich der deutsch-dänischen Grenze ist während der vergangenen Jahre sprunghaft gestiegen. Vor allem seitdem viele Arbeitskräfte von der deutschen Seite der Grenze, wo immer noch hohe Arbeitslosigkeit herrscht, den anhaltenden Wirtschaftsboom in Dänemark mit vielen offenen Stellen nutzen, um nördlich der Grenze beruflich Fuß zu fassen. In seiner Eröffnungsansprache zum Beginn des deutsch-dänischen Grenzpendlertreffens mit dem Schwerpunktthema „Steuern für Grenzpendler“ im Infocenter Grenze in Bau hat der Vorsitzende der Schleswigschen Partei (SP), Gerhard Mammen, deutlich gemacht, dass in diesem Bereich zwar mit dem deutsch-dänischen Doppelbesteuerungsabkommen klare Regeln eingeführt worden seien. Im Alltag zeige sich aber, dass gerade den Grenzpendlern das Leben weiter unnötig schwer gemacht werde, da sie oft aufgrund von Informationslücken zwischen die Mühlen der unterschiedlichen deutschen und dänischen Steuerveranlagungsverfahren geraten. Die Vorsitzende des Vereins Europäische Grenzgänger (VEG), Brigitte Handler, hatte im Verlauf der Veranstaltung die Forderung erhoben, dass die Formulare und Erklärungen sowohl bei der dänischen Steuerbehörde Skat als auch beim deutschen Finanzamt in deutscher und dänischer Sprache vorliegen müssten. Besonders die dänische Behörde müsse ihr

Material angesichts der vielen Tausend neuen Grenzgänger aus Deutschland mit Arbeitsplätzen in Dänemark auf Deutsch herausgeben.

Es war mehrfach deutlich geworden, dass Arbeitnehmern finanzielle Nachteile entstehen, weil sie aus Unwissenheit z.B. Steuerfreibeträge nicht in Anspruch nehmen.

Wie bereits Gerhard Mammen, übte Brigitte Handler scharfe Kritik an der bevorstehenden Schließung der deutsch-dänischen „Einrichtung Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt“ (Gramark).

Gramark berät und vermittelt Arbeitskräfte auf dem deutschen und dänischen Arbeitsmarkt und hat sich als wirksames Mittel bei der Umsetzung der vielbeschworenen Zielsetzung eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes bewährt. „Wir bedauern, dass der Vertrag des Arbeits- und Europaministeriums in Kiel mit Gramark nicht verlängert worden ist“, so Gerhard Mammen. Es sei unverständlich, dass man auf die Fachkompetenz von Gramark verzichten will, wo die Einrichtung doch wirksam die Arbeitslosigkeit auf deutscher Seite der Grenze vermindern konnte. Mammen versprach, dass sich die Schleswigsche Partei in den kommenden Wochen für eine Verbesserung der Beratung in Steuerfragen im Grenzland einsetze.

Brigitte Handler forderte neben allgemeinen Verbesserungen bei der Beratungskapazität, vor allem auch nach der Schließung von Gramark, Servicezentren für Steuern, Renten und Krankenversicherungen. Diese sollten dem Infocenter Grenze angeschlossen werden.

Verbesserungen sollten auch im Bereich der Altersversorgung von Grenzpendlern angestrebt werden. Die Pensionsversicherungen müssten endlich über die Grenze hinweg gültig sein, so die Vorsitzende des Grenzgängerverbandes.

Angesichts der starken Vermittlung von Arbeitskräften über die Grenze hinweg hat sich auch gezeigt, dass es bei der Anerkennung von Ausbildungen noch Schwachstellen gibt.

Der Nordschleswiger, 2.10.2007

Explosionsartiger Anstieg der Grenzpendlerzahlen von 2.500 auf 12.000

Einen explosionsartigen Anstieg der Grenzpendlerzahlen hat das Infocenter, die Grenzpendlerberatungsstelle im Regionalkontor Sønderjylland-Schleswig, in einer Umfrage von August bis Oktober 2007 bei allen 98 dänischen Kommunen festgestellt. Wurden im Jahr 2000 noch 2.500 Grenzpendler registriert, liegen die Zahlen jetzt nach qualifizierten Schätzungen auf der Grundlage der Befragung aller Kommunen bei ca. 12.000.

Die vier grenznahen Kommunen Aabenraa/Apenrade, Tønder/Tondern, Haderslev/Hadersleben und Sønderborg/Sønderburg liegen dabei vorn. Sie haben insgesamt gesehen die höchsten Grenzpendlerzahlen, was wenig überraschend ist. Sie meldeten insgesamt 5486 Pendler (netto 3291). Das Infocenter Grenze rechnet damit, dass die Zahl der in Dänemark wohnenden Grenzpendler in Richtung Deutschland konstant bei 1.200 liegt.

Besonders interessant ist, dass im Bereich der Region Hovedstad (Hauptstadt) auf Seeland immerhin rund 2600 (netto 1560) Pendler registriert wurden, und dass selbst im Norden Jütlands 957 (netto 574) Arbeitnehmer aus Deutschland tätig sind. Weitere Pendlerzentren sind Aarhus und Herning (jeweils 2000, netto 1200) und Horsens mit 1000 (600 netto).

Das Infocenter fordert dazu auf, aus der

qualifizierten Schätzung eine wissenschaftliche Untersuchung zu machen, um eine gesicherte Grundlage für weitere Erhebungen zu haben. Gleichzeitig könnte eine wissenschaftliche Untersuchung die Pendlerströme nach Qualifikation, Motivation, Erfahrungen im Umgang mit Ratgebern, Behörden, Stolpersteinen auf dem Weg zu einem grenzenlosen Arbeitsmarkt u.a. befragen. D.h., man könnte mit einer wissenschaftlichen Untersuchung z.B. erfahren, wann und unter welchen Umständen Grenzpendler im anderen Land sesshaft werden, welche Bedeutung etwa der Besuch von deutschen Schulen, Kindergärten oder anderem in Dänemark und umgekehrt von dänischen Schulen und anderen Institutionen in Deutschland dabei hat. Die Diskussion um eine dauerhafte Niederlassung im Gastland hat insbesondere in Dänemark an Schärfe zugenommen, weil die dänischen Kommunen für die Grenzpendler, die in Deutschland wohnen, zwar die Sozialleistungen aufbieten, die Steuereinnahmen aber direkt an den Staat abgeführt werden. Die dänische Kommune Aabenraa/Apenrade fährt dadurch nach eigenen Berechnungen ca. 40 Mio DKK (ca. 5,4 Mio €) Verlust jährlich ein.

Im Zusammenhang mit dem Anstieg der Grenzpendler wächst auch der Bedarf an Mitfahrgelegenheiten. In Fahrgemeinschaften lässt sich Geld sparen, und man tut etwas gegen die Umweltverschmutzung. Sowohl EURES als auch das Pendlerportal der Region Syddanmark-Schleswig bieten auf ihren Homepages Mitfahrgelegenheiten an, und zwar unter:

- www.eures-kompas.eu
- www.pendlerplus.com
- www.syddanmark.pendlerportal.de
- www.co2.rechner.de

*Pressemitteilung des Regionalkontors,
5.11.2007*

WEITERE SCHLAGZEILEN AUS DEM GRENZLAND

Leidenschaftliche Politikerin

Flensburg Avis, 22.9.2007

Mit einem großen Empfang im Wikingermuseum Haithabu mit über 200 Gästen wurde die SSW-Landtagsabgeordnete Anke Spoorendonk anlässlich ihres 60. Geburtstags unter anderem von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen geehrt.

Dänisch steht hoch im Kurs

Flensburger Tageblatt, 25.9.2007

Immer mehr Erwachsene erlernen Dänisch in Abendkursen. An der Volkshochschule Flensburg gibt es lange Wartelisten, an der Dansk Centralbibliothek for Sydlesvig hat sich das Interesse an der Teilnahme innerhalb von zwei Jahren vervierfacht. Obwohl es keine Zuschüsse von deutscher Seite gibt und die Kurse nicht durch die Teilnahmegebühren gedeckt werden können, bietet die Kultureinrichtung der danischen Minderheit noch zusätzliche Kurse an. Darüber hinaus bieten private Einrichtungen wie die Deutsche Angestellten-Akademie und die Salo Bildung und Beruf GmbH Dänischkurse an.

„Unglücklichen Ton“ im Bootsmagazin entschuldigt

Der Nordschleswiger, 26.9.2007

Mit dem Artikel „Her mistede Danmark Slesvig og Holsten i 1864“ löste die Septemberausgabe des Seglermagazins „Bådnyt“ Verärgerung aus. Verfasser Bent Lyman hatte unter anderem geschrieben: „Ved skæbnens ironi eller måske snarere

den tyske indvandring i grænselandet op til genforeningen faldt afstemningen ud, så Danmark end ikke bevarede sin over 1000 år gamle naturlige grænse ved Dannevirke og Ejderen, og vi sejlere må lide den tort at sætte tysk gæsteflag for at besøge de gamle danske kongelige besiddelser i Gottorp og Slesvig“. Chefredakteur Søren Anker Madsen entschuldigte sich umgehend dafür, dass diese Textpassage bei der Redaktion übersehen und nicht umgehend entfernt worden sei.

Austermann vom Angebot der
Bürgermeister beeindruckt

Der Nordschleswiger, 27.9.2007

Die Bürgermeister der vier nordschleswigschen Kommunen haben angeboten, den zahlreichen von der Schließung des Motorola-Werks in Flensburg betroffenen Menschen über die dortigen Jobcenter Hilfestellung bei der Suche nach neuer Arbeit behilflich zu sein. Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Dietrich Austermann (CDU) zeigte sich bei der Standortkonferenz zur aktuellen Wirtschaftsentwicklung in Flensburg, auf der neben Vertretern der Industrie- und Handelskammer zu Flensburg, der Hochschulen, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wireg, der Arbeitsagentur und der Diakonissenanstalt teilnahmen, von dem Angebot beeindruckt. Die wirtschaftliche Stärkung der Grenzregion und die grenzüberschreitende Kooperation seien für die Landesregierung „prioritäres Ziel“. Weiterhin forderte er dänische Unternehmen dazu auf, verstärkt in Schleswig-Holstein zu investieren.

„Da wird man noch als Mensch behandelt“

Flensburger Tageblatt, 27.9.2007

Bei einer deutsch-dänischen Jobmesse im Flensburger Technologiezentrum, die von EURES und deren Partnern aus Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Arbeitsagenturen der Grenzregion stellten sich zahlreiche dänische Betriebe vor. EURES-Pressesprecherin Dr. Karin Haug zog eine positive Bilanz der Veranstaltung. Der dänische Arbeitsmarkt bleibt für Deutsche ungebrochen attraktiv, da nicht nur der Bedarf auch nach älteren Arbeitskräften und die Löhne meist höher sind, sondern dass auch Arbeitsbedingungen und zwischenmenschlicher Umgang in Dänemark besser funktionieren.

Prof. Dr. ABC auf neuer Sprachexpedition

Pressemitteilung des Regionskontors, 27.9.2007

Nach dem großen Erfolg des Projekts „Prof. Dr. ABC“, bei der ein gleichnamiger Clown Kindergartenkindern im Grenzland die jeweilige Nachbarsprache spielerisch nahe bringt, wurde eine Neuauflage desselben beschlossen (siehe hierzu auch das Interview mit Andrea Kunsemüller in der vorliegenden Ausgabe).

Grenzüberschreitende Projekte: Kommunen uneinig

Der Nordschleswiger, 29.9.2007

Während die Kommunen Tondern und Sonderburg mehr finanzielle Mittel für grenzüberschreitende Projekte zur Verfügung stellen wollen, zumal Interreg-Mittel für die Grenzregion verloren zu gehen drohen, ist man in Apenrade und Hadersleben zögerlich.

Fremdsprachen unattraktiv wie nie

Der Nordschleswiger, 2.10.2007

Der Trend der letzten Jahre, dass in Dänemark immer weniger Schüler eine zweite Fremdsprache neben Englisch belegen, setzt sich auch im neuen Schuljahr fort, so dass auch der Anteil des Deutschunterrichts weiter abnimmt.

Potsdam Spitze, Unna Schlusslicht

Spiegel-online, 5.10.2007

In einer vom Bundesfamilienministerium groß angelegten Untersuchung über die Familienfreundlichkeit aller 439 deutschen Stadt- und Landkreise belegten die Landkreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg Spitzenplätze. Untersucht wurden vier Bereiche: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Wohnsituation, die Bildung und Ausbildungsangebote und die Freizeitangebote speziell für Kinder und Jugendliche. Deutschlandweit schafften es nur zehn weitere Stadt- und Landkreise in die höchste der neun Kategorien. Auch die Stadt Flensburg erzielte ein gutes Resultat.

Europarat macht sich für Deutsch in Dänemark stark

Der Nordschleswiger, 5.10.2007

Das Ministerkomitee des Europarats fordert Dänemark auf, gemäß der europäischen Charta für Regional- und Minderheitensprachen, die das Land am 8. September 2000 ratifiziert hat, mehr Anstrengungen zur Förderung der deutschen Minderheitensprache zu unternehmen. Dies gelte vor allem für den Bereich der öffentlichen Medien.

Personalpoker um die
Kulturbeauftragte des Landes
Flensburger Tageblatt, 9.10.2007

Der Versuch, die Kultur-, Grenzland- und Minderheitenbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein Caroline Schwarz (CDU), vom mit 1000 € monatlich entschädigten Ehrenamt auf eine hauptamtliche Stelle in der Staatskanzlei zu befördern, wurde vom Finanzausschuss des Landtages abgelehnt.

Hafen Apenrade wichtig für
die Region

Flensburger Tageblatt, 12.10.2007

Eine Studie des Instituts for Transportstudier belegt, dass der Umschlag im Apenrader Hafen im Gegensatz zu vielen anderen Häfen stetig steigt und dass der regional wichtigste Umschlagplatz für Seegüter weit über die Staatsgrenze hinaus Bedeutung hat.

Dänemark kann von der
Minderheit lernen

Flensborg Avis, 18.10.2007

Der Vorsitzende des mit Abstand bedeutendsten dänischen Grenzvereins, Grænseforeningen, Finn Slumstrup spricht sich dafür aus, dass die Erfahrungen der dänischen Minderheit in Südschleswig stärker in die aktuelle dänische Identitätsdebatte mit einbezogen werden. Dies gelte vor allem bei der dänischen Selbstfindung angesichts der Begegnung mit anderen Sprachen und Kulturen. Dabei dürfe das Feld weder Nationalisten, die eine rückwärts gewandte Abschottung des Dänischen fordern, noch Kosmopoliten, die dänische Sprache und Kultur eher als Hin-

ernisse für das Mitspielen auf der globalen Weltbühne sehen, überlassen werden. Deshalb sieht Slumstrup in der Entwicklung vom Gegeneinander zur heute selbstverständlichen gegenseitigen Akzeptanz und Wertschätzung zwischen Mehr- und Minderheit ein Beispiel, von dem auch die Dänen in Dänemark in der globalisierten Welt von heute und morgen lernen können. Als neues Motto hat Grænseforeningen die Losung „for en åben danskhed“ (für ein offenes Dänentum) gewählt (ausführlich hierzu Grænsen 3/2007). Dieses erwies sich bei der folgenden Delegiertenversammlung (Sendemandsmøde) als nicht unumstritten (Flensborg Avis, 29.10.).

Familien mit Kindern bleiben im Lande

Flensborg Avis, 18.10.2007

Zwar nimmt die Zahl der dänischen Staatsbürger, welche sich südlich der Grenze niederlassen, ständig zu, doch sind dies vor allem alleinstehende junge und ältere Mitbürger. Familien mit Kindern gehören selten dazu. Laut Infocenter Grenze und Institut for Grænseregionsforskning ist dies in erster Linie auf das wesentlich geringere öffentliche Angebot für Familien südlich der Grenze zurückzuführen. Vor allem die geringe Zahl der Tagesstätten für Kleinkinder und die dadurch oft nicht vorhandene Möglichkeit für junge Mütter, zeitiger in den Beruf zurückzukehren, schrecken viele junge Familien von einem Umzug nach Deutschland ab, selbst wenn mindestens einer der Ehepartner südlich der Grenze arbeitet.

Auf einmal sagen alle „Du“

Der Nordschleswiger, 19.10.2007

Durch das vom Land geförderte und von

den Flensburger Hochschulen und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (Koope-
ration KOWA-Kompetenzzentrum für Wis-
senschaft und Arbeit, s. GFH 1/2007, S.
62) koordinierte Programm „Perspektiven
sehen“ lernen deutsche Auszubildende
und Studierende in mehrwöchigen Prakti-
ka den Arbeitsalltag in Dänemark kennen.
Trotz des bisherigen Erfolges ist es noch
offen, ob das zum Jahresende auslaufen-
de Projekt einen Nachfolger finden wird.

Über Fehmarnbeltbrücke vor allem Verkehr nach Dänemark

Der Nordschleswiger, 19.10.2007

Nach Auskunft des neuen dänischen Ver-
kehrsministers Jacob Axel Nielsen (Kons.)
werde die Finanzierung der Fehmarnbelt-
Brücke überwiegend von den Nutzern ge-
tragen. Prognosen gehen davon aus, dass
64 Prozent aller PKW-Fahrten Start oder
Ziel in Dänemark haben, bei den Bahn-
fahrten 67 Prozent. Beim LKW-Verkehr er-
wartet man vor allem eine deutliche Zunah-
me der Fahrten von und nach Schweden,
auch dem Eisenbahn-Güterverkehr, der
bislang fast ausschließlich über den Gro-
ßen Belt abgewickelt wird, sagen die Gut-
achter eine Stärkung voraus. Da man laut
der Fachzeitschrift „Ingeniøren“ einen baldi-
gen Engpass im Raum Kopenhagen und
an der Öresundbrücke zu erwarten habe,
müssen im Anschluss an das Fehmarn-
belt-Projekt eine zweite Öresundbrücke
bei Helsingør und Helsingborg errichtet
und die Bahnstrecken im Kopenhagener
Raum ausgebaut werden.

KZ-Fall soll untersucht werden

Flensburg Avis, 22.10.2007

Nachdem bekannt geworden ist, dass Sta-

tens Serum Institut (das staatliche Institut
für Impfstoffe und Schutzimpfungen) im
März 1944 einen Impfstoff gegen Fleckty-
phus auch an Häftlingen im KZ Buchenwald
testen ließ (mindestens drei Testpersonen
starben), forderten Politiker verschiedener
Parteien eine ausführliche historisch-juris-
tische Aufarbeitung des Falls.

Minderheit soll Hochschule retten

Flensburg Avis, 24.10.2007

Mit Hilfe einer Zuwendung des Unterrichts-
ministeriums und durch Unterstützung von
Grænseforeningerne soll die vor dem Aus-
stehende älteste Heimvolkshochschule
überhaupt in Rödning (s. GFH 3/2007, S.
198) gerettet werden. Mit dem Projekt „Por-
ten til Norden“ sollen gezielt Schüler aus
Südschleswig angesprochen werden.

Vestergaard gibt Holnis-Fähre auf

Flensburg Avis, 24.10.2007

Nachdem das Wasser- und Schifffahrtsamt
auch das dritte vorgeschlagene Schiff für
eine Fahrrad- und Personenfähre auf der
traditionellen Verbindung Holnis-Brunsnis
über die Flensburger Förde abgelehnt hat-
te, gibt Initiator Henrik Vestergaard das
Projekt nunmehr auf. Er fordert die lokalen
Bundestags- und Folketingsabgeordneten
auf, eine politische Lösung zu finden, denn
das Hauptproblem stellt der Status der För-
de als internationales Gewässer dar.

Richtkrone über dem dänischen Gymnasium

Flensburger Tageblatt, 26.10.2007

Für den Bau des zweiten dänischen Gym-
nasiums in Südschleswig wurde Richtfest
gefeiert. Die A.P. Møller-Schule in Schles-

wig soll zu Beginn des Schuljahres 2008/09 ihren Betrieb aufnehmen.

Europa fördert die europäischen Studien

Flensburger Tageblatt, 26.10.2007

Der internationale Studiengang „European Studies“, der in Zusammenarbeit mit Syddansk Universitet an der Flensburger Universität angeboten wird, zieht immer mehr Studierende an. Diese werden für Aufgaben in transnationalen Unternehmen sowie in öffentlichen und europäisch orientierten Einrichtungen und Verbänden qualifiziert.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit soll endlich raus aus den Kinderschuhen

Flensburg Avis, 26.10.2007

Bei einer Informations- und Diskussionsveranstaltung des KOWA (s.o. Meldung vom 19.10.) berichteten die Vertreter mehrerer Bildungseinrichtungen von grenzüberschreitenden Erfahrungen bei Berufsausbildungen im Grenzland. Die SSW-Landtagsabgeordnete Anke Spoorendonk forderte, dass es wesentlich mehr grenzüberschreitende Lehrveranstaltungen geben müsse, damit man nicht in der Projektphase stecken bleibe.

Bahnfahrkarten und Forschung unter einem Dach

Flensburg Avis, 31.10.2007

Mit einem Festakt in Anwesenheit der Königin und des Kronprinzenpaares wurde das neue Wissenschafts- und Kulturzentrum „Alsion“ offiziell eingeweiht. In dem Komplex hat auch die Sonderburger Abteilung

der Syddansk Universitet einschließlich der grenzüberschreitenden Studiengänge ein neues Domizil gefunden.

Wattenmeer wird Weltnaturerbe

Flensburg Avis, 31.10.2007

Nach einigem Zögern sprach sich die schleswig-holsteinische Landesregierung dafür aus, einen gemeinsamen deutsch-niederländischen Antrag zur Aufnahme des Wattenmeeres auf die Liste des Weltnaturerbes der UNESCO zu unterstützen. Damit besteht die Aussicht, dass 10.000 km² Land- und Meeresfläche von Nordholland bis an die Wiedau zum Welterbe erklärt werden. Eine Erweiterung um den dänischen Teil ist nach Auskunft von Umweltminister Christian von Boetticher jederzeit möglich. Allerdings herrscht dort nach wie vor keine Einigkeit über die Erhebung desselben zum Nationalpark (s. auch GFH 4/2005, S. 337 u. 3/2007, S. 216).

Minderheiten-Forum am EU-Parlament akzeptiert

Pressemitteilung des SSF, 31.10.2007

Die autochthonen, nationalen Minderheiten, vertreten durch den Dachverband Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), erhalten an der Intergruppe für traditionelle Minderheiten im Europäischen Parlament ein festes Kontaktforum. Eine Delegation der FUEV und der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV) sowie die Abgeordneten der Intergruppe haben sich während einer Sitzung im EU-Parlament in Straßburg auf ein solches Forum geeinigt.

Schulterschluss mit den Dänen

Hamburger Abendblatt, 3.11.2007

Beim Gipfeltreffen von Regionschef Carl Holst (Venstre) und Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) im Plöner Schloss war auch Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust (CDU) zugegen. Neben der stärkeren Einbindung Hamburgs in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit standen Beratungen über erneuerbare Energien, Tourismus, Gesundheit und Medizintechnik, Arbeitsmarkt und Hochschulkooperation auf dem Programm.

Krankenhäuser platziert

Jydske Vestkysten, 3.11.2007

Der monatelange Streit über die künftige Struktur des Krankenhauswesens in der Region Syddanmark endete aus nord-schleswigscher Sicht mit einem überraschenden Kompromiss: Nachdem es zunächst darauf hinaus lief, dass das Sonderburger Klinikum zum einzigen vollständig ausgestatteten Akut-Krankenhaus im Landesteil ausgebaut und die Krankenhäuser in Apenrade, Hadersleben und Tondern, wie teilweise bereits geschehen, auf wenige Fachbereiche beschränkt werden sollen, wird nun ein neuer Standort nahe der (noch in der Planung befindlichen) Autobahn Klipleff-Sonderburg favorisiert – bei gleichzeitiger völliger Aufgabe der bisherigen Krankenhäuser in Sonderburg und Apenrade. Der BDN-Hauptvorsitzende Hinrich Jürgensen schlug vor, auch die Flensburger Kliniken in das neue Super-Krankenhaus mit einzubeziehen, und favorisierte einen Standort nahe der Nord-Süd-Autobahn.

Blockade an der Grenze aufgehoben

Jydske Vestkysten, 5.11.2007

Aus Protest gegen die Verschärfung der

Regeln für Höchstfahrdauer und Pausen und die Erhöhung der Bußgelder für Verstöße dagegen blockierten dänische Lastwagenfahrer zeitweise die Grenzübergänge aus Dänemark heraus. Allerdings blieben die Proteste, die auch die deutschen Übergänge an der Autobahn (E 45/A 7) und am Ochsenweg erfassten, hinter den Erwartungen zurück.

Minderheit und Mehrwert

Flensburger Tageblatt, 6.11.2007

Beim „Deutschen Tag“, der alljährlichen Festveranstaltung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig, standen die Diskussion um zweisprachige Schilder und gemäß dem Motto „Minderheit als Mehrwert“ die Bedeutung der Minderheit für die Gesamtregion im Blickpunkt. Zur Belegung der Bedeutung der Minderheiten als Standortfaktor hat Landtagspräsident Martin Kayenburg (CDU) eine Studie in Auftrag gegeben. In mehreren Reden wurde daran erinnert, dass jede Einzelperson den „Mehr-Wert“ ausmache, aber auch eine selbstkritische Bestandsaufnahme zur Lage der deutschen Volksgruppe angemahnt.

Menschenschmuggler strömen an die Grenze

Flensborg Avis, 6.11.2007

Die organisierte Einschleusung vor allem von irakischen Staatsbürgern nach Dänemark hat erheblich zugenommen. Alleine an den ersten vier Novembertagen wurden 50 illegale Einwanderer gestoppt (allein 22 wurden bei einer Razzia am Rastplatz Hüttener Berge aus einem kleinen Lieferwagen befreit), die Schleuser festgenommen. Das Bundesinnenministerium will die

Bundespolizei im Grenzland um weitere 70 Stellen aufstocken.

Nordschleswig hinkt in der Infrastruktur weit hinterher

Der Nordschleswiger, 6.11.2007

Beim Treffen des Entwicklungsrats für Nordschleswig, eines Gremiums mit Vertretern von Kommunen, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Bildungseinrichtungen, mit sieben regionalen Folketingsabgeordneten herrschte Einmütigkeit darüber, dass Straßen und Schienenwege im Landesteil nach langer Vernachlässigung gegenüber anderen Regionen Dänemarks deutlich ausgebaut werden müssten.

Südschleswiger zum Umzug gezwungen

Flensburg Avis, 7.11.2007

Während das dänische Unterrichtsministerium das von Grænseforeningerne und Rødding Højskole initiierte Bildungsprojekt „Porten til Norden“ (s.o.) finanziell unterstützt, sollen Zuschüsse für die Gewerbeschule (Produktionshøjskole) „Profilen“ in Bau künftig von einem Wohnsitz nördlich der Grenze abhängig gemacht werden. Dies würde den jährlich 25 Südschleswigern den Weg zu der dänischen Aufbauschule abschneiden, da diese nicht über Wohneinrichtungen verfügt.

Brücke nach Fünen nicht realistisch

Der Nordschleswiger, 9.11.2007

Wegen der geplanten Fehmarnbelt-Querung sieht das „Institut for Transportstudier“ keinen Bedarf für eine weitere Brücke zwischen Alsen und Fünen. Eine Untersu-

chung sollte herausfinden, ob man Dänemark mit einer festen Alsen-Fünen-Verbindung noch besser aneinander ketten könne.

Dieter Paul Küssner als SSF-Vorsitzender bestätigt

Pressemitteilung des SSF, 10.11.2007

Mit 118 von 125 möglichen Stimmen ist der Vorsitzende des Kulturträgers der dänischen Minderheit, Sydslesvigsk Forening, Dieter Paul Küssner, Jarplund, in der Landesversammlung des Vereins am Sonnabend, 10. November, in Husum, in seinem Amt bestätigt worden.

Fogh machte es noch einmal

Jydske Vestkysten, 14.11.2007

Bei der vorgezogenen Wahl zum dänischen Folketing blieb im Großen und Ganzen alles beim Alten. Zwar verlor die rechtsliberale Partei Venstre von Staatsminister Anders Fogh Rasmussen sechs Mandate, doch wurden diese durch Zugewinne bei Dansk Folkeparti und der neuen Gruppierung Ny Alliance um Naser Khader (siehe GFH 1/2006, S. 69) aufgefangen, die beide Foghs Wiederwahl stützen. Allerdings ist die Minderheitsregierung aus Venstre und Konservativen (die ihre Mandatszahl halten konnten) damit gegenüber den parlamentarischen Koalitionspartnern geschwächt worden. Die Oppositionsparteien um die sozialdemokratische Spitzenkandidatin Helle Thorning Schmidt konnten ihre Mandatszahl gegenüber dem bürgerlichen Lager nicht vergrößern. Dem massiven Stimmenzuwachs der Socialistisk Folkeparti, welche sowohl die linksliberale Radikale Venstre als auch die Konservativen überholte und nur knapp

hinter Dansk Folkeparti viertstärkste Kraft im Folketing wurde, stehen leichte Verluste bei den Sozialdemokraten, der linkssozialistischen Partei „Enhedslisten“ und den nicht mehr im Parlament vertretenen Christdemokraten und schwere Einbußen bei der Radikale Venstre gegenüber. Von den in Nordschleswig aufgestellten Kandidaten zogen elf ins Folketing ein, und zwar je drei Mitglieder von Venstre und Dansk Folkeparti, zwei Sozialdemokraten und je ein Mitglied von Socialistisk Folkeparti, Radikale Venstre und Ny Alliance.

Deutsche Kinder in der Warteschlange vor dänischen Kindergärten

Flensburg Avis, 16.11.2007

Vor allem in Schleswig und Umgebung steigt die Zahl der Eltern markant, die ihre Kinder in die dänischen Kindergärten schicken wollen, ohne dass sie bislang einen Bezug zur dänischen Minderheit haben. Es liegt auf der Hand, dass dies mit der Aussicht auf einen späteren Schulgang auf der hochmodernen A. P. Møller-Skole verbunden ist. Allerdings müssen Anfragen von Eltern, die darüber hinaus kein Interesse an dänischer Kultur und Sprache an den Tag legen, abgewiesen werden.

Gutes bilaterales Verhältnis gegenseitig auf kulturellem Verständnis abstützen

Der Nordschleswiger, 17.11.2007

Der deutsche Botschafter Dr. Gerhard Nourney eröffnete das neue, im Vergleich zu seinem 2006 geschlossenen Vorgänger (s. GFH 2/2006, S. 140) allerdings deutlich verkleinerte Goethe-Institut in Kopenhagen.

Universität verteidigt Stasi-Tagung
Flensburg Avis 20.11.2007

Eine Konferenz des Instituts für Koldekrigsstudien der Syddansk Universität in Odense zum Thema Auslandsespionage der DDR (s. GFH 2/2007, S. 139) sorgte für Wirbel, weil auch hochrangige Stasi-Mitarbeiter zu den Referenten gehörten und diese sogar offiziell von der Stadt Odense empfangen wurden. Bemängelt wurde, dass letztlich nur Altbekanntes wiederholt wurde, wenig Neues für die Forschung gebracht wurde und die Altkader sich uneinsichtig zeigten (z. B. Leitartikel „DDR-Märchenstunden“ von Siegfried Matlok im Nordschleswiger, 20.11.2007). Jyllands-Posten überschrieb einen Leitartikel hierzu mit „Gestapo i Odense“ (19.11.).

Dansk Folkeparti will wieder feste Grenzkontrollen

Der Nordschleswiger, 21.11.2007

Die Dansk Folkeparti (DF) will wieder feste Kontrollen an den dänischen Grenzübergängen einführen und einen schon vor der Wahl vorbereiteten Gesetzentwurf ins Parlament einbringen. Laut dem europapolitischen Sprecher der DF, Morten Messerschmidt, orientiere man sich an der strengen französischen Auslegung des Schengener Abkommens, wo man sich durch feste Kontrollen gegen Drogenschmuggel schützen wolle.

EU sagt 2,8 Milliarden Kronen für Fehmarnbeltprojekt zu

Der Nordschleswiger, 22.11.2007

Die EU-Kommission hat bekannt gegeben, dass die geplante Brücke über den Fehmarnbelt im Rahmen des Transeuro-

päischen Transportnetzwerks (TEN-T) mit einem Betrag in Höhe von 2,8 Milliarden Kronen gefördert wird.

Deutsche Möglichkeiten im Krankenhausplan berücksichtigen
Jydske Vestkysten, 22.11.2007

In ihren Plänen zur Struktur des Gesundheitswesens in den kommenden Jahren hat die Region Syddanmark zwar auch die Einbeziehung des deutschen Rettungsdienstes im grenznahen Raum mit einbezogen. Doch die seit Jahren bewährte Behandlung dänischer Krebspatienten am Flensburger St. Franziskus-Hospital findet dort zunächst keine Berücksichtigung, obwohl die Zusammenarbeit der Region mit dem Krankenhaus gerade erst ausgeweitet wurde und nun auch das Angebot zur Chemotherapie umfassen soll (Flensborg Avis, 9.11.2007).

Freude über Rücknahme der Kürzung
Pressemitteilung des BDN, 26.11.2007

Nachdem in Kiel und Berlin zunächst Einsparungen von 50.000 € bei den Zuschüssen für die Arbeit der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig vorgesehen waren, gab es stattdessen nun eine Aufstockung der Mittel um die gleiche Summe, die vor allem dem Ausgleich inflationsbedingter Kostensteigerungen dient.

Weihnachtsgeschenke in Deutschland am billigsten
Jyllands-Posten, 28.11.2007

Ein Preisvergleich zwischen dänischen Geschäften, dänischem Internet-Handel und Geschäften in Malmö und Flensburg hat ergeben, dass sich die Fahrt nach

Deutschland auch nach Erhöhung der Mehrwertsteuer weiterhin lohnt.

ICE hält in Nordschleswig nur in Pattburg
Der Nordschleswiger, 1.12.2007

Ab dem Fahrplanwechsel am 9.12. verkehren erstmals ICE-Fahrzeuge auf den bisherigen Intercity-Verbindungen Hamburg-Flensburg-Århus bzw. Hamburg-Puttgarden-Kopenhagen (siehe GFH 1/2007, S. 54, und GFH 3/2007, S. 210). Zwar fahren die Züge nun bis Berlin durch, doch halten sie dafür nicht mehr in Tingleff, Røthenkrug und Woyens.

Kritik an der Klimaministerin wegen DONG
DR-online, 3.12.2007

Pläne des mehrheitlich dem dänischen Staat gehörenden Energiekonzerns „Dong Energy“, ein riesiges Kohlekraftwerk bei Lubmin in Vorpommern zu errichten, bringen die bisherige Umwelt- und neu ernannte Klima- und Energieministerin Connie Hedegaard (Kons.) in die Kritik. Die Opposition sieht hierin einen eklatanten Widerspruch zur offiziell verkündeten Klimapolitik der Regierung, die sich nicht zuletzt in der Errichtung eines eigenen Ministeriums manifestiert hat. Hedegaard wies die Verantwortung für dieses Projekt an das deutsche Umweltministerium.

Peter Hansen neuer Leiter
Pressemitteilung des Regionskontors, 7.12.2007

Der 38-jährige bisherige Projektkoordinator des Infocenters Grenze wird neuer Chef des Regionskontors.

Ihre Offenheit für Diskussionsbeiträge zeichnet die Grenzfriedenshefte seit jeher aus. Ein bekanntes Beispiel dafür sind die kritischen Anmerkungen der Historiker Manfred Jessen-Klingenberg, Jörn-Peter Leppien und Hans-Friedrich Rothert zu der 1978 in der Idstedt-Halle eröffneten Dauerausstellung über die Schlacht bei Idstedt von 1850. Nur die Grenzfriedenshefte unter ihrem damaligen Schriftleiter Ernst Beier waren bereit, den Diskussionsbeitrag zu publizieren und so einen Konflikt mit dem Initiator der Ausstellung, dem einflussreichen SHHB-Vorsitzenden Dr. Werner Schmidt, zu riskieren. Der Artikel der drei Historiker erschien in H. 2/1979 unter dem Titel „Das Problem Idstedt“. Ihm folgten im Laufe der Jahre weitere Beiträge zum Thema Idstedt, zuletzt ein zweiteiliger Aufsatz von Matthias Scharlt anlässlich der Eröffnung der neuen Idstedt-Ausstellung im Jahre 2005 (H. 4/2005 u. H. 1/2006). Der Aufsatz ist auch als Sonderpublikation greifbar (Idstedt – Erinnerungsort gemeinsamer deutsch-dänischer Geschichte. Die neue Ausstellung in der Idstedt-Halle, Flensburg u. Schleswig 2006).

Nach der Beschäftigung mit dieser Broschüre und der neuen Ausstellung sieht der Historiker Dr. Jan Schlürmann, Mitarbeiter am landesgeschichtlichen Lehrstuhl der Universität Kiel, ein „neues Problem Idstedt“. Wir geben seinen Text ungekürzt in der vor einigen Jahren eigens für Diskussionsbeiträge in den Grenzfriedensheften eingerichteten Rubrik „Echo“ wieder. Um unseren Leserinnen und Lesern die eigene Meinungsbildung zu erleichtern, erhält im Anschluss Dr. Matthias Scharlt, Direktor der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg, als für die Ausstellungskonzeption verantwortlicher Historiker die Möglichkeit zu Schlürmanns Kritik Stellung zu nehmen.

Die Redaktion

Das neue Problem Idstedt

Eine kritische Auseinandersetzung mit der neuen Ausstellungskonzeption der Idstedt-Halle

„Erinnerungsorte“ sind in Mode gekommen – das Volkskunde-Museum Hesterberg widmete ihnen jüngst eine eigene sehr gelungene Dauerausstellung. Idstedt ist ein – wenn nicht der – Erinnerungsort der schleswig-holsteinischen Erhebung von 1848/51. Rendsburg und vor allem Kiel waren die politischen Zentren der Erhebungszeit, Idstedt dagegen wird bis heute von vielen Schleswig-Holsteinern mit dem militärischen Aspekt der Erhebung, mit dem so genannten ersten „deutsch-dänischen“ Krieg, in Verbindung gebracht.

Vor wenigen Jahren wurde eine neu konzipierte Dauerausstellung in der Idstedt-Halle eröffnet. Was haben sich die Ausstellungsmacher vorgenommen, was haben sie verwirklicht, was erreicht? Die nachfolgenden kritischen Bemerkungen sind das Ergebnis mehrerer Besuche der Ausstellung, von Gesprächen mit deutschen, dänischen und britischen Bekannten und Kollegen und nicht zuletzt eine Auseinandersetzung mit der Begleitschrift „Idstedt – Erinnerungen gemeinsamer deutsch-dänischer Geschichte. Die neue Ausstellung in der Idstedt-Halle“.

Das von Matthias Schartl verfasste Heft, das den Wiederabdruck zweier in den Grenzfriedensheften veröffentlichter Aufsätze enthält, gesteht der Vermittlung der neuen Konzeption verhältnismäßig wenig Raum zu. Es handelt sich vielmehr um eine Darstellung der Rezeptionsgeschichte, eine kritische Beleuchtung des „Ildstedt-Mythos“ und um eine mehr als deutliche Kritik an der Vorgängerausstellung aus dem Jahr 1978.

Die wichtigsten Vorwürfe lauten: „Pflege eines Mythos“, „Geschichtsfälschung“, „einseitige militärische Orientierung“ und fehlende Berücksichtigung des „aktuellen Forschungsstandes“. ¹ Als Kritiker kann man es als einen glücklichen Umstand bezeichnen, dass einige der drei Historiker, die bereits 1978/79 diese „heftigste Kritik“ ² äußerten und „gleichzeitig Ideen für ein zeitgemäßes Ildstedt-Gedenken“ ³ entwickelten, für die Neukonzeption von 2004/2005 mit verantwortlich zeichnen – sie müssen sich jetzt an ihrer Kritik von einst messen lassen.

Zunächst zur Ausstellungskonzeption, die – das muss deutlich gesagt werden – mit einer leider sehr begrenzten Ausstellungsfläche auskommen musste. Angesichts dieser „natürlichen Grenzen“ sind zwei Grundprinzipien unabdingbar: eine klare Gliederung und eine sinnvolle Gewichtung.

Die neue Ausstellung orientiert sich räumlich an der seit 1930 vorgegebenen Dreigliedrigkeit der Halle. Im ersten Raum geht es den Ausstellungsmachern um die Herstellung des historischen Bezuges, um die „Hintergründe, die Gemeinsamkeiten zwischen dänischen und schleswig-holsteinischen Liberalen und den beide Seiten trennenden nationalen Gegensatz.“ ⁴ Der Mittelraum – ursprünglich als Ehrenhalle konzipiert – ist den Menschen gewidmet, „die das Geschehen bei Ildstedt miterlebt haben.“ ⁵ Hier finden sich z. B. zeitgenössische Portraitzeichnungen, eine „Medienstation“, die zeitgenössische Erlebnisberichte mit Bildern verknüpft, und ein Banner, das die Namen der rund 1.450 Gefallenen beider Seiten enthält. „Die Schlacht von Ildstedt ist das Thema im dritten Ausstellungsraum.“ ⁶ Die konzeptionelle Aufgabe, die sich die Ausstellungsmacher für diesen zentralen Bereich stellten, war es, „die durch Präsentation von Waffen und Schlachtszenen einseitig vermittelte Dominanz des Militärischen zu brechen und das Kriegsgeschehen zu desillusionieren.“ ⁷ Das ist ein hochgestecktes Ziel und für eine Ausstellung, die sich sowohl faktisch als auch erklärtermaßen als „Erinnerungsort“ auf einem Schlachtfeld befindet, sicher nicht unproblematisch.

Wie setzten die Ausstellungsmacher nun die von ihnen formulierten Ziele um? Vermieden sie von ihnen 1978/79 erkannte Fehler?

„Raum 1“, wie der erste Ausstellungsraum im Folgenden verkürzt genannt werden soll, liefert einen versierten Überblick über die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, die seit 1815 im dänischen Gesamtstaat wirksam waren und die in letzter Konsequenz auf den Krieg von 1848-1850 hinausliefen. Gemeinsamkeit in dem Wunsch nach einer liberalen Verfassung, Entzweiung durch den nationalen Gedanken – das war, verkürzt gesagt, das Dilemma der Liberalen im Gesamtstaat. „Raum 1“ ist geeignet, diesen bisher stark vernachlässigten Aspekt der vor 1848 vorhandenen „Gemeinsamkeit im Gesamtstaat“ oder zumindest den Aspekt einer „vielfältigen Übereinstimmung“ von Politikern beiderlei Sprache in prägnanter, verständlicher Form zu vermitteln. Das ist sehr gut gelungen, doch bleibt ein entscheidender Kritikpunkt: „Raum 1“ ist eine Ausstellung *in* der „Ildstedt-Halle“ ohne einen für den Besucher immer klar erkennbaren Bezug zum Erinnerungsort, zur

Schlacht bei Idstedt. Diese Grundproblematik der Ausstellung hat eine wesentliche Ursache. Die Ausstellungsmacher sind keine Militärgeschichtler, sie wollten es auch gar nicht sein. Sie müssen es auch nicht sein, aber sie sollten ein Mindestmaß an Interesse am militärgeschichtlichen Aspekt des Ereignisses „Idstedt“ aufbringen. Dass sie dies nicht getan haben, macht sich negativ bemerkbar:

- 1) Das wohldurchdachte Konzept der einleitenden Ausstellung steht in keiner klar erkennbaren Beziehung zu ihren übrigen Teilen. Es handelt sich um eine Darstellung der politischen Geschichte zwischen 1815 und 1848, um eine gelungene Darstellung der inneren Auseinandersetzungen im Gesamtstaat sowie um eine Darstellung der europäischen Ereignisse zwischen der „Wiener Ordnung“ nach 1815 und der Revolution von 1848/49. Damit aber hätte eine solche Ausstellung einen Platz in einem – leider bisher nicht verwirklichten – Museum für Landesgeschichte in Schleswig, Rendsburg oder Kiel verdient. In Idstedt ist dieser Ausstellungsteil deplatziert, wenn er „Idstedt 1850“ nicht integral mit einbezieht. Er erdrückt den völlig diffus konzipierten „Ausstellungsrest“ – und dies eben weil man sich weigerte, dem Ereignis der Schlacht von Idstedt in irgendeiner Weise Aufmerksamkeit zu schenken. Um es auf den Punkt zu bringen: Der Besucher erhält fundierte Hintergrundinformationen, ohne dass man ihm den Vordergrund erklärt. Man hat dem Rahmen den Vorzug vor dem Gemälde gegeben.
- 2) Das Ignorieren der militärgeschichtlichen Perspektive führt dazu, dass der „Ausstellungsrest“ zu einem unkommentierten Beiwerk wird. Die Ausstellungsmacher wollen durch die „Präsentationen“ von „Waffen aller Gattungen, Helmen, Uniformen und Uniformteilen“ in „Vitrinen ... den ästhetischen Glanz dieser so harmlos hinter Glas liegenden Objekte“ brechen. Das Ziel ist es, „Waffen als das zu zeigen, was sie sind, als von Menschen verwendete Instrumente, um andere Menschen zu töten.“⁸ An diesen programmatisch gemeinten Floskeln wird mehr als deutlich: Hier waren Berührungsangst und Vorurteile gegenüber einem mittlerweile integralen Bestandteil der modernen Geschichtsforschung so übermächtig, dass man sich hinter reichlich verschrobene Phrasen verstecken musste. Das soll nicht heißen, dass man das gesteckte Ziel, eine „Ent-Ästhetisierung“ des Krieges, nicht erreichen kann. Tatsächlich ist dies vor allem *militärgeschichtlichen* Museen geglückt,⁹ weil diese den kritischen Blick mit angemessenem Sachverstand zu verbinden wussten. Waffen und Uniformteile mit Beschriftungen in Vitrinen zu präsentieren, das ist nun wirklich nicht neu und derart gestaltete Vitrinen brechen – um im bemühten Bild zu bleiben – höchstens das Licht, aber bestimmt nicht den „ästhetischen Glanz“ oder die „militärische Dominanz“.

Mit diesem etwas naiven Ansatz, ein nun zweifelsohne auch militärisch geprägtes Ereignis wie die Erhebung von 1848, im Nachhinein allein nach pazifistischen Wertmaßstäben beurteilen und präsentieren zu wollen, könnte man zur Not noch leben. Probleme aus wissenschaftlicher Sicht ergeben sich allerdings dann, wenn die Unkenntnis und der Unwille zur Auseinandersetzung mit der militärgeschichtlichen Materie zu Fehlinterpretationen und mithin zu Verfälschungen führen.

Dazu ein Beispiel: Eine Vitrine – am Rande von „Raum 1“ – zeigt eine Peitsche (die berühmte „neunschwänzige Katze“) vom dänischen Linienschiff „Christian VIII.“. Sie soll, zusammen mit einem Militärstrafgesetzbuch verdeutlichen, dass körperliche Züchtigungen ein Teil des Soldatenalltags waren. Nun darf man natürlich nicht voraussetzen, dass den Ausstellungsmachern der durchaus fundamentale Unterschied zwischen Disziplinarmaßnahmen auf Kriegsschiffen zu der üblichen Praxis in Feldheeren geläufig ist. Was die Ausstellungsmacher aber hätten zur Kenntnis nehmen können, ist der Umstand, dass es gerade die Schleswig-Holsteinische Armee im Jahre 1849 gewesen ist, in der sämtliche Körperstrafen abgeschafft wurden!¹⁰ – Das sind indes Details, die das liebgewonnene Bild eines preußisch geprägten, totalitären Prügel- und Unterdrückungsapparates, das pauschal allen militärischen Institutionen des 18./19. Jahrhunderts unterstellt wird, nur stören würden. Dieser militärische Bereich der Ausstellung hat keinen roten Faden, vielmehr liegt ihm ein ganzes Wollknäuel von unreflektierten Aussagen zugrunde, das sich fortspinn. Pauschale Aussagen, selbstverständlich nicht belegt, bestimmen diesen Ausstellungsteil: „Überliefert sind Fälle von Fahnenflucht und Ungehorsam, was in beiden Streitkräften streng bestraft wurde. Offiziere der schleswig-holsteinischen Armee waren unter bestimmten Umständen sogar zur Selbstjustiz ermächtigt.“¹¹ Tatsächlich waren die Desertionsraten in beiden Heeren, gemessen an anderen Streitkräften ihrer Zeit, sehr gering. Darüber hinaus handelt es sich bei der Desertion um ein bis heute übliches Phänomen (man denke an die amerikanischen Irak-Deserteure in Kanada), das als solches eigentlich keiner besonderen Herausstellung bedarf. Der nachgestellte Hinweis auf Fälle von schleswig-holsteinischer „Offiziers-Selbstjustiz“ irritiert, denn solche sind für 1848/51 nicht bekannt. Vielleicht meint der Autor damit die 1850 in der Regel in allen europäischen Heeren schon schriftlich fixierte Rechtspraxis, Ungehorsam im Gefecht notfalls mit Erschießen zu bestrafen. In der Schleswig-Holsteinischen Armee wurde während ihrer rund dreijährigen Existenz nur *ein* Todesurteil an einem Soldaten vollstreckt, der vor versammelter Mannschaft seinen Offizier erschossen hatte. Hier scheint eher der Verdacht begründet, dass die alltägliche, uns heute glücklicherweise meist fremde Androhung und Anwendung von Gewalt im 18./19. Jahrhundert allzu leichtfertig mit den moralischen Maßstäben der Gegenwart gemessen wurden.¹² Eine übliche Rechtspraxis, so grausam sie uns heute auch erscheinen mag, ist deshalb noch lange keine „Selbstjustiz“.

Es ist äußerst bedauernd, dass die wirklich gelungene Einführung, die eine eigene Dauerausstellung in einem Landesmuseum verdient hätte, durch die von ideologischen Scheuklappen geprägte „Restausstellung“ entwertet wird. Man gewinnt den Eindruck, dass die Ausstellungsmacher, nachdem sie die gelungene historisch-politische Einführung entworfen hatten, zu der Erkenntnis kamen, man müsse ja noch irgendwie die Waffen und Uniformen präsentieren.

Das „neue Problem Idstedt“ ist jedoch nicht allein in der Ungleichgewichtung der Ausstellungsteile und nicht allein in der Tatsache begründet, dass man sich militärgeschichtlichen Sachverhalten nicht stellen wollte. Man verweigert sich dem eigentlichen Erinnerungsort Idstedt. Am 24./25. Juli 1850 fand eine der größten Landschlachten des 19. Jahrhunderts auf nordeuropäischem Boden statt. Rund 50.000 Männer schossen aufeinander, wollten – oder mussten – sich gegenseitig töten. Der Ausstellung von 1978 warf man vor – gerechtfertigt oder nicht –, dass sie die Schlacht, den Einsatz der Soldaten in anachronis-

tischer Weise in einen modernen Kontext stelle.¹³ Man wollte nicht weiter am „Mythos“ bauen – keine „individuelle Tapferkeit“, keinen „selbstlosen Einsatz“ glorifizieren.¹⁴ Das ist ein durchaus lobenswerter Ansatz. Trotzdem stellt sich die Frage, *warum* so viele deutsche, dänische und national „indifferente“ Soldaten 1850 in der Schlacht bei Ildstedt gegeneinander kämpften. Dass man sie nicht in Scharen zum Kämpfen gezwungen hat, hat die Geschichtsschreibung erwiesen. Es müssen also andere Erklärungsmuster gefunden werden. Dass liberale, demokratische aber auch nationale Ideen in beiden Armeen nicht weit verbreitet waren, ist ebenso bekannt.¹⁵ Die in „Raum 1“ dargestellte politische Entwicklung innerhalb des Gesamtstaates blieb den meisten „Kämpfern von Ildstedt“ weitgehend unverständlich und verborgen.

Die durchaus berechtigte Ablehnung, „Ildstedt“ eine moderne Sinnggebung zu verleihen, wie man es 1978 versucht haben mag, hat die Ausstellungsmacher dazu verleitet, ganz auf die Fragen nach dem „wie“ und nach dem „warum“ der Schlacht zu verzichten. Eine Sinnggebung im historischen Kontext, zumindest aber die Frage danach, ist unerlässlich. Da die in „Raum 1“ bemühten Liberalen insgesamt wenig Einfluss auf das Kriegsgeschehen hatten, Militärführer wie Soldaten deren politischen Idealen in der Regel wenig abgewinnen konnten, fragt sich der Besucher, aus welchen Gründen – und die sind ebenso verschieden wie aufschlussreich – die Soldaten beider Seiten in den Krieg zogen.¹⁶ Hier mag man auf die Medienstation verweisen, die in Auszügen Erfahrungsberichte von Soldaten wiedergibt. Genügt das? Warum fehlen dem zweiten Ausstellungsteil die erläuternden Tafeln der ersten Ausstellungshalle? Es hätte eine Vielzahl von ergiebigen Themen gegeben („Lebensumstände der Soldaten“, „Tod und Verwundung“, „Krieg und Technik“, „Propaganda“, „Feindbilder“, „Schleswiger auf beiden Seiten“¹⁷, die neue Sozialisierung gesellschaftlicher Schichten im Militär von 1848/50¹⁸ etc.). Man kann sich bei der Konzeption einer Ausstellung zu Ildstedt der „Dominanz des Militärischen“ entziehen wollen, aber man kann eine Schlacht nicht zu einem beiläufigen Unfall der Geschichte, nicht zu einem völlig bedeutungslosen Akt, und schon gar nicht zu einem „Missverständnis“ degradieren. Eine Schlacht hat notwendigerweise einen militärischen Aspekt und sie war motiviert, wurde durch ihre Akteure blutige Realität – nicht alles war „Miteinander“, nicht alles „Gemeinsamkeit“, um die Leitmotive der Ausstellung zu bemühen.

Die Kette der Kritik ließe sich fortsetzen, denn auch in konservatorischer Hinsicht ist gepfuscht worden: Waffen wurden unsachgemäß – mit gespannten Hähnen – ausgestellt,¹⁹ immer noch werden im Zeitalter der Farbkopie Originale von Archivalien ausgestellt, an denen sich nun zumindest das Licht brechen kann. Die vor dem Gebäude anlässlich der Eröffnung von 1978 aufgestellte Kanonenlafette bricht demnächst zusammen, so dass das Kopenhagener Zeughausmuseum sein als Leihgabe überlassenes Geschützrohr zurückfordern wird.²⁰

Man spricht von Zusammenarbeit mit dänischen Museen, hat aber buchstäblich nichts zu bieten,²¹ denn man fürchtet bei jeder Art von „event“ (wie man neuzeitlich sagt) eine „Tivolisierung wie in Dybbøl“, wo sich im Übrigen das Museum – von anfänglich vorhandenem ideologischen Ballast befreit – vor Besuchern kaum retten kann. Das Rezept der neuen Ausstellung in Ildstedt dagegen ist auch hinsichtlich des Besucherprofils und möglicher Erwartungshaltungen nicht durchdacht worden. Man platziert eine gelungene Teilausstellung zur Landesgeschichte, die aber *überall* im Lande stehen könnte, und ent-

täuscht damit zugleich alle jenen Besucher, die den Weg nach *Idstedt* auf sich nehmen, um etwas über „Idstedt 24./25. Juli 1850“ zu erfahren.²² Solche Besucher kommen nicht wieder. Das allerdings sind Überlegungen, die vielleicht eine jüngere Generation innerhalb der Ausstellungsmacher hätten anstellen sollen. Allein mit schulmeisterlich anmutenden Wandtafelbelehrungen erreicht man heute nicht mehr viele Menschen. Besucherzahlen sind nicht alles, aber ein bisschen mehr Sinn für die Realität des Kultur- und Ausstellungsgeschäfts hätte man wohl erwarten dürfen.

Haben die Ausstellungsmacher, die Kritiker von 1979, also alles besser gemacht? „Pflege eines Mythos“, „Geschichtsverfälschung“, „einseitige militärische Orientierung“ und die fehlende Berücksichtigung des „aktuellen Forschungsstandes“ – das waren die Vorwürfe von vor knapp 30 Jahren.

„Pflege eines Mythos“ – nein und ja! Der „Idstedt-Mythos“ wird – glücklicherweise – von der neuen Ausstellung nicht fortgeschrieben. Fortgeschrieben werden liebgewonnene „Mythen der Militärgeschichte“ – verprügelte Soldateska, zum Kampf gezwungen, nach moralischen Wertmaßstäben der Gegenwart be- und abgeurteilt.

„Geschichtsverfälschung“? – Wer sich wissentlich der historischen Recherche eines Thema verweigert, produziert Fehler. Wer diese Fehler dokumentiert und in Kontexte stellt, verfälscht zumindest in Teilen.

„Einseitige militärische Orientierung“? – In der neuen Ausstellung hat Militärgeschichte keinen Platz. Eine militärische Orientierung liegt also nicht vor, dafür die einseitige Abwendung von diesem wichtigen Teilaspekt der Erhebung. „Fehlende Berücksichtigung des aktuellen Forschungsstandes“ – das steht wohl außer Zweifel: in den zentralen militärhistorischen Bereichen mit Sicherheit „ja“.

Hätte man diese Fehler vermeiden können? Liest man die Broschüre „Idstedt – Erinnerungen gemeinsamer deutsch-dänischer Geschichte“ aufmerksam, wird deutlich, dass die „drei Historiker“, die 1978/79 „Ideen für ein zeitgemäßes Idstedt-Gedenken“ entwickelten, vielleicht vergaßen, dass mittlerweile mehr als 20 Jahre ins Land gegangen sind. So kann man zwar eine Ausstellung machen, die man vor 20 Jahren konzipiert hat und damals gerne verwirklicht hätte, darf aber nicht erwarten, dass sich bis zum Jahre 2004 die Welt nicht gedreht hat. Hat man „nachgeborene“ Historiker an der Arbeit beteiligt, was hoffentlich der Fall war, so haben die augenscheinlich den „Veteranen von 1979“ nichts entgegengesetzt gehabt.

Jan Schlürmann

Anmerkungen

- 1 Mathias Schartl, *Idstedt – Erinnerungen gemeinsamer deutsch-dänischer Geschichte*. Die neue Ausstellung in der Idstedt-Halle, hrsg. v. Grenzfriedensbund u. v. d. Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg, Flensburg u. Schleswig 2006, S. 20.
- 2 Ebd. – Die Kritik äußerten Manfred Jessen-Klingenberg, Jörn-Peter Leppien und Hans-Friedrich Rothert, *Das Problem Idstedt*, in: GFH 2/1979, S. 140 ff. – Vgl. dazu auch Manfred Jessen-Klingenberg und Jörn-Peter Leppien, *Noch einmal: Das Problem Idstedt. Zum Wandel des nationalen Geschichtsbewusstseins in Schleswig-Holstein seit dem Ausgang der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts*, in: *Landesgeschichte*

und Landesbibliothek. Studien zur Geschichte und Kultur Schleswig-Holsteins. Hans Friedrich Rothert zum 65. Geburtstag, hrsg. von Dieter Lohmeier u. Renate Paczkowski, Heide 2001, S. 199 ff. Unter dem Titel „Die Schlacht bei Idstedt. Zum Wandel des nationalen Geschichtsbewusstseins seit dem Ausgang der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts“ erneut abgedruckt in: GFH 3/2001, S. 159 ff.

- 3 Scharl, S. 20.
- 4 Scharl, S. 27.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd., S. 28.
- 7 Ebd., S. 26.
- 8 Die im Absatz bisher genannten Zitate alle bei Scharl, S. 28.
- 9 Ein gutes Beispiel dafür ist das Heeresgeschichtliche Museum in Wien, das vor einigen Jahren eine gelungene Ausstellung zum Grabenkrieg des Ersten Weltkriegs präsentierte und die gewiss geeignet war, die Schrecken des Krieges zu vergegenwärtigen, ohne militärgeschichtliche Aspekte außer Acht zu lassen.
- 10 Vgl. dazu Jan Schlürmann, Die Schleswig-Holsteinische Armee, Tönning 2004, S. 305-309.
- 11 Scharl, S. 28. – Fahnenflucht und Ungehorsam sind im Übrigen bekanntlich bis heute in allen Streitkräften der Welt Vergehen, die bestraft werden.
- 12 Überhaupt muss festgestellt werden, dass die „Alltäglichkeit der Gewalt“ im 19. Jahrhundert (Väter schlugen Kinder, Meister ihre Gesellen, Lehrer ihre Schüler und Bauern ihre Knechte) völlig auf das Militär verengt gesehen wird und damit ein falsches Gesamtbild der Epoche entsteht. Tatsächlich war körperliche Gewalt um 1850 in vielen sozialen Schichten allgegenwärtig, das Militär in Schleswig-Holstein war in dieser Hinsicht sogar eine Ausnahme! Man mag die Gewalt als *Mensch* vom heutigen Standpunkt aus moralisch verwerfen – aber als *Historiker* sollte man einen nüchternen Kopf bewahren.
- 13 Scharl, S. 20.
- 14 Scharl, S. 26.
- 15 Schlürmann, S. 483-499.
- 16 Der Verweis auf die liberal-konstitutionelle Perspektive reicht in diesem Zusammen nicht aus.
- 17 In diesem Kontext hätte auch ein Blick auf die durch den Krieg in zwei Lager gespaltenen Familien (Krogh, du Plat etc.) geworfen werden können.
- 18 Hier muss man die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in beiden Armeen 1849 erwähnen; zum ersten Mal kam es zu Berührungen zwischen Akademikern, Pfarrersöhnen und Knechten, die alle die gleiche Uniform trugen und den gleichen Gefahren ausgesetzt waren (vgl. Schlürmann, S. 366 ff.).
- 19 Warum hat man sich nicht an bekannte und um die Sammlung verdient gemachte Experten gewandt, die bereit standen?
- 20 Es existieren wohl auch noch andere Leihgaben (Pistolen), welche die Ausstellung nicht zeigt.
- 21 In diesem Zusammenhang hat der Autor die Erfahrung gemacht, dass in Dänemark oft moniert wird, dass deutsche/schleswig-holsteinische Konzepte zu 1848/51 wenig

selbstbewusst auftreten: Konkret heißt das, wer einen Krieg und seine historischen Rahmenbedingungen bemüht in einen einseitigen – und angesichts des Themas fast paradoxen – Kontext von „Gemeinsamkeit“ und „Miteinander“ stellt, verweigert seinem notwendigerweise aus einer anderen Perspektive auf das Thema schauenden Nachbarn die Zusammenarbeit an der gemeinsamen, aber eben auch zeitweise gegeneinandergerichteten Vergangenheit.

22. Warum sucht man nicht den Kontakt zu den der Stiftung bekannten Schlachtfeldarchäologen, die seit Jahren interessante Ergebnisse zutage fördern?

Zur Ausstellungskritik des Jan Schlürmann

Kritik ist immer positiv zu bewerten, vor allem dann, wenn sie in sich stimmig ist, gut recherchiert wurde und darüber hinaus Alternativen bietet, was man anders, ja möglicherweise besser hätte machen können. Selbstverständlich sind auch die Idstedter Ausstellungsmacher jederzeit an zweckdienlicher Kritik interessiert, um die Ausstellung weiter zu verbessern. Im vorliegenden Fall kann davon leider nur wenig die Rede sein. Ungeachtet des anfänglichen Lobes für die gelungene Einordnung des Geschehens bei Idstedt in die europäische Revolutionsepoche von 1848 klingen Jan Schlürmanns Bemerkungen verworren und huldigen in ihrer Zielrichtung restaurativen Tendenzen.

1. Fragwürdige Gründe verleiten Schlürmann mehrfach dazu, die drei renommierten Landeshistoriker Manfred Jessen-Klingenberg, Jörn-Peter Leppien und Hans Friedrich Rothert in den Mittelpunkt seiner Ausführungen zu stellen. In abwertender, ja gehässiger Weise werden die drei, die seinerzeit zu Recht die 1978 eingerichtete Idstedt-Ausstellung kritisiert hatten, als „Veteranen von 1979“ diffamiert. Schlürmann irrt gewaltig. Die jetzigen Ausstellungsmacher waren weder Handlanger der drei genannten Wissenschaftler, noch waren diese, mit Ausnahme eines im Vorfeld vom Vorstand des Idstedt-Stiftungsrates im Jahr 2001 anberaumten Expertentreffens, in die Planungen eingebunden. Manfred Jessen-Klingenberg hat später dankenswerterweise einige Ausstellungstexte kritisch gegengelesen. Keiner von ihnen ist also für die Neukonzeption mit verantwortlich. Dies hätte Schlürmann beim aufmerksamen Lesen des mit in seine Kritik einbezogenen Sonderheftes „Idstedt. Erinnerungsort gemeinsamer deutsch-dänischer Geschichte“ ohne Weiteres bemerken können.
2. Das Ausstellungskonzept stammt vom Unterzeichner dieser Replik, das dieser zusammen mit der Volkskundlerin Petra Südmeyer und der Diplom-Designerin Katja Lübke entwickelt und realisiert hat. Natürlich spielten die seinerzeit geäußerte Kritik an der 78er-Ausstellung und weiterführende Gedanken von Manfred Jessen-Klingenberg und Jörn-Peter Leppien aus dem Jahr 2001 für die Neukonzeption eine Rolle, mehr aber auch nicht¹. Dass der Idstedt-Stiftungsrat das Konzept gebilligt hat, versteht sich von selbst. Auch namhafte dänische Historikerinnen und Historiker waren übrigens beim genannten Expertentreffen anwesend. Die Ausstellungstexte sind zweisprachig – deutsch und dänisch – verfasst, was für ein Museum in der Region Sønderjylland-Schleswig heute selbstverständlich sein sollte.

3. An einer von insgesamt elf Vitrinen kommt Schlürmann zu der Einschätzung, die Ausstellungsmacher hätten eine Grundposition eingenommen, die den militärgeschichtlichen Gegenstand „ideologisch verteufelt“. Dieser Vorwurf ist absurd. Der Begriff „Offiziers-Selbstjustiz“ wird in der Begleitschrift zwar fälschlicherweise gebraucht und damit der Thematik auch nicht gerecht. In der Ausstellung wird davon jedoch nicht gesprochen. Der Aufstellertext lautet vielmehr: „Desertion und Befehlsverweigerung wurden in der schleswig-holsteinischen Armee hart bestraft. Vor dem Feind flüchtende Soldaten konnten nach den provisorischen Kriegsartikeln vom Februar 1849 standrechtlich exekutiert werden.“ Die Tatsache der körperlichen Züchtigung wird von Schlürmann nicht bestritten, aber mit dem lapidaren Hinweis, dass Gewalt zum früheren Lebensalltag der Menschen gehörte und daher an sich nicht zu verwerfen sei, allzu sehr verharmlost. Ob Desertion als „ein bis heute übliches Phänomen ... keiner besonderen Herausstellung bedarf“, wie er zudem meint, bleibt angesichts der Tatsache, dass dieser Sachverhalt zuvor immer übergangen wurde, zweifelhaft. Wer als heute tätiger Historiker vergangenes Verhalten scheinbar wertfrei als übliche Praxis hinnimmt, sie also nicht mit überzeitlichen Wertmaßstäben in Beziehung setzt, verfehlt seine Aufgabe. Die Idstedt-Ausstellung jedenfalls greift diese besondere Art der individuellen Verweigerung im Zusammenhang mit dem Krieg 1848/51 erstmals auf.
4. Schlürmanns an anderer Stelle formulierter Kerngedanke, dass „die wirklich gelungene Einführung (!) ... durch die von ideologischen Scheuklappen durchzogene Restausstellung entwertet wird“, ist daher vollkommen überzogen. Natürlich wurden bei der Erarbeitung der neuen Idstedt-Ausstellung militärgeschichtliche Literatur und im Bedarfsfall auch entsprechende Experten herangezogen. Militärische Ereignisse werden nicht – wie unterstellt – ausgeblendet, wohl aber ging es darum, die distanzlose Kriegsdarstellung der früheren Idstedt-Ausstellungen zu vermeiden. Zudem verschweigt Schlürmann, dass sich direkt neben der von ihm so heftig kritisierten Vitrine eine weitere befindet, die sich den Freikorps widmet. Verwiesen wird auf die erstmals eingeführte allgemeine Wehrpflicht und neben weiterführenden Informationen gibt es einen für die Besucher in zumutbarer Länge verfassten Bericht über den Verlauf der Schlacht bei Idstedt am 25. Juli 1850. Die Ausstellung ist in Allem gekennzeichnet vom tiefen Respekt gegenüber denjenigen Menschen, die sich, gleichgültig auf welcher Seite stehend, auf dem Schlachtfeld bekämpft haben und dabei schlimmstenfalls ihr Leben lassen mussten.
5. Die Ausstellung fasst die Schlacht bei Idstedt, anders als Schlürmann es zu erkennen glaubt, an keiner Stelle als „Unfall der Geschichte“, „völlig bedeutungslosen Akt“ oder gar als „Missverständnis“ auf. Aber dieser zuvor und nicht korrekt als Entscheidungsschlacht herausgestellte Kampf war unter den gegebenen politischen Konstellationen nach der Einigung der europäischen Mächte über die Zukunft des Herzogtums Schleswig innerhalb der dänischen Monarchie unnötig. Dieser Aspekt wird in der Ausstellung verdeutlicht. Ebenso wird aufgezeigt, dass beide Seiten mit ihren nationalen Zielsetzungen das Recht auf freie Selbstbestimmung missachteten und damit ihren ursprünglichen liberalen und demokratischen Forderungen widersprachen.

6. Ob es gelungen ist, den in den Vitrinen gezeigten historischen Waffen aus dem Ildstedt-Fundus den „ästhetischen Glanz“ zu nehmen, werden die Betrachter unterschiedlich empfinden. Schlürmanns Vergleich mit dem Heeresgeschichtlichen Museum in Wien schmeichelt zwar, ist jedoch in Bezug auf Ildstedt und die für die neue Ausstellung zur Verfügung stehenden finanziellen Möglichkeiten deplatziert. Hier ging es lediglich darum, die von Waffen ausgehende Faszination mit der Kriegswirklichkeit zu konfrontieren. Dafür wurden Waffen nicht nur einfach beschriftet, wie Schlürmann lapidar erwähnt, sondern mit Zitaten von Teilnehmern an der Schlacht bei Ildstedt unterlegt, wie etwa: „Unvergesslich bleibt mir der Anblick eines von einer Kanonenkugel vom Pferd gerissenen Ordonanz-Dragoners. Auf dem Rücken liegend quollen seine Eingeweide aus dem Leibe, seine Stimme klang hohl, starr sah er zu uns empor. Aber was tun? Guter Kamerad, wir konnten nichts tun.“
7. Die Ausstellungsmacher haben auch nicht „in konservatorischer Hinsicht gepfuscht“, wie Schlürmann mit markigen Worten anführt. Der Fehler mit den versehentlich gespannten Waffenhähnen ist längst behoben. Warum man „Originale von Archivalien“ heute nicht mehr zeigen soll, bleibt ein Rätsel, zumal diese in Ildstedt vor zerstörendem UV-Licht geschützt werden. Eine Reparatur der vor dem Ildstedt-Museum stehenden Kanonenlafette ist schon seit längerem projektiert. Leider fehlt es „Ildstedt“, wie anderen Museen auch, immer wieder an Geld. Dass das Zeughausmuseum seine Leihgabe „zurückfordern wird“, ist schlichtweg unzutreffend.
8. Ich kenne keinen dänischen Historikerkollegen, der sich für die Ausstellung eine „selbstbewusste“, d. h. betont deutsch/schleswig-holsteinische Position gewünscht hätte, der dann eine national dänische entgegengesetzt werden könnte. Für diese bedenkliche These in Anmerkung 21 gibt Schlürmann zudem keinen Beleg. Das von ihm hochgelobte Historie-Center Dybbøl Banke wird gerade in Dänemark von vielen kritisch betrachtet³. Die Besucherzahlen dort sind, gemessen an den Erwartungen, eher enttäuschend, daran haben auch die jüngsten Millioneninvestitionen wenig geändert. Davon abgesehen ist es abwegig, die Besucherzahlen auf Dybbøl Banke mit denen in Ildstedt zu vergleichen. Die Schlacht bei Düppel 1864 hat in Dänemark bekanntlich einen anderen Stellenwert im Geschichtsbewusstsein als die Schlacht bei Ildstedt 1850 in Schleswig-Holstein oder gar in Deutschland.
9. Die Ausstellungsmacher in Ildstedt betonen die „Gemeinsamkeiten“ und das „Miteinander“ nicht, um historische Gegensätze zu verschleiern. Letztere werden unter der Prämisse übereinstimmender Wertmaßstäbe deutlich herausgearbeitet – ohne nationale oder sonstige Vorurteile. Diese unter deutschen wie dänischen Historikern seit langem unumstrittene Position haben im übrigen bereits in den 1970er Jahren eben jene Historiker vertreten, die Schlürmann als „Veteranen von 1979“ herabwürdigen zu dürfen glaubt, „die vielleicht vergaßen, dass mittlerweile mehr als 20 Jahre ins Land gegangen sind.“
Die Region Sønderjylland-Schleswig ist ein gelungenes Beispiel dafür, wie man auf der Basis eines gemeinsamen kulturellen Erbes kooperiert und miteinander lebt. Als Mitarbeiter des Lehrstuhls für Landesgeschichte an der Kieler Universität sollte es Schlürmann bekannt sein, dass dies in den letzten Jahren gerade innerhalb der

Historikerzunft selbstverständlich geworden ist. Wenn die Ausstellung zum weiteren Ausbau der Zusammenarbeit einen Beitrag liefern konnte, können die Verantwortlichen mehr als zufrieden sein.

10. Schlürmanns Bemerkung über die fehlende Zusammenarbeit mit dänischen Museen, weil die deutsche Seite hier „buchstäblich nichts zu bieten“ habe, ist völlig aus der Luft gegriffen. Als nur ein Beispiel für die vielen gemeinsamen Publikationen – es gab auch wiederholt gemeinsame Ausstellungen – der letzten Jahre sei in diesem Zusammenhang das von mir mit Inge Adriansen vom Museum Sønderjylland / Sønderborg Slot herausgegebene Buch über Erinnerungsorte nördlich und südlich der Grenze genannt.⁴ Weitere Projekte werden folgen.

Matthias Scharl

Anmerkungen

- 1 Manfred Jessen-Klingenberg, Jörn-Peter Leppien, Die Schlacht bei Idstedt, Zum Wandel des nationalen Bewusstseins in Schleswig-Holstein seit dem Ausgang der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts, in: GFH 3/2001, S. 165 ff.
- 2 Vgl. auch Anm. 12 der Schlürmann-Kritik.
- 3 René Rasmussen, Dänischer Sturm auf Düppel, in: GFH 2/2000, S. 151 ff.; Inge Adriansen, Die 12 Methamorphosen von Düppel – eine Kulturlandschaft im Dienste der Erinnerungspolitik, in: Kieler Blätter zur Volkskunde 38/39 (2006/07), S. 23 ff.
- 4 Inge Adriansen, Matthias Scharl, Erinnerungsorte nördlich und südlich der Grenze. Erindringssteder nord og syd for grænsen, Sønderborg und Schleswig 2006.



Hrsg. v. Grenzfriedensbund u. d.
Kulturstiftung des Kreises
Schleswig-Flensburg.
Red. v. Jörn-Peter Leppien
u. Matthias Scharl,
Flensburg/Schleswig 2006,
32 S., Farbumschlag, zahlr. Abb.

Grenzlandidentitäten

MADELEINE HURD (Red.)

Borderland Identities

Territory and Belonging in Central,
North and East Europe

Eslöv: Gondolin, 2006, 507 S., ill.

Als 1997 die Pläne zu einer Euroregion Schleswig im sonst eher friedlichen Nord-schleswig für Unruhe und Schlagzeilen sorgten, kam es in der aufgeheizten Atmosphäre sogar zu Drohungen gegen den damaligen Amtsbürgermeister Kresten Phillipsen und die Einrichtungen der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig. Anhand dieses Beispiels aus dem deutsch-dänischen Grenzland analysiert der Historiker Martin Klatt, wie sehr Geschichtsbilder das Leben und die Identitäten der Menschen in Grenzgebieten beeinflussen, ja sogar steuern. Seine Forschungsergebnisse hat er gemeinsam mit einer Reihe Kollegen in der Anthologie „Borderland Identities“ veröffentlicht, die verschiedene Grenzlandproblematiken in Zentral-, Nord- und Osteuropa behandelt. Die Beiträge decken die ganze Bandbreite von Themen ab, welche die Eigenheiten der Grenzgebiete ausmachen: Sprachentwicklungen, religiöse Gruppierungen, ökonomische und politische Entwicklungen von Randgebieten, Nationalismus und nicht zuletzt die Medien. Das schleswigsche Grenzland ist in „Borderland Identities“ neben Martin Klatts Beitrag noch mit Morten Andersens Analyse des finanziellen Wiederaufbaus Nord- und Südschleswigs zwischen 1919 und 1924 vertreten.

Martin Klatt beginnt seine Ausführungen mit einer theoretischen Einführung in die Geschichte der europäischen Integration und legt dar, welche Rolle die Grenzregionen bei der Aussöhnung („Healing the scars of history“) nach dem Zweiten Weltkrieg spielten. In diesem Sinne entstanden im westlichen Europa in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg zahlreiche Euroregionen, die mittels grenzüberschreitender Zusammenarbeit das Gegeneinander in ein Miteinander verwandeln sollten. Als man sich Mitte der 1990er Jahre politisch über den Aufbau einer Euroregion Schleswig verständigte, trafen die Pläne einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei einem erheblichen Teil der dänischen Bevölkerung in Nordschleswig jedoch auf Widerstand. Martin Klatt beschreibt mit angemessener Sachlichkeit die Hintergründe der Geschehnisse des Frühjahres 1997, die historische Entwicklung Schleswigs und das Aufkommen des Nationalismus, der einen tiefen Keil in das Land zwischen den Meeren trieb. Besonders interessant sind seine Analysen der jeweiligen Geschichtsdarstellungen, welche die Identität bei sowohl deutschen als auch dänischen Schleswigern bis heute prägen – und wie diese auf die Diskussion über die Euroregion einwirkten.

Morten Andersen thematisiert den ökonomischen Wiederaufbau in Nord- und Südschleswig zwischen 1919 und 1924, wobei er anhand seiner Vergleichsstudie der Entwicklung in beiden Landesteilen sowohl Unterschiede als auch Parallelen feststellt. Es konnte kein Zweifel darüber bestehen, dass beide Landesteile nach der neuen Grenzziehung finanzielle Unterstützung brauchten. Allerdings hatten

die Zentralregierungen in Berlin und Kopenhagen mit ihren Finanzspritzen sehr unterschiedliche Pläne: Mit einer Reihe von Maßnahmen (Kreditprogramme, Kreditumverteilungen, verbesserte Infrastruktur) versuchte die dänische Regierung, Nordschleswig so schnell wie möglich zu einem gleichwertigen und gleichberechtigten Teil Dänemarks zu machen, der sich auf allen Ebenen von Südschleswig abnabeln sollte. Die deutsche Reichsregierung wünschte hingegen, die kulturellen und finanziellen Bande zwischen Nord- und Südschleswig nicht nur zu bewahren, sondern sogar auszubauen.

Auf beiden Seiten wurde die Grenze aber auch für politische Zwecke genutzt. In Nordschleswig fungierte die Grenze als Integrationsinstrument, das es gegen den Süden zu verteidigen galt. Unter diesem Aspekt flossen immer wieder Mittel aus Kopenhagen in den neuen Landesteil, denn je besser dieser finanziell gewappnet war, desto sicherer währte man die Grenze. In Südschleswig wurde die Grenze an der Clausen-Linie dagegen als eine offene Wunde angesehen, die schnellstens zu vernarben hatte. Beiden Seiten gemeinsam war, dass man die finanzielle Unterstützung als Stärkung der jeweiligen Kultur und Nationalität verstand: Es galt, die eigene Seite zu stärken, um die andere in Schach zu halten. Wie Morten Andersen bemerkt, konnten aber auch noch so gute Vorsätze und starke Finanzspritzen nicht verhindern, dass Nord- und Südschleswig nach der Grenzziehung finanziell schwache Randgebiete blieben.

Die Artikel Martin Klatts und Morten Andersens ergänzen sich in ihren Analysen der nationalpolitischen Entwicklung des schleswigschen Grenzlandes hervorragend und tragen beide zum Verständnis des schleswigschen Grenzlandes bei, wie

wir es heute kennen. Sie vervollständigen das Bild von der Entstehung der außergewöhnlichen und oft zweiströmigen Grenzlandidentitäten, wie sie in der vorliegenden Anthologie nachgezeichnet werden. „Borderland Identities“ gibt besonders in dieser Zeit, in der die Nationalstaaten auf vielen Ebenen neuen Herausforderungen gegenüberstehen, einen äußerst anregenden und interessanten Einblick in das komplexe Gefüge der Grenzlandidentitäten von Finnland bis nach Österreich und von Dänemark bis in die Ukraine.

Gese Friis Hansen

Grenzüberschreitende Kulturlandschaft

Das Wattenmeer

Kulturlandschaft vor und hinter den Deichen

Hrsg. vom Gemeinsamen Wattenmeer-Sekretariat, Stuttgart: Theiss, 2005. 352 S., zahlreiche Farbfotos.

Mit dem vorliegenden Text- und Bildband wird die Natur- und Kulturlandschaft Wattenmeer an der Nordsee erstmals in ihrer Gesamtheit für ein breites Publikum dargestellt. Das Werk deckt das gesamte Gebiet vom südwestlichen Jütland bis zum nördlichen Holland ab und ist vorbildlicher Weise auch auf Niederländisch und Dänisch erhältlich.

Beim ersten Durchblättern fallen zunächst einmal die durchweg außerordentlich qualitäts- und stimmungsvollen Bilder auf, darunter sehr viele schöne Luftaufnahmen. Sie erfassen die Vielfalt der Natur- und Kulturlandschaft nahezu vollständig. Allein schon hierdurch ist der gewichtige Band sein Geld wert.

Ebenso erfreulich ist allerdings, dass das

Buch eben kein reiner Bildband ist – wie sie in den letzten Jahren vor allem in Schleswig-Holstein in großer Zahl erschienen sind und bei denen der Hintergrundtext in allzu vielen Fällen leider ziemlich dürrig ist. Die Gewichtung zwischen Bild und Text kann man als gelungen bezeichnen. Einfache, aber ansprechend gestaltete Karten erleichtern die Orientierung in jeder Region. Hinzu kommen Detailkarten über Küstenveränderungen.

Das Buch ist geografisch aufgebaut und präsentiert die verschiedenen Landschaften von Nordost nach Südwest. Es versteht sich von selbst, dass in einem solchen, die gesamte Wattenmeer-Landschaft umfassenden Werk viele Aspekte nur oberflächlich behandelt werden können. Der inhaltliche Aufbau und leider auch die Qualität der 18 einzelnen Texte sind allerdings sehr unterschiedlich.

Die Darstellung der verschiedenen Wattenmeer-Landschaften beginnt mit dem dänischen Festland. Der Beitrag über die dänischen Wattenmeerinseln ist von Süd nach Nord aufgebaut, so dass man beim Weiterlesen erst einmal wieder einen geografischen Sprung zurück machen muss. Die vier Beiträge über Nordfriesland (Festland, Geestinseln, Halligen, Eiderstedt) erscheinen wie der Beitrag über die dänischen Inseln in erster Linie als kleine Rundreisen, wobei die erzählte Kulturgeschichte meist auf einzelne Orte und weniger auf die jeweilige Region als Ganzes bezogen wird. Die beiden Insel-Beiträge sind eher in plauderndem Ton erzählte journalistische Erfahrungsberichte als einem kulturhistorischem Übersichtswerk angemessene Überblicks-Aufsätze.

In den Beiträgen über Dithmarschen, die Unterelbe und die Länder Hadeln und Wursten – meines Erachtens die besten des Bandes – stehen die übergeordnete

Kulturlandschaft und die sie erklärende Kulturgeschichte im Vordergrund, wobei trotzdem den verschiedenen Orten angemessen Raum zuteil wird. Ähnliches gilt für die Beiträge über das Jeverland und Ostfriesland, während der Wesermarsch-Artikel fast nur die Gesamtregion, aber kaum einzelne Orte behandelt. Bemerkenswert sind kritische Betrachtungen über als Kulturlandschaft wahrgenommene neue Touristenklischees in Ostfriesland (S. 234-238) und über Schwierigkeiten bei der grenzüberschreitenden Verständigung im Ems-Dollart-Bereich (S. 252 f.), da die einander ähnlichen Dialekte weitgehend durch die Staatssprachen verdrängt worden sind. Auch Probleme im Umgang mit der Natur- und Kulturlandschaft und mit strukturellen Veränderungen werden in vielen Beiträgen kritisch betrachtet. Die übrigen niederländischen Beiträge erscheinen ebenso wie der Bericht über die ostfriesischen Inseln (in dessen Text fast nur Juist und Norderney behandelt werden) weitgehend als journalistische Reiseberichte, zum Teil mit eingebauten Interviews.

Ob die ziemlich unausgeglichene inhaltliche Gestaltung der 18 Aufsätze über die einzelnen Landschaften und Inselgruppen auf Schwierigkeiten in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zurückzuführen ist, mag dahingestellt bleiben. Die separate Aufführung von Tønder und Tondern sowie Vidå und Wiedau im ansonsten sehr nützlichen Ortsregister deutet darauf hin. Hinzu kommt aber auch, dass die immerhin 17 als Autoren und Redakteure beteiligten Wissenschaftler und Journalisten sehr unterschiedliche fachliche Hintergründe haben – was für ein solches Übersichtswerk für ein breites Publikum eigentlich von Vorteil sein sollte.

Die Tatsache, dass das Buch erstmals die

faszinierende Natur- und Kulturlandschaft Wattenmeer in ihrer Gesamtschau über alle Landesgrenzen hinweg präsentiert, für viele Leser den Blick auf andere Nordsee-Regionen öffnet und mit wirklich hervorragenden Bildern aufwartet, macht es trotz der genannten Kritikpunkte zu einer wertvollen Bereicherung der regionalen Literatur – nicht nur in Westschleswig beiderseits der Grenze, sondern in ganz Dänemark, Deutschland und den Niederlanden.

Gerret Liebing Schlaber

Mittelalterliche Machtstrukturen

AGNES ARNÓRSDOTTIR, PER
INGESMAN, BJØRN POULSEN (Red.)

Konge, Kirke og Samfund

De to øvrighedsmagter i dansk
senmiddelalder

Århus: Aarhus Universitetsforlag, 2007.
593 S., ill.

Einst gehörte das Landgut Sandberg am Alsensund der alten Adelsfamilie Reventlow. Heute wird es von der Universität Århus als Tagungszentrum genutzt. So kamen im April 2002 Historiker aus ganz Nordeuropa zusammen, um über Herrschaft und Machtausübung im dänischen Mittelalter zu diskutieren. Ihre Ergebnisse liegen nun in einem rund 600 Seiten starken Tagungsband vor, dessen überblicksartige Aufsätze auch für die Geschichte Schleswig-Holsteins wichtige Impulse bieten.

Gemeinsam ist ihnen dabei die Beschäftigung mit dem Begriff der Macht, die sich an den unterschiedlichsten Stellen der spätmittelalterlichen Ständegesellschaft geäußert hat, wie es der Greifswalder

Historiker Jens E. Olesen darstellt. Dazu zählen zunächst einmal die klassischen Mittel der Machtausübung wie Grundherrschaft und Steuern, wie sie von Carsten Porskrog-Rasmussen, Anders Bøgh und Mikael Venge etwa am Beispiel der Krönungssteuer von 1524, der Verteilung des Landbesitzes in Mitteljütland und der Situation der freien, direkt unter dem König stehenden „Selvejerbønder“ im Spätmittelalter geschildert werden.

Doch auch die praktische Umsetzung der Herrschaft und ihre Inszenierung gehören zu den Themen des vorliegenden Bandes: Die dänische Historikerin Grethe Jacobsen weist am Beispiel des Lehnsmannes von Bohus, Henrik Krummendige, und seiner Gattin Anne Rud nach, wie ein Ehepaar gemeinsam als Inhaber eines Lehens wahrgenommen wurde. Um die Inszenierung von Herrschaft nach dem Tod geht es dagegen in den Beiträgen von Birgitte Bøggild Johannsen, die die Bestattung dänischer Königinnen im Spätmittelalter untersucht, und Søren Kaspersen, der sich mit der Kapelle der Heiligen Drei Könige im Dom zu Roskilde als Ort königlicher Repräsentation auseinandersetzt.

Einen besonderen Abschnitt des Buches nehmen Aufsätze zur Herrschaftsausübung auf dem Lande ein: Henrik Lerdam schildert die dänischen Birkgerichte, eine Sonderform lokaler Gerichtsbarkeit, während sich Jeppe Büchert Netterstrøm in einer lesenswerten Untersuchung mit der Fehdepraxis im dänischen Mittelalter auseinandersetzt und überkommene Klischees, wie etwa die ausschließliche Begrenzung der Fehde als Machtwerkzeug adeliger Landbesitzer und ihre Abschaffung ausschließlich durch den Einfluss von König und Kirche, gründlich beseitigt: Auch Bauern konnten Fehden führen, und der Adel selbst war aufgrund

der ökonomischen Konsequenzen einer Fehde am Ende des Fehdewesens interessiert. Mit der kirchlichen Gerichtsbarkeit auf zwei in Schonen und auf Bornholm gelegenen Landgütern des Erzbischofs von Lund beschäftigt sich Per Ingeman; er weist nach, dass hohe, nur mit Hilfe der ganzen Familie finanzierbare Geldstrafen auch zur sozialen Kontrolle über die Landbevölkerung dienten.

Bjørn Poulsen setzt sich sodann mit der Schriftlichkeit auf dem Lande auseinander – denn „das Beherrschen von Schriftlichkeit kann gegebenenfalls dazu benutzt werden, Herrschaft über andere auszuüben“ (S. 383). Spätestens ab 1400 gab es Poulsen zufolge Hofarchive, und einzelne Bauern begannen, Rechnungsbücher nach dem Vorbild der städtischen Kaufleute zu führen. Was die große Masse der Landbevölkerung betrifft, konstatiert Poulsen allerdings: „Es ist ungewiss, ob die Bauern ihre Urkunden lesen konnten, aber die Wahrscheinlichkeit spricht doch dafür, dass sie mindestens ihren Namen auf dem Siegel wieder erkennen konnten (S. 413).“

Schließlich behandelt der letzte Abschnitt des Buches das Verhältnis von Religion und Macht im dänischen Spätmittelalter: Agnes S. Arnórsdóttir untersucht Seelenmessen im vorreformatorischen Island, damals ebenso Teil der dänischen Monarchie wie Schleswig und Holstein. Flensburg und die Herzogtümer nehmen einen besonderen Raum im Aufsatz von Lars Bisgaard ein, der die Kalandbruderschaften mit dem Schwerpunkt auf der 1362 erstmals erwähnten Flensburger Dreifaltigkeitsgilde untersucht und den Einfluss hervorhebt, den die Kirche auf Stadt- und Landbevölkerung durch die Tätigkeit dieser Gilden ausübte.

Mit einer anderen Form kirchlicher Ein-

flussnahme, der Predigertätigkeit der Bettelorden, beschäftigt sich Brigitte Langkilde, während Carsten Selch Jensen und Kaare Rübner Jørgensen in zwei Beiträgen die Schriften des Karmelitermönches Poul Helgensen zur Armenfürsorge und dem Verhältnis von Einzelperson und Gesellschaft analysieren. Schließlich fassen die Herausgeber des Bandes die Untersuchungen zusammen – und stellen abschließend dar, wie aus der spätmittelalterlichen Gesellschaft mit ihrer Vielzahl von Machträgern ab dem 16. Jahrhundert immer mehr der frühmoderne Staat wurde, in dem schließlich die Königsmacht zum dominierenden Faktor aufstieg. Damit setzen sie einen gelungenen Schlusspunkt unter ein Kaleidoskop von Aufsätzen, das in großer inhaltlicher Vielfalt einen guten Überblick über den aktuellen Stand der Forschung zur Geschichte des Spätmittelalters in der dänischen Monarchie gibt.

Benjamin Lassiwe

Dänische und deutsche Malerei im „Goldenen Zeitalter“

DIRK LUCKOW & DÖRTE ZBIKOWSKI (Hrsg.)

Die Kopenhagener Schule

Meisterwerke dänischer und deutscher Malerei von 1770 bis 1850

Kiel: Kunsthalle, 2005. 282 S. mit zahlreichen farbigen, meist ganzseitigen Abb.

Das vorliegende Werk, das als Katalog zur Ausstellung über die Kopenhagener Malerschule in der Kieler Kunsthalle entstanden ist, zeichnet die Entfaltung der Königlichen Kunstakademie (gegründet 1754) von ihrer ersten Blütezeit im Früh-

klassizismus bis zum Bürgerkrieg 1848-50 nach, als die Verbindungen nach Süden weitgehend abrisen. In der dänischen Kunstgeschichte gilt diese Zeit als das „Goldene Zeitalter“ (Guldalder). Mit beispielsweise Nicolai Abildgaard, Wilhelm Marstrand, Christen Købke und vor allem Christoffer Wilhelm Eckersberg und dem weltbekannten Meister des Hochklassizismus Bertel Thorvaldsen, der im Buch mit einigen Zeichnungen vertreten ist, wirkten einige der berühmtesten bildenden Künstler der dänischen Geschichte damals als Schüler und Lehrer an der Kopenhagener Kunstakademie. Hinzu kamen viele Künstler, die wie Eckersberg aus den Herzogtümern stammten, aber eher der deutschen Seite zugerechnet werden wie z. B. Louis Gurlitt oder Detlev Conrad Blunck. Aber auch zahlreiche Maler aus anderen Gegenden in Deutschland wirkten zeitweise an der Kopenhagener Akademie, lernten dort und beeinflussten ihrerseits andere Kollegen. Dazu zählten mit Caspar David Friedrich und Philipp Otto Runge zwei der herausragenden Vertreter der deutschen Romantik.

Für Ausstellung und Begleitband wurden Malereien aus 31 Sammlungen und Museen zusammengetragen. Die Gemälde werden auf fast 140 Bildseiten wiedergegeben, sehr viele davon ganzseitig. Über die in drei Sektionen aufgeteilten Bildtafeln hinaus illustrieren kleinformatige Abbildungen die Texte.

Der Direktor der Kunsthalle Dirk Luckow führt mit seinem einleitenden Beitrag in die Bedeutung der Kopenhagener Schule als wegweisende Kunstrichtung ein, die Kuratorin der Ausstellung Dörte Zbikowski analysiert die Bedeutung der Kopenhagener Kunstakademie als Zentrum für Künstler nicht nur aus Dänemark und Norwegen, sondern auch aus weiten Teilen

Norddeutschlands, wo es lange Zeit keine vergleichbare Einrichtung gab. Im zweiten Textteil stehen die eigentliche Arbeit und wesentliche damals neue Lehrinhalte (darunter die Bedeutung der aufstrebenden Naturwissenschaften) an der Akademie im Mittelpunkt, aber auch die Wirkung der hier entstandenen Werke. Im dritten Teil werden die Romreisen der Künstler der Akademie, die Historienmalerei zu Beginn des 19. Jahrhunderts und das Verhältnis deutscher und dänischer Künstler zueinander im „Guldalder“ bis zum Bruch durch den nationalen Konflikt Ende der 1840er Jahre analysiert. Abgeschlossen wird das Werk mit übersichtlichen Kurzbiografien der 42 bedeutendsten Vertreter der Kopenhagener Malerschule sowie einer ausgewählten Bibliographie zum Thema.

Mit dem umfassend ausgearbeiteten und qualitativ hervorragenden Band zur Kopenhagener Schule und der ihm zu Grunde liegenden Ausstellung markierte die Kieler Kunsthalle ihr 150-jähriges Bestehen. Gegründet wurde sie mit wohlwollender Unterstützung der Regierungsbehörden also noch in dänisch-gesamtstaatlicher Zeit. Insgesamt beleuchtet das Werk nicht nur eine wichtige Epoche der Kunstgeschichte im nördlichen Europa, sondern gibt einen Einblick in ein Milieu, in welchem nationale Gegensätze noch keine Rolle spielten und fruchtbarer Austausch über Landesgrenzen hinweg selbstverständlich war.

Gerret Liebing Schlaber

Deutsches Kirchenleben in Nordschleswig

GÜNTER WEITLING

Deutsches Kirchenleben in Nordschleswig
seit der Volksabstimmung 1920

Apenrade: Bund Deutscher Nordschleswiger und Archiv/Historische Forschungsstelle der deutschen Volksgruppe, 2007. 144 S.

Die Volksabstimmung 1920 brachte auch für die Kirche Veränderungen mit sich. In Nordschleswig kam es zur Bildung der „Nordschleswigschen Gemeinde“, einer deutschsprachigen evangelisch-lutherischen Freigemeinde, die neben den deutschen Pastoren in den Städten des Landesteils das Gemeindeleben der Minderheit organisierte. Günter Weitling, promovierter Kirchenhistoriker und früherer deutscher Pastor in Sonderburg, hat sich in einem 144 Seiten starken Büchlein ihrer Geschichte angenommen. In insgesamt 19, teils sehr kurzen Kapiteln schildert er in verständlicher Sprache und mit umfangreichem wissenschaftlichen Apparat die Entwicklung der Gemeinde vom Plebiszit 1920 bis in unsere Tage. Dabei konnte Weitling erstmals auch Akten des bischöflichen Archivs in Hadersleben und private Papiere des früheren Propstes Hans-Egon Petersen heranziehen. Herausgekommen ist eine detaillierte Studie, die insbesondere die Rolle der deutschen Stadtpastoren, die für den „deutschen Teil der Gemeinde“ bei der dänischen Folkekirke angestellt waren, in ein neues Licht rückt. So äußerten sie bereits in den 1930er Jahren in einem Ausschuss des dänischen Kirchenministeriums Bedenken über das in der Arbeit der Freigemeinde auftretende nationalsozialistische Gedankengut (S. 54 ff.) und unterstützten während der deutschen Besatzung verhaftete dänische Amtsbrüder durch Eingaben und Briefe. Wünschenswert allerdings wäre es gewesen, wenn Weitling die dänischen Akteure in seiner Studie stärker berücksichtigt hätte. Der vielfach zitierte Bischof

von Hadersleben, Valdemar Ammundsen, bleibt für den Leser ein Phantom – etwas mehr biographische Details, etwas mehr Hintergründe als bloß das Datum seiner Bischofsweihe (S. 18) hätten gut getan. Unklar muss deswegen auch bleiben, weswegen der Pastor von Aastrup bzw. Hoyer, Jürgen Braren, dem Weitling einen gesonderten Exkurs widmet, dem Haderslebener Bischof Ammundsen „eng und vertrauensvoll verbunden“ war (S. 22). Weitlings Darstellung beschränkt sich auf den Konflikt zwischen den beiden, wobei der Eindruck widersprüchlich bleibt: „Auch nachdem Braren das Pfarramt Hoyer im Bistum Ribe übernommen hatte, hielt er engen Kontakt zu Bischof Ammundsen in Hadersleben. Neue Auseinandersetzungen blieben nicht aus“ (S. 24). Auch der textliche Aufbau der Studie wirkt zuweilen etwas unklar. Auf Seite 71 wie auf Seite 106 werden Details darüber berichtet, dass Hans-Egon Petersen nach dem Zweiten Weltkrieg zum ersten Freigemeindepastor der Nachkriegszeit berufen wurde. Doch während es auf Seite 71 heißt: „Wegen der damaligen Schwierigkeiten, die Grenze zu überqueren, wurde das Examen interessanterweise in der Form eines Colloquiums abgehalten. Den Vorsitz hatte Bischof Wester inne, während die Pastoren Prahl und Jörgensen als Beisitzer mitwirkten“, erfährt der Leser erst auf Seite 106, dass Petersen wegen seines Dienstes als Kriegsfreiwilliger zuvor zu einem Jahr Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt worden war. Ein ärgerlicher, den Sinn verändernder Buchstabendreher findet sich auf S. 61: Dort ist die Rede davon, dass das „Institut für Grenz- und Auslandsstudien“ im Auftrag des „kirchlichen Außenamts der EKD [sic!]“ an einem Atlas des evangelischen Grenz- und Auslandsdeutschtums arbei-

tete. Vor dem Zweiten Weltkrieg hieß der Dachverband der protestantischen Landeskirchen jedoch „Deutsche Evangelische Kirche“, abgekürzt DEK.

Dennoch bleibt abschließend zu sagen, dass Weitling mit seiner Studie die Kirchengeschichte Schleswig-Holsteins klar bereichert hat. Wer sich in den kommenden Jahren mit der Geschichte der Christenheit Nordschleswigs beschäftigen will, wird um das vorliegende Buch trotz der geschilderten Schwächen nicht herumkommen.

Benjamin Lassiwe

Schleswig-Holstein nach 1945

Demokratische Geschichte 18

Malente: Schleswig-Holsteinischer Geschichtsverlag/Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V. 2007, 308 S., ill.

Ein mit Stroh beladenes Pferdefuhrwerk und ein Schweißer bei der Arbeit sind auf dem Umschlag des 18. Jahrbuchs „Demokratische Geschichte“ des Beirats für Geschichte zu sehen. Dasselbe Bild schmückte den Rechenschaftsbericht der Landesregierung für die Jahre 1950-54 mit dem Titel „Land im Aufbau“. Die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik und die gesellschaftlichen Auswirkungen bilden den Schwerpunkt des Jahrbuchs.

Einen zentralen Beitrag liefert Uwe Danker mit seinem Aufsatz über „Landwirtschaft und Schwerindustrie Schleswig-Holsteins seit 1960“. Er zeigt darin, wie sehr diese beiden Sektoren – verkörpert durch Pferdefuhrwerk und Schweißer – das Selbstbild

des Landes prägten, als sie schon längst im unaufhaltbaren Niedergang begriffen waren. Der ländliche Strukturwandel traf Schleswig-Holstein besonders stark, weil hier – anders als in Süddeutschland – fast alle Bauern Haupterwerbslandwirte waren und sind. Als Beispiele für den Niedergang der Schwerindustrie greift Danker das Lübecker Hochofenwerk Herrenwyk, die Ahlmann-Carlshütte in Büdelsdorf und die Kieler Howaldtswerke Deutsche Werft-AG heraus.

Drei weitere Aufsätze befassen sich mit dem Schwerpunktthema des Jahrbuchs: Markus Oddey beschreibt in seinem Beitrag die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Presse nach 1945. Er stellt die Rolle der nationalsozialistisch vorbelasteten Verleger heraus und zeichnet kurz den Konzentrationsprozess der vergangenen Jahrzehnte nach. Meik Woykes Thema ist die Suburbanisierung des südlichen Holsteins seit 1945, das „mehr als nur Schlafzimmer von Hamburg“ sei, nämlich eine „polyzentrische, funktional spezialisierte Metropolregion“. Michael Ruck schließlich blickt auf „60 Jahre Universität Flensburg“ zurück. Basierend auf Quellenrecherchen von Christiane Hellkötter und Christian Sommerfeld beschreibt er den langen Weg von der Pädagogischen Hochschule, die 1946 im Südflügel der Marineschule Mürwik gegründet wurde, zur heutigen Universität auf dem Sandberg. Die heutige Universität habe „immer wieder sich bietende Chancen auf dem Markt der hochschulpolitischen Gelegenheiten flexibel zu nutzen verstanden“, schreibt Ruck über die Hochschule, an der er selbst als Politologe und Zeithistoriker lehrt. Drei Beiträge im Jahrbuch beschäftigen sich außerhalb des Schwerpunktthemas mit dem nördlichen Landesteil. Christopher Andresen greift mit seinem Aufsatz über

Arbeiter- und Soldatenräte in Flensburg 1918/19 ein Thema auf, das im Schatten der Ereignisse in Kiel nach dem Ersten Weltkrieg steht. Den Räten in Flensburg fehlten die Durchschlagskraft und wohl auch die Entschlossenheit, sich gegen die etablierte Obrigkeit durchzusetzen. Dabei verfolgten sie keine radikalen Ziele, sondern wollten den Übergang zur parlamentarischen Demokratie mitgestalten. Volkskundlich sehr interessant ist die Fotodokumentation über die Sylter Feiern zur Einweihung des Hindenburgdamms 1927 mit einem begleitenden Text von Sebastian Lehmann und Florian Ahmer. Die Inselbewohner veranstalteten zu diesem Anlass einen historischen Festzug, wie er im 19. und frühen 20. Jahrhundert weit verbreitet war und deren Bilder an einen Karnevalsumzug erinnern. Reimer Kay Holander stellt das „Modell Nordfriesland“ vor, das Kurt Hamer als Grenzlandbeauftragter der Landesregierung im April 1990 neun Monate vor seinem Tod skizziert hat. Er sprach sich darin für eine langfristige politische und finanzielle Förderung friesischer Sprache und Kultur aus, die wie die Regelungen für die beiden nationalen Minderheiten europäischen Modellcharakter erlangen sollte.

In weiteren Beiträgen im Jahrbuch geht es um die NSDAP in Lübeck (Sebastian Lehmann), um den Umgang der nationalsozialistischen Kulturpolitik mit Ernst Barlach (Isabell Kasztelan und Helen Kiesewetter) und in der Rubrik „Didaktisches Forum“ um Rollenspiele einer siebten Realschulklasse in Satrup zum Knochenhaueraufstand in Lübeck 1380 (Eva Nowotny).

Ove Jensen

REINER POGARELL

Warum sollten Dänen Deutsch lernen, studieren und sprechen?

Paderborn: IFB Verlag, 2007. 36 S.

In seinem kurz gehaltenen Büchlein verspricht Dr. Reiner Pogarell, der Leiter des Instituts für Betriebslinguistik in Paderborn Antworten auf die Frage, warum Dänen sich eingehender mit der deutschen Sprache beschäftigen sollten. Obwohl er in seiner Einleitung feststellt, dass es dafür eine ganze Reihe guter Gründe gibt, legt er seinen Schwerpunkt eindeutig auf die wirtschaftlichen Verbindungen beider Länder. Hier bezieht er sich auf das in vielerlei Hinsicht asymmetrische Verhältnis zwischen den beiden Ländern. Während der dänische Export nach Deutschland 22 Prozent der dänischen Gesamtausfuhren ausmacht, beträgt der Anteil des Exports von Deutschland nach Dänemark lediglich 1,8 Prozent des deutschen Ausfuhraufkommens – auch wenn die absoluten Zahlen des gegenseitigen Exports nur ein relativ kleines Übergewicht zugunsten der deutschen Exportbranche zeigen. Dass der deutsche (und überhaupt der deutschsprachige Markt) für die dänische Wirtschaft ein wesentlicher Absatzmarkt ist, wird niemand bestreiten können. Da die Dänen deshalb einen größeren Ansporn und auch eine längere Tradition für das Erlernen der deutschen Sprache haben, wäre es dem entsprechend auch angemessen, wenn mehr Dänen auch praktisch anwendbare Deutschkenntnisse besäßen. Deutschkenntnisse bringen also zählbare Vorteile.

An dieser Stelle wird manch einer die

Frage stellen, ob wir nicht schon so weit globalisiert sind, dass wir alle miteinander Englisch sprechen können – worin die Dänen ohnehin gut sind, jedenfalls nach ihrem eigenen Selbstverständnis. Als Beleg dafür, dass dies eben nicht ausreicht, bringt Reiner Pogarell eine längere Schilderung des schlecht vorbereiteten und unzureichend durchdachten Einstiegs der US-amerikanischen Supermarktkette Wal-Mart in den deutschen Markt. Die Moral der Geschichte, nämlich dass eingehende Kenntnisse über die sprachliche und kulturelle Eigenart eines Landes eine Voraussetzung für geschäftlichen Erfolg sind, ist nun wirklich nicht neu, und man fragt sich, ob das US-amerikanische Beispiel im Hinblick auf das Thema der vorliegenden Schrift hätte sein müssen.

Auch wenn kein Zweifel daran besteht, dass Pogarell recht damit hat, dass eine eingehendere Beschäftigung mit deutscher Sprache und Kultur für Dänemark und die Dänen sinnvoll und Gewinn bringend ist, sind weder seine Argumentation noch die Belege dafür besonders überzeugend. Zwar beginnt das Büchlein mit Ausführungen über die Bedeutung der deutschen Sprache in Dänemark, doch hat man am Ende der Lektüre den Eindruck, dass man mehr über deutsch-amerikanische Befindlichkeiten und den Einfluss der englischen Sprache in Deutschland (im Übrigen Pogarells besonderer Arbeitsschwerpunkt) erfahren hat als über das eigentliche Thema der Publikation.

Louise Ejlskov Röhrig



Wir wünschen allen Mitgliedern und Freunden ein gesegnetes
Weihnachtsfest und ein gesundes und glückliches neues Jahr

Der Vorstand des ADS-Grenzfriedensbundes e.V.

Gese Friis Hansen, cand. mag.
Sneglehatten 53
DK-5220 Odense SØ

Prof. Dr. Reimer Hansen
Rhodeländerweg 40 b
12355 Berlin

Ove Jensen, M.A.
Hasselbrookstraße 131
22089 Hamburg

Andrea Kunsemüller
Regionskontor der Region
Sønderjylland-Schleswig
Lyren 1
DK-6330 Padborg

Benjamin Lassiwe, M.A.
Universität Greifswald
Lehrstuhl für Nordische Geschichte
Bahnhofstraße 51
17487 Greifswald

Louise Ejlskov Röhrig, cand. mag.
Friesische Straße 115
24937 Flensburg

Prof. Dr. Michael Ruck
Universität Flensburg
Auf dem Campus 1
24943 Flensburg

Dr. Matthias Scharf
Kulturstiftung des Kreises
Schleswig-Flensburg
Suadicanistraße 1
24837 Schleswig

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.
Studieafdelingen og Arkivet
ved Dansk Centralbibliotek
Norderstraße 59
24939 Flensburg

Dr. Jan Schlürmann
Historisches Seminar
der Universität Kiel
Leibnizstraße 8
24118 Kiel

Michael Ruck, Die norddeutschen Länder – das Ende der Territorialgeschichte? Abb. 1: Reichsgesetzblatt T. 1, 1937, Nr. 11, 27.1.1937; Abb. 2: Niedersächsischer Landtag, Bibliothek

Reimer Hansen, Die Lebenserinnerungen Johann Orthmanns (1898-1978) als historische Quelle – Teil 1 Abb. 1 u. 2: Johann Orthmann, „Sind Kriege notwendig?“ Lebenserinnerungen eines Pazifisten und Schulmannes ..., Kiel 1995. Umschlag, S. 257; Abb. 3: Deutsche Zukunft. Halbmonatszeitschrift. Pflichtorgan in der Norddeutschen Arbeitsgemeinschaft der Friedensgesellschaft, Organ des Bundes der Kriegsgegner, Ausg. v. 15.3.1933

Gerret Liebing Schlaber, Zehn Jahre Region Sønderjylland-Schleswig: Alltag und Visionen. Interview mit der Leiterin des Regionskontors und des Infocenters Grenze Andrea Kunsemüller Abb. 1-3: Regionskontor Sønderjylland-Schleswig/Infocenter Grenze

Gerret Liebing Schlaber, Aushängeschilder oder Provokation? Zur Debatte um mehrsprachige Schilder in Nord- und Südschleswig Abb. 1: Bund Deutscher Nordschleswiger, Gösta Toft; Abb. 2: Prof. Dr. Thomas Steensen, Nordfriisk Instituut; Abb. 3: Südschleswigscher Wählerverband, Lars Bethge

Postvertriebsstück

C 3340 F

Entgelt bezahlt

ADS-Grenzfriedensbund e.V.

Marienkirchhof 6 • 24937 Flensburg